

Preußische Allgemeine



Nr. 37 · 16. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Faszination Krone



Der Tod der Queen und die Begeisterung von Millionen Bürgern für die Monarchie **Seiten 3 und 11**



Im Gespräch Wie der grüne Starrsinn unsere Existenz bedroht **Seite 4**



Preußisch blond Ein Gerstensaft aus dem Hause Hohenzollern **Seite 21**

VON WERNER J. PATZELT

Zweierlei macht jene falschen Vorstellungen von der Beschaffenheit der Wirklichkeit so verlockend, die wir Ideologie nennen. Das eine ist ihre religiöse Dimension, also die Befriedigung der Lust aufs Glauben von etwas, das größer und schöner ist als man selbst. Heute fasziniert da oft die Vision einer freundlich-woken Gesellschaft ohne Atomkraftwerke und unnötigen Überfluss.

Zweitens nährt es Ideologie, wenn die Lust aufs Umgestalten der Welt nicht als glaubensgetrieben gilt, sondern als wissenschaftsbegründet. Dann nämlich kann man seine Gegner auch noch für dumm erklären. Einst lehrte der Wissenschaftliche Kommunismus, Ungerechtigkeit komme allein vom Kapitalismus, Weltkrieg aber vom Imperialismus als der höchsten Stufe des Kapitalismus. Also schien „die Wissenschaft“ zu beweisen, welche Politik verlässlich gut war – zumindest solange, wie nicht Saboteure und Verräter sie behinderten. Heute lehrt der Weltklimarat mit wissenschaftlichem Autoritätsanspruch, was alles zu einer Weltkatastrophe führt und deshalb vermieden werden muss. Das ist der Gebrauch fossiler Energieträger in Verbindung mit dem zu großen ökologischen Fußabdruck der westlichen Gesellschaften. Also sollen wir nicht unseren Wohlstand weiter steigern, sondern einfacher leben – nötigenfalls dazu gezwungen durch höhere Energiepreise.

Haltung statt Fakten

Wenn man beispielsweise frieren muss, dann am besten für die Stabilisierung des Erdklimas. Und falls das sachlich gar nichts brächte, hätte man doch „Haltung gezeigt“. Oder ein löbliches Bußwerk getan, das – den Glauben ergänzend – zur Erlösung von unserer Schuld führen könnte, im reichen Westen auch noch als Weißer geboren zu sein. Ungläubige Ketzer mit verführerischen Reden oder mit

schadensfrohem Grinsen kann man dabei nicht brauchen; also herunter mit ihnen von öffentlichen Bühnen aller Art!

So halten es gern unsere Grünen als Partei des wirklich Wahren, tatsächlich Guten und echt Schönen. Wäre da nur nicht die Sache mit der Kernenergie. Die wurde in der Europäischen Union unlängst zur „grünen“ Energie erklärt, gerade so wie Wind und Sonne. Doch die Grünen freut das gar nicht. Von jeher haben sie die Kernenergie für des Teufels erklärt, von deren unbeherrschbaren Risiken gepredigt und prophetisch gewarnt vor dem durch sie eröffneten Weg in einen diktatorischen Atomstaat.

Eigentlich könnte Wissenschaft da politisch-säkularisierend wirken. Ingenieure zeigen nämlich klar, dass die ohne ständige Sonneneinstrahlung sowie bei wiederkehrenden Flauten sehr unstetigen „Erneuerbaren Energien“ nicht geeignet sind, ihrerseits unser Stromnetz stabil zu halten. Vielmehr braucht es Absicherung von dessen Grundlast durch Reserven aus stetigen Energiequellen. Und weil sich Strom bislang nicht in beliebigen Mengen speichern lässt, benötigen wir zur Abdeckung von Nachfragespitzen solche Kraftwerke, die ganz nach Bedarf ihre Leistung steigern können. Das sind jene Gaskraftwerke, die uns geopolitisch abhängig machen. Für die Grundlast eignen sich ohnehin viel besser Kernkraftwerke, die außerdem keine Probleme mit CO₂ schaffen.

Fehlt es an beiden Kraftwerkstypen sowie am sofortigen Stromimport, dann bricht rasch das Stromnetz durch solche Selbstabschaltungen zusammen, zu denen es aus Sicherheitsgründen kommt – und zwar mit gewaltigen Folgen für mehr als nur die Computerwelt unserer Alltagskommunikation.

Partei der politischen Romantik

Wissenschaft legte also – neben dem Ausbau „Erneuerbarer Energien“ – eine abnehmende Nutzung von Gas- und Kohlekraftwerken samt vermehrter Nutzung der Kernenergie nahe. Doch Deutschlands grüne Energiepolitik macht das genau andersherum. Fracking-Gas, auf grünes Betreiben in Deutschland zu gewinnen verboten, bezieht man nun aus fernen Ländern, nachdem es mit hohen Kosten verflüssigt und über Ozeane verschifft wurde. Mit klimapolitisch unerwünschtem CO₂-Ausstoß wird es dann verfeuert, während funktionierende Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Auch hofft man auf den Neubau Tausender Windräder, obwohl jetzt schon nicht mehr ausreichend viele Handwerker und Materialien für Baustellen aller Art zu bekommen sind. Angeblich hätten wir ja auch nur ein Gasproblem, kein Stromproblem. In Wirklichkeit aber decken sich jetzt schon viele mit Heizlüftern ein und werden es im Winter die Sorge anderer Leute sein lassen, woher der Strom jenseits der Steckdose kommt. Wa-

rum diese Widersprüche grüner Politik – samt offenkundiger Unwilligkeit, sie zu erkennen und abzustellen?

Es sind die Grünen eben doch mehr eine Partei der politischen Romantik als der wissenschaftlichen Weltanschauung. Die Älteren nahmen ihren grünen Glauben in jungen Jahren an und führen seither ihren – wie sie meinen – „guten Kampf“. Dem wollen sie umso mehr die Treue halten, als andere einst wichtige Glaubensinhalte inzwischen aufgegeben wurden, etwa der einst grundständige grüne Pazifismus. Die Jüngeren aber sind in der Glaubenspraxis ihrer Altvorderen aufgewachsen und finden solange keinen Grund zu Zweifeln, wie diskursprägenden Medien sie im grünen Glauben bestärken.

Was aber erwartet man von Glaubensaktivisten anderes, als dass sie sich als selbstgerechte Minderheit über die Ansichten und Interessen anderer hinwegsetzen? Dass sie genau dies sogar als ihren Auftrag ansehen, sobald sie Regierungsmacht ausüben? Zwar hat man sich beim Regieren auch mit solchen Tatsachen auseinanderzusetzen, die nicht dem Glauben zuliebe vergehen. Doch wenn die Tatsachen um keinen Preis so sein wollen, wie traditionelle Überzeugungen das glauben machen? Dann umso schlimmer für die Tatsachen! Und eines Tages vielleicht auch einmal für eine Partei, die sie nicht zur Kenntnis nehmen will. Falls letzteres wenigstens die Wählerschaft tut ...

INNENPOLITIK

Frieren und Strom sparen im Dienst einer höheren Sache

In der Energiekrise zeigen sich die Grünen einmal mehr als Glaubensaktivisten, denen die eigene Ideologie wichtiger ist als das Wohl der Menschen im Lande

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der von ihr selbst ausgerufene „heiße Herbst“ spaltet die Linkspartei **Seite 5**

Kultur

Ein afro-amerikanischer Autor warnt vor den Folgen der „Woke“-Bewegung **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

Das Lovis-Corinth-Museum im Tapiauer Geburtshaus des Künstlers ist eröffnet **Seite 13**

Heimat

Breslau – Höhen und Tiefen in der Geschichte einer europäischen Metropole **Seite 23**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

CIA Seit 75 Jahren kämpft der US-Auslandsgeheimdienst auf zahlreichen Schlachtfeldern. Und dies nicht nur mit harter Hand, sondern auch mit geschickter Einflussnahme in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft

Gewiefte Lenker der westlichen Welt

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erwies sich die CIA nicht nur als Meisterin der Spionage

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der vor 75 Jahren gegründete US-amerikanische Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) ist für seine umfangreiche Spionagetätigkeit sowie zahlreichen verdeckten und oft sehr gewaltsamen Operationen rund um die Welt bekannt und berüchtigt. Dabei setzte die „Firma“, wie die CIA salopp genannt wird, die Interessen der USA auch mit anderen Methoden durch.

So startete sie zu Beginn der 1950er Jahre die Operation Mockingbird (Operation Spottdrossel), deren Ziel darin bestand, die Medien in den USA und anderen westlichen Staaten zu beeinflussen, um die öffentliche Meinung zugunsten der Regierung in Washington zu manipulieren. In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise in rund 400 Fällen Agenten in die Redaktionen der Zeitungen und Sender Amerikas eingeschleust oder dort tätige Journalisten angeworben. Davon waren unter anderem Blätter wie „The Washington Post“, „The New York Times“, „Newsweek“ und „The Miami Herald“ sowie die Anstalten ABC, NBC und CBS betroffen. Nach Einschätzung des Geheimdiensthistorikers Alfred McCoy sind noch heute „in jedem größeren New Yorker Nachrichtenmedium“ Handlanger der CIA tätig. Zudem beschäftigen die US-Massenmedien inzwischen auch ganz offen ehemalige Führungskräfte der Agency, darunter John Brennan CIA-Direktor von 2013 bis 2017, Michael Hayden CIA-Chef von 2006 bis 2009, und Stephen Holmes, 2013 Stationsleiter der CIA in Moskau.

Zusammenarbeit mit NROs

Darüber hinaus bediente sich der US-Auslandsgeheimdienst seit Anbeginn seiner Existenz diverser angeblicher Nichtregierungsorganisationen (NRO), die entweder von den USA oder kooperationswilligen Milliardären finanziert wurden beziehungsweise noch immer werden. Den Anfang machte die CIA hier mit dem 1948 gegründeten American Committee for a United Europe (ACUE), als dessen stellvertretender Geschäftsführer der CIA-Direktor Allen Welsh Dulles fungierte. Das ACUE förderte die Blockbildung in Westeuropa und schuf somit auch die Grundlagen für die EU sowie

deren Gemeinschaftswährung Euro, indem es Gruppierungen wie die Europäische Bewegung International (EMI), Union Europäischer Föderalisten (UEF) und Europäische Jugendkampagne (EYC) finanzierte.

Dem ACUE folgte zwischen 1950 und 1967 der von der CIA alimentierte Kongress für kulturelle Freiheit (CCF). Diese in Paris ansässige antikommunistische Kulturorganisation trat nach außen hin als Sammlungsbewegung linksliberaler Intellektueller auf, agierte aber letztlich ebenso im Sinne der CIA wie die Pro-(West-)Europa-Aktivistin im Solde des ACUE.

Nachdem das aufgeflogene war, initiierte der US-Auslandsgeheimdienst die Gründung einer anscheinend unabhängigen Stiftung namens National Endowment for Democracy (NED), weil „es für demokratische Gruppen auf der ganzen Welt schrecklich wäre, als von der CIA subventioniert angesehen zu werden“, so

der erste Präsident der NED, Carl Gershman. Seine überwiegend durch die Regierung in Washington finanzierte Stiftung förderte über tausend „zivilgesellschaftliche“ Zusammenschlüsse in mehr als 90 Staaten, darunter auch die US-amerikanische vorgebliche NRO Freedom House (FH), die bereits seit 1941 existiert und sich seither an Destabilisierungsmissionen in feindlichen Staaten beteiligt.

Einsatzgebiet Ukraine

2015 deckte der prominente Enthüllungsjournalist Robert Parry nach Einsicht in bislang gesperrte Dokumente in der Ronald Reagan Presidential Library auf, wie intensiv der CIA-Direktor William Casey und der hochrangige Desinformations- und Propagandaspezialist der Agency, Walter Raymond, in den 1980er Jahren mit Gershman und dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees von Freedom House, Leo Cherne, kooperierten. Ebenso konnte Par-

ry nachweisen, dass sich die CIA auch um eine private Finanzierung der Aktivitäten des NED-FH-Gespans bemühte und in diesem Zusammenhang mindestens zwei Milliardäre als Geldgeber gewann, nämlich den Medienunternehmer australischer Herkunft Rupert Murdoch und Richard Mellon Scaife, Miteigentümer mehrerer großer Banken und Rohstoffkonzerne.

Die konspirativen Umtriebe der von der CIA gesteuerten „Nichtregierungsorganisationen“ in Osteuropa endeten dabei keineswegs mit dem Zerfall der Sowjetunion. Hierzu schrieb Gershman am 26. September 2013 in einem aufschlussreichen Kommentar für die „Washington Post“, es müsse nun das Ziel sein, die Ukraine ins westliche Lager zu ziehen, um den „Niedergang der Ideologie des russischen Imperialismus, die Putin repräsentiert, zu beschleunigen“.

Lesen Sie zu den Anfängen der CIA auch die Seite 10 dieser Ausgabe.



In der Lobby des Hauptsitzes der CIA in Langley: Das Logo des US-Geheimdienstes

Foto: pa

US-GEHEIMDIENSTE

Die CIA ist heute nur noch einer von vielen

Der Name der Central Intelligence Agency suggeriert, dass es sich bei ihr um einen Geheimdienst mit Schlüssel- und Steuerungsfunktionen handelt. Doch dem ist zumindest nicht mehr so. Im Gefüge der 1981 auf Erlass von Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufenen United States Intelligence Community (IC) rangiert die CIA auf einer Stufe mit den übrigen 17 Diensten.

Die unterstehen allesamt dem Director of National Intelligence (DNI). Dieses Amt wurde zunächst in Personalunion vom Chef der CIA ausgeübt. Seit 2004 ist das allerdings nicht mehr so. Zu deutlich trat zutage, dass die Koordination der Zusammenarbeit aller US-Geheimdienste keine Nebenaufgabe sein kann.

Allein schon unter dem Dach der Defense Intelligence Agency (DIA) gibt es fünf Geheimdienste der vier Teilstreitkräfte Army, Navy, Air Force und Marine Corps. Dazu kommen die ebenfalls dem Verteidigungsministerium unterstehenden Dienste für die Fernaufklärung und Satellitenspionage sowie die National Security Agency (NSA), welche die elektronische Kommunikation rund um die Welt abhört und entschlüsselt.

Darüber hinaus verfügen auch die Ministerien für Energie, Äußeres, Finanzen, Innere Sicherheit und Justiz sowie die Küstenwache über eigene Geheim- oder Nachrichtendienste. Im Falle des Justizministeriums sind das sogar zwei, nämlich das seit 1908 bestehende Federal Bureau of Investigation (FBI) mit Sitz in Washington, das traditionell auch Spionageabwehr betreibt, und die seit 1973 existierende Drug Enforcement Administration (DEA) mit Sitz in Arlington zur Unterbindung der Drogenherstellung und des Drogenhandels.

Somit ist die CIA heute eine Institution, die einzig und allein nur noch deshalb „zentral“ genannt werden kann, weil sie im Gegensatz zu allen anderen Diensten seit nunmehr 75 Jahren keinem überordneten Ministerium, sondern dem Oberhaupt der Exekutive der Vereinigten Staaten, dem Präsidenten, unterstellt ist. W.K.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Nicht gewinnorientiert und trotzdem nicht gemeinnützig

Über das Non-Profit-Unternehmen „In-Q-Tel“ investiert die CIA in Firmen, die für sie interessante Produkte entwickeln

Seit dem Jahr 1965 verfügt die Central Intelligence Agency über eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung namens Directorate of Science & Technology (DS&T). Dazu kam im Oktober 2015 das Directorate of Digital Innovation (DDI), dessen Aufgabe darin besteht, die Cyber-Fähigkeiten des Geheimdienstes auszubauen.

Daneben sucht die „Firma“ auch Hilfe von außerhalb, wenn es darum geht, neue und geheimdienstlich relevante Technologien frühzeitig nutzbar zu machen. In diesem Zusammenhang finanziert sie seit 1999 die private „nicht-gewinnorientierte Körperschaft“ In-Q-Tel mit Sitz in Arlington (Virginia). Die vergibt Risikokapital an

erfolversprechende junge Unternehmen im Hightech-Bereich, die keine direkte Kooperation mit dem US-Regierungsapparat eingehen wollen, weil diese für die Vermarktung der Erfindungen hinderlich oder aber imageschädigend sein könnte. Die Idee hierzu hatte Ruth A. David, seinerzeit stellvertretende Direktorin von DS&T: Da die Technologieentwicklung viel schneller voranschreite, als eine durchbürokratisierte staatliche Behörde darauf reagieren könne, gebe es keine Alternative für den Einbezug der Privatwirtschaft, auch wenn darunter vielleicht die Geheimhaltung leide.

In-Q-Tel wurde am 29. September 1999 vom vormaligen Vorstandsvorsitz-

enden des Rüstungskonzerns Lockheed Martin Corporation, Norman Augustine, sowie dem Videospieleentwickler Gilman Louie gegründet und soll seitdem Jahr für Jahr hohe zweistellige Millionenbeträge investiert haben. Die Liste der bezuschussten Unternehmen umfasst inzwischen mehrere Hundert Namen, aus denen sich auch ergibt, was den Geheimdienst besonders interessiert, nämlich Verfahren zur automatischen Sprachübersetzung und computergesteuerten Gesichtserkennung beziehungsweise Überwachung sozialer Medien sowie zur Echtzeitanalyse, Geodatenauswertung, Datenverschlüsselung, Genanalyse und Vorratsdatenspeicherung.

In-Q-Tel vergibt Risikokapital an erfolversprechende junge Unternehmen im Hightech-Bereich, die keine direkte Kooperation mit dem US-Regierungsapparat eingehen wollen

Ansonsten scheint In-Q-Tel neuerdings auch die Entwicklung von mRNA-Impfstoffen durch das Ende 2020 gegründete kalifornische Unternehmen National Resilience voranbringen zu wollen. Darauf deutet der Umstand hin, dass die neue „Biopharma Manufacturing Company“ auf Initiative der In-Q-Tel-Vizepräsidentin Luciana Borio entstand und der In-Q-Tel-Chef Christopher Darby im Vorstand von National Resilience sitzt.

In der Bundesrepublik hat In-Q-Tel bislang in drei Unternehmen investiert. Dazu zählt das Dresdner Satellitentechnologie-Start-up Morpheus Space, das auf Ionenstrahlantenne zur Steuerung von Nanosatelliten spezialisiert ist. W.K.

Glanz und Gloria des Dauerhaften

Der Tod der Queen bewegt weltweit die Menschen. Woher rührt die Begeisterung selbst vieler Nicht-Monarchisten für Monarchie und Krone? Zur Antwort gehört die Kontinuität im Amt und ein Stil, den Demokratien nicht bieten können

VON EBERHARD STRAUB

Wir leben in post-modernen, post-christlichen, posthumanistischen, postdemokratischen, auch schon in postfaktischen Zeiten – aber noch nicht in postmonarchischen. Noch immer gibt es Monarchien, die es, obschon angeblich veraltet, gut verstanden haben, sich im Wechsel der Zeiten mit erstaunlicher Überlebenskunst zu behaupten. In Spanien wurde gar die Monarchie 1976 wieder eingeführt, um dem neuen Spanien Legitimität zu verschaffen, die weit zurück reicht in die Geschichte.

Die meiste Aufmerksamkeit findet immer wieder das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, jetzt wegen des Todes der Königin Elisabeth II. Die Queen stellte sich und ihre Regierung unter das im 14. Jahrhundert auf Deutsch formulierte Motto der Prinzen von Wales: „Ich dien“. Diese Devise war schon den Römischen Kaisern der Antike bekannt. Seit Seneca musste sich der Kaiser als Diener des allgemeinen Wohls verstehen; verpflichtet, wie ein niedriger Sklave, zur Arbeit und damit zum Verzicht auf Selbstverwirklichung oder Authentizität. Das Schloss gar nicht aus, dass ein Monarch sagen konnte: „Der Staat bin ich.“ Denn das meinte, ganz von sich abzusehen, ganz und gar in seinem Amt aufzugehen und mehr eine Idee zu verkörpern als eine unverwechselbare Person zu sein. Er veranschaulicht die Dauer des königlichen Staates. Denn der König stirbt nicht, weil er in seinem Nachfolger aufersteht und fortlebt.

Unabhängigkeit von den Konjunkturen des Zeitgeistes

Die Krone, die er trägt, ist das Sinnbild einer beständigen Ordnung, des *status*, von dem sich unser Staat ableitet, der das Stabile sichtbar machen soll. Königliche Herrschaft ist in diesem Sinne die ruhige Ausübung der Herrschaftsrechte. „Herrschen heißt sitzen – auf dem Thron, dem Amtssessel im Römischen Senat, dem Ministersitz, dem Heiligen Stuhl. Entgegen einem harmlosen Zeitungsschreiber-Standpunkt ist herrschen weniger eine Angelegenheit der Faust als des Sitzfleisch“, wie José Ortega y Gasset 1930 im „Aufstand der Massen“ zu bedenken gab.

Die Herrschaftsrechte eines Königs oder einer Königin mögen heute sehr unbestimmt sein. Aber mit Ratschlägen, Empfehlungen und Warnungen verfügen sie durchaus über erhebliche Möglichkeiten, die Entscheidungen der wechselnden Regierungen zu beeinflussen. Sie wahren die Kontinuität des Staates und können aufgrund ihrer Kenntnis der Amtsgeschäfte Politiker vor Fehlern bewahren oder ihnen Wege weisen, wie sie am besten aus Schwierigkeiten herausfinden, in die sie wegen ihrer parteipolitischen Abhängigkeiten geraten sind. Die Überlegenheit der Monarchen beruht auf ihrer sachbezogenen Überparteilichkeit und – da nicht abwählbar – auf ihrer Unabhängigkeit von den Stimmungen der Wähler sowie der Meinungsbildner in Medien und Parteigremien, die Interessen verfolgen, welche den meisten Bürgern undurchsichtig bleiben.

Kaiser Franz Joseph sah seine besondere Aufgabe darin, seine Völker vor ihrer Regierung zu schützen, wie er 1912 Theodor Roosevelt gegenüber sein Amtsverständnis knapp bestimmte. An diesem Amtsverständnis hast sich seitdem kaum etwas geändert, gerade wegen der Diskretion und dem gebotenen Respekt vor dem Parlamentarismus. „Alle Geschäfte müssen erlernt werden, und heutigen Tages ist das Geschäft eines konstitutionellen Souveräns, soll es gut gehen, ein recht schwieriges“, wie 1838 Leopold, der



Verschmelzung von monarchischer Pracht und demokratischer Herrschaft: Die verstorbene Königin Elisabeth II. verliest – hier 2012 – in ihrer Thronrede das Regierungsprogramm. Neben ihr sitzend ihr Gemahl Prinz Philip Foto: ddp images

erste König der Belgier, seiner Nichte, der Königin Viktoria, schrieb.

Erst in der bürgerlichen Erwerbs- und Arbeitsgesellschaft lag es nahe, das Königtum als Beruf mit zu ihm gehörenden Tüchtigkeiten und Merkmalen, eben als ein erlernbares Metier aufzufassen. Aus dem absoluten Monarchen und Souverän wurde ein Staatsorgan. Er hat keinen ausgeprägten, eigenen Willen mehr, sondern ist der notwendige Mittelpunkt eines ausgebildeten Systems feststehender Einrichtungen, sodass der monarchische Wille nur noch formaler Art ist. Der Dichter Franz Grillparzer fand dafür im ersten Regierungsjahr des jungen Kaisers Franz Joseph das treffende Bild, wenn er Kaiser Rudolf II. in seinem Kaiserdrama „Ein Bruderzwist in Habsburg“ sagen lässt: „Ich bin das Band, das diese Garbe hält, / unfruchtbar selbst, doch nötig, weil es bindet!“

Das Königtum als Beruf

Um in diesem Sinne tatsächlich binden und zusammenhalten zu können, bedurfte es seitdem einer gründlichen, „berufsorientierten“ Erziehung, der sich die Prinzen und Prinzessinnen unterwerfen mussten. Im Gegensatz zu vielen Parteipolitikern sind heutige Könige nicht nur gut unterrichtet, sondern verfügen auch in zahlreichen Gebieten über die Qualitäten eines Fachmannes. Dilettanten gibt es unter ihnen nicht. Sie würden für Unordnung sorgen, sich also überflüssig machen.

Aber es ist nicht nur die Professionalität der Monarchen, die zu ihrem Geschäft gehört. Die Völker bedürfen anschaulicher Wahrheiten. Die Demokratie beruht auf Abstraktionen wie Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz. Darüber kann man sich Gedanken machen, doch solche Konzepte lassen sich nicht in Bildern ausdrücken. In der Krone vereinigen sich die Zeiten, sie ist ein Symbol für die Geschichte, in der sich Volk und Staat entwickelten. Sie und die Zeremonien zu ihren Ehren sind überpersönlich und doch untrennbar mit der Person verbunden, die gekrönt wurde und damit den unmittelbaren Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart als Lebensmächte sinnlich erfahrbar machen. Die

Demokratie ist unfähig zu spezifisch demokratischen Formen der Repräsentation. Wenn sie sich festlich inszeniert, um ihre Würde hervorzuheben, geschieht das meist in Schlössern und mit dem großen Apparat von Uniformen, antiquarischen Schmuckelementen bis hin zu Musikstücken, die nicht für Demokraten geschrieben wurden.

Die wahre Majestät

Man mag von der Volkssouveränität überzeugt sein und die Geheimnisse der Gewaltenteilung fest im Herzen tragen, doch keiner würde es noch wagen, von der Majestät des Volkes zu reden, obschon dieses doch der Souverän ist. Dem Staat Majestät zuzubilligen, gilt als lästige Staatsvergottung, die Demokraten unwürdig ist. Wer unter dem Eindruck eines motorisierten Gesetzgebers an die Heiligkeit des Rechtes erinnert, macht sich lächerlich oder verdächtig. Denn das Recht muss sich den gewandelten Bedürfnissen einer ständig bewegten Gesellschaft anpassen. Konkrete Gestalten wie der Bürger, der Akademiker oder Arbeiter verschwinden. Es gibt nur Menschen irgendwo „vor Ort“ oder „draußen im Lande“. Personen kommen vielleicht bei Verkehrsunfällen oder im Personennahverkehr vor.

Dennoch hat sich gerade deshalb ein Heimweh nach Festlichkeit, repräsentativen Formen und nach Schönheit erhalten, um sich gemeinsam zu vergewissern, Teil eines großen Ganzen zu sein mit einem Altertum, das der Gegenwart Bedeutung verleiht und in die Zukunft hinüberweist. Alle Versuche, einen demokratischen Stil zu finden, führten von einer Verlegenheit in die andere.

In den Monarchien ist alles anders. Sie können mit einem Reichtum an Zeremonien und Formen den Tag und den Augenblick herausheben aus der banalen Alltäglichkeit. Dort ist es angemessen, in Schlössern mit Staatsgästen zu feiern und Diener in traditionelle Livreen zu kleiden. Die ungemeine Attraktivität der Königshäuser und monarchischer Repräsentation hat wenig mit den nur noch Gelehrten vertrauten Ideen um Thron und Altar zu tun. Die Könige bringen für Mo-

mente Schmuck ins kärgliche Dasein, in das Volksleben, dem es an freudigen, besinnlichen und festlichen Gelegenheiten mangelt zu bekunden, welche Lust es bereitet, in Demokratien als wahrhafter und wehrhafter Demokrat mit anderen, die seinesgleichen sind, zu leben.

Die Feierlichkeit gemessener Zeremonien, zelebriert von Gestalten in Samt, Seide, Purpur und Hermelin, poetisieren das eiserne Gehäuse, in dem sich eine durchrationalisierte, von der Maschine disziplinierte Massengesellschaft eingerichtet hat. Über Hofberichterstattung, Hochglanzfotografien, Filme und Live-Übertragungen können die Massen an prächtigen Ereignissen teilnehmen, deren Exklusivität auf diese Art demokratisiert wird. Ganz abgesehen davon, dass sie als Publikum bei Paraden, Umfahrten, Hochzeiten oder Begräbnissen unentbehrlich sind.

Ein dauerndes Erfolgsstück

Die ästhetisierte Monarchie als Spektakel, als große Oper mit viel Kulissenzauber ist ein dauerndes Erfolgsstück. Die Poesie und der schöne Schein bewahren wegen ihrer Substanzlosigkeit die Throne vor der Einsturzgefahr. Monarchien leiden nicht an Alterschwäche, weil sie sich trotz absichtlich gepflegter Traditionen den demokratischen Bedürfnissen öffnen und jedermann die Illusion verschaffen, dazuzugehören, obschon die einfachen Leute doch nur dabei sein können. Da das Volk sich längst als Publikum begreift, gefällt es sich in der Rolle des „Adabei“, wie Münchner sagen, der als „Zaungast“ gut unterhalten sein möchte, indem höfliche Könige ihn gar wie einen „Zaunkönig“ aufmerksam behandeln.

Monarchen als Staatskünstler dürfen diesen Dienst nicht vernachlässigen. Sie müssen das Volk unterhalten und sichern damit ihren herausgehobenen Rang, weil es zu ihren Aufgaben gehört, die Kunst der Repräsentation zu repräsentieren. Dazu bedarf es vieler Übung, Disziplin und Selbstverleugnung, um sich nicht dabei zu langweilen, auf gefällige Weise für andere da zu sein. In der Komödie „Harold und Maud“ bemerkte die alte Maud: „I don't miss the kingdoms, but I miss the kings“ (Ich vermisse nicht die Königreiche, aber ich vermisse die Könige.“ Sie dachte noch an die Monarchen, die sie und ihr Mann vor 1914 gesehen hatten, während der letzten Epoche alteuropäischer Eleganz und Liebesswürdigkeit.

Doch sie irrte sich. Die Könige gibt es weiterhin und sie bemühen sich sehr, als Königsdarsteller einem sehr demokratischen Geschmack zu gefallen. Nur alten Monarchen, wie der verstorbenen Königin Elisabeth oder der spanischen Königin Sofia, gelang und gelingt noch die schwere Kunst, Anmut und Würde zu vereinen. Mancherlei Unsicherheiten bei Jüngeren nimmt das Publikum gar nicht mehr wahr, das ohnehin „Menschlichkeit“ bei Prinzen und Prinzessinnen erwartet. Sie sollen in schöner Form nicht nur ihren Adel repräsentieren, sondern mit ihrem Auftreten das gesamte Volk nobilitieren und es in Eintracht mit der Tadellosigkeit seiner ehrwürdigen und deshalb auch schönen Geschichte halten.

Gerade darauf beruht die Volkstümlichkeit der Monarchen, ihre Völker daran zu erinnern, sich nicht von den rasch wechselnden Aktualitäten überwältigen zu lassen und die Vergangenheiten ihrer Geschichte und ihre Vorfahren in Ehren zu halten, denen sie verdanken, was sie sind.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“ (Landt Verlag 2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). www.eberhard-straub.de

In der Krone vereinigen sich die Zeiten, sie ist ein Symbol für die Geschichte, in der sich Volk und Staat entwickelten. Alle Versuche, einen demokratischen Stil zu finden, führten von einer Verlegenheit in die andere

IM GESPRÄCH MIT
ANNA VERONIKA WENDLAND

Trotz explodierender Energiekosten entschied Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die Laufzeiten der letzten drei noch aktiven Atomkraftwerke nicht zu verlängern. Zwei AKW sollen jedoch in einen Streckbetrieb gehen, um im Notfall Strom liefern zu können. Wie realistisch ist das? Und was bedeutet Habecks Agieren für die vor uns liegende kalte Jahreszeit? Antworten gibt eine linke Kritikerin grüner Energiepolitik.

Frau Wendland, sind wir nach der Entscheidung Robert Habecks, die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen, stromtechnisch für den kommenden Winter präpariert?

Wir laufen auf jeden Fall Gefahr, nicht vorbereitet zu sein. Es sei denn, die Regierung greift auf Kohle- und Ölkraftwerke zurück, was sie ja auch angekündigt hat. Das hängt allerdings davon ab, wie viele Kraftwerke aus der Reserve mobilisiert werden können.

Die Anordnung Habecks bezüglich der AKW ist technisch nur sehr schwer durchführbar. Das Anfahren eines Kernkraftwerks mit einem Streckbetriebs-Reaktorkern aus kaltem Zustand stellt die Anlage vor ganz andere Herausforderungen als der – im Stresstest übrigen – gemeinte – nahtlose Übergang in den Streckbetrieb ohne Abfahren der Anlage. Es ist auch ganz anders als ein normales Anfahren aus kaltem Zustand mit frischem Kernbrennstoff. Im letzteren Falle, also mit ca. 50 neuen Brennelementen pro Reaktor, könnten die Anlagen zügig anfahren und, einmal hochgefahren, auch sehr flexibel auf Laständerungen reagieren. Aber mit einem Streckbetriebskern, der kaum mehr kritisch ist, dauert das Anfahren aus reaktorphysikalischen und verfahrenstechnischen Gründen ein Vielfaches der normalen Anfahrzeit. Das wirkt sich natürlich auf die Reaktionsschnelligkeit bei einer Mangellage aus. Von den fehlenden Sicherheitsbetrachtungen für diesen Fall mal ganz abgesehen.

Habeck hat also Bedingungen geschaffen, die kaum erfüllbar sind, tut aber so, als hätte er furchtbar über seinen Schatten springen müssen. In Wirklichkeit drückt er den Atomausstieg stur bis zum Ende durch, er will es aber angesichts der Notlage nicht so nennen. Das hat schon was von einer Mogelpackung.

Herr Habeck versucht in seinen Stellungnahmen gern den Eindruck zu vermitteln, als würde er sich bei seinen Entscheidungen von den Ratschlägen neutraler Sachverständiger leiten lassen. Wie glaubwürdig ist das?

Das Team, mit dem sich Habeck in Energiefragen primär abspricht, besteht weitestgehend aus Parteipolitikern, die stramm auf Atomausstiegs- und Erneuerbare-Energien-Kurs sind. Diese Leute tun alles, um die Kernenergie loszuwerden. In ihrer Denkwelt schließen sich Kernenergie und Erneuerbare gegenseitig aus – obwohl man sie eigentlich gut zusammenspannen kann. Daher fürchten sie, eine krisenbedingte Laufzeitverlängerung könne die Kernenergie in unserem Energiesystem neu etablieren.

Was der Wirtschaftsminister vorschlägt, folgt übrigens gar nicht den Empfehlungen des Stresstests, sondern widerspricht ihnen. Der Stresstest hat zugrunde gelegt, dass es drei AKW im Streckbetrieb gibt – nicht zwei im Nichtbetrieb und ein endgültig abgeschaltetes. Hinzu kommt, dass der Stresstest alternative Varianten wie diejenige, dass die Atomkraftwerke mit neuem Brennstoff ausgestattet werden und in den ganz normalen Leistungsbetrieb gehen, gar nicht erst durchgespielt hat. Offensichtlich gab es schon bei der Konzeption der Randbedingungen politische Vorgaben. So haben wir nun eine Schein-Lösung bekommen. Zudem soll über eine etwaige Reaktivierung der



Die Tage sind gezählt: Auch das AKW Isar 2 soll zum Jahresende vom Netz genommen und in einen „Streckbetrieb“ überführt werden

Foto: imago/blickwinkel

ENERGIEKRISE

„Habeck will den totalen Ausstieg“

Über die Folgen der drohenden AKW-Abschaltung, die Motive des Wirtschaftsministers und seiner grünen Partei sowie die Frage, ob Deutschland auf den kommenden Winter vorbereitet ist

verbleibenden Notfall-Atomkraftwerke auch noch der Bundestag entscheiden.

Es wäre also viel ehrlicher gewesen, zu sagen: „Schluss, der Atomausstieg wird am 31. Dezember durchgezogen wie im Atomgesetz vorgesehen.“ Stattdessen wird uns vorgegaukelt, man sei bereit, eine Reserve vorzulegen. Habeck will den totalen Ausstieg – aber es fehlt ihm der Mut, auch alle Konsequenzen zu tragen. Diese Konsequenzen sind entweder eine Strommangellage oder – falls diese mit Fossilverstromung abgewendet wird – ein Crash der Klimaziele. Eins von beiden wird eintreten.

Lassen Sie uns nochmal auf die Stromversorger blicken. In vielen Medien wurde zuletzt der Eindruck vermittelt, als wollten diese selbst nicht mehr zur Atomkraft zurück.

Die Betreiber sind von dem Hü-Hott um den Atomausstieg nicht begeistert, das stimmt. Kraftwerks-Einsatzplanung ist eine langfristige Aufgabe, Personal auszubilden ebenfalls. Doch haben die Betreiber eindeutig ihre Bereitschaft erklärt, in der Notlage die Kernkraftwerke am Netz zu halten.

„Das Drama für Deutschland ist, dass ausgerechnet in diesem historischen Moment die Grünen in der Regierung sitzen“

Dem Minister kommt es natürlich zu pass, wenn der Eindruck entsteht, als würden die Betreiber nicht mitmachen. Was hier tatsächlich geschehen ist: Man kann durch ungünstige Rahmenbedingungen die Betreiber so in die Ecke treiben und den AKW so ungünstige Bedingungen diktieren, dass diese von sich aus erklären, keinen Beitrag zur Lösung der Energiekrise leisten zu können und aus Sicherheitsgründen auch nicht zu wollen. Ich kann

mir durchaus vorstellen, dass dies zumindest ein Teil von Habecks Kalkül war.

Allerdings kann es auch sein, dass gar kein Kalkül dahintersteckt und er einfach nur – wie so oft – Falschaussagen macht, weil er und sein Umfeld von der Kerntechnik nichts verstehen. Habecks Beschluss ist anzumerken, dass kein einziger Kernverfahrenstechniker oder Reaktorphysiker draufgeschaut hat. Auch die regierungseigene Expertise hat Habeck nicht genutzt – die der Reaktorsicherheitskommission nämlich. Dem Tonfall Habecks, wenn er über diese Kernkraftwerke redet, ist nachgerade anzuhören, dass er seinen Gesprächsgegenstand ablehnt und verachtet.

Was ist mit den Staatssekretären, die gewöhnlich die Fachkompetenz absichern, wenn einem Minister die Expertise in seinem Ressort fehlt?

Habeck hat sich in seinem Ministerium nicht mit Fachleuten aus der Energiewirtschaft, sondern mit Aktivisten aus der NGO-Szene umgeben. Patrick Graichen zum Beispiel ist Politologe und war Direktor der Denkfabrik „Agora Energiewende“, eine größtenteils privat finanzierte NGO, die zur Förderung der Erneuerbaren Energien gegründet wurde. Graichen war mit einer denkwürdigen Aussage in einer ZDF-Dokumentation über die Frage „Droht ein Blackout?“ zu sehen, als er die Sicherheitskultur der Netzbetreiber als „konservatives Mindset“ bezeichnete und implizit meinte, für die Etablierung des Erneuerbare-Energien-Systems brauche man mehr Risikofreudigkeit und weniger Angst um die Robustheit des Stromnetzes. Das steht schon in deutlichem Widerspruch zum sonstigen Verhalten der Grünen, die geringfügigsten Ereignisse in Kernkraftwerken zum Anlass zu nehmen, um deren Sicherheitskultur in Frage zu stellen.

Aber diese Haltung bestätigt sich jetzt gewissermaßen in der wurschtigen Herangehensweise des Wirtschaftsministeriums an die Sicherheitsfragen beim Streckbetrieb aus Kaltstart, die die PreussenElektra ja angeführt hat. Netz- und Reaktorsicherheit scheinen also für diese Leute frei zur Disposition zu stehen, je nachdem, wie es politisch gerade in den Kram passt – und das beunruhigt mich schon sehr.

Kann man oder muss man sogar sagen, dass hier mit Vorsatz die Energiewirtschaft an die Wand gefahren wird?

Zumindest wollen einige Verantwortliche mit Vorsatz die Kernenergie aus dem System nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man so viele Fehler und Ungenauigkeiten, die hier gemacht wurden, nur aus Unwissenheit begeht.

Herr Habeck hätte einen wunderbaren Ausweg gehabt, den er aber nicht genutzt hat: das Bekenntnis seiner Regierung, eine Klimaregierung zu sein. Er hätte sich angesichts der energiepolitischen Situation ein Beispiel an Olaf Scholz nehmen und den Begriff der „Zeitenwende“ zur Begründung für einen Befreiungsschlag in Sachen Atomkraft heranziehen können. Er hätte sagen können, dass die Kernenergie derzeit der einzige Ausweg ist, Versorgungs- und Klimasicherheit zusammenzudenken. Da wären auch viele Grüne mitgegangen. Auch die positiven Umfragewerte für die Kernenergie hätte man zur Begründung eines Schwenks heranziehen können. Doch die alte Parteilite der Grünen hätte das nicht hingegenommen. Die Trittin-Fraktion ist offensichtlich durchaus noch in der Lage, die Partei zu sprengen.

Das Drama für Deutschland ist, dass fast schicksalhaft ausgerechnet in diesem historischen Moment die Grünen in der Regierung sitzen, die fast im Alleingang über unsere Energiewirtschaft entscheiden können. Der Bundeskanzler lässt sie machen, denn große Teile der SPD unterscheiden sich in Energiefragen ja kaum mehr von den Grünen, obwohl sie die sozialen Konsequenzen von Mangellagen und Energiearmut doch ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stellen müssten.

Spielt die alte Konsumfeindlichkeit grüner Milieus in der gegenwärtigen Politik noch eine Rolle?

Das glaube ich weniger. Die Grünen haben ja durchaus die Vision von einem „Green Capitalism“ und von einer ökologischen Marktwirtschaft. Aber sie glauben, man könne dies mit 100 Prozent „Erneuerbaren“ schaffen. Das ist die große Illusion. 100 Prozent „Erneuerbare“, das ist meiner Beobachtung nach nur mit einem massiven Rückbau der Industriegesell-

schaft zu haben – sonst werden uns Rohstoff- und Flächenbedarf der Erneuerbare-Energien- und Speichersysteme vor massive Probleme stellen. Die „Degrowth“ in der Klimabewegung machen da schon einen Punkt, sie sind ehrlicher als die Grünen und sagen: Weitermachen wie bisher ist so nicht möglich. Diese unangenehme Nachricht wiederum wollen die Grünen den Leuten lieber nicht zumuten.

Ich glaube, die allerwenigsten Grünen haben ein technisches Grundverständnis von dieser ganzen Problematik. Die Grünen haben ein Ideal. Sie stammen fast alle aus bürgerlichen Milieus, die nie am eigenen Leibe spüren mussten, was Knappheit und Armut wirklich bedeuten. Und sie haben eine starke soziale Basis im öffentlichen Dienst, was bedeutet, dass sie anders als das Wirtschaftsbürgertum nicht ihr eigenes Geld ausgeben und dass sie überzeugt sind, der Staat könne alles per Gesetz und Verordnungen planen, gestalten und regeln.

Wie ist Deutschland auf den kommenden Winter vorbereitet?

Stand heute ist Deutschland nicht genügend vorbereitet. Das sieht man schon an den verzweifeltsten Appellen der Bundesnetzagentur, die Leute mögen bitte wegen der Gasknappheit nicht auf Heizlüfter ausweichen. Das ist ja die Befürchtung, die ja durchaus begründet ist, wenn der Strompreis gedeckelt wird, der Gaspreis aber nicht, dass dann die Leute angesichts erschreckender Gasrechnungen auf elektrische Heizmittel zurückgreifen.

In der Tat ist das Szenario, dass Millionen Gasheizungsbetreiber mit Heizlüftern ihre Wohnung wärmen, bedrohlich. Umso absurder ist es, zum Jahresende – also mitten im Winter – 4.200 Megawatt Atomstromleistung aus dem Netz zu nehmen.

Das Interview führte René Nehring.

● **Dr. habil. Anna Veronika Wendland** ist Technik- und Osteuropahistorikerin in Marburg und wurde 2021 mit einer Arbeit über die Kerntechnische Moderne habilitiert. Im Frühjahr 2022 erschien ihre Streitschrift „Atomkraft? Ja bitte! Klimawandel und Energiekrise. Wie Kernkraft uns jetzt retten kann“ (Quadrige Verlag).

PROTESTE

„Heißer Herbst“ spaltet die Linkspartei

Demonstrationen in Berlin und Leipzig: Streit um Russland-Sanktionen eskaliert

VON NORMAN HANERT

Unter dem Motto „Preise runter – Energie und Essen müssen bezahlbar sein!“ hatte Sören Pellmann, der Ostbeauftragte der Linkspartei-Fraktion im Bundestag, zu einer Kundgebung am 5. September in Leipzig aufgerufen. Dem Aufruf folgten nach Polizeiangaben mehrere tausend Menschen. Nach den Vorstellungen Pellmanns soll die Montagsdemonstration nur der Auftakt zu einem „heißen Herbst“ der Proteste gegen die Politik der Ampelkoalition sein.

Co-Parteichef Martin Schirdewan verteidigte ausdrücklich den Protestaufruf seiner Partei gegen die Gasumlage. In den ARD-„Tagesthemen“ wies er Bedenken zurück, die Proteste könnten die Gesellschaft spalten: „Diejenigen, die die Gesellschaft spalten, sind die in der Bundesregierung vertretenen Parteien, indem sie eine unsoziale Politik umsetzen, die vor allem zulasten der Bevölkerungsmehrheit geht.“

Gezerre um Wagenknecht

Innerhalb der Linkspartei ist der vom Leipziger Pellmann geplante „heiße Herbst“ allerdings nicht unumstritten. So mahnt klingt Bodo Ramelow, der Ministerpräsident von Thüringen mit Parteibuch der Linken. Er mahnte gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ seine Genossen bei den sozialen Protesten: „Bitte aber die Abstandsregel zu rechtsradikalen Organisatoren beachten.“ Auch zur Terminwahl der Leipziger Genossen hatte Ramelow etwas anzumerken: „Die Rechten wurden zu Recht kritisiert, als sie sich der Symbolik der Montagsdemonstrationen bemächtigt haben.“

Auch ein möglicher Auftritt von Sarah Wagenknecht als Rednerin bei dem Montagsprotest hatte für Irritationen gesorgt. Pellmann hatte Wagenknecht zunächst für einen Auftritt angefragt, später sagte er ihr laut einem Bericht des MDR dann aber wieder ab. Gegenüber dem Sender begründete Pellmann die Absage mit organisatorischen Schwierigkeiten.

Ob dies der tatsächliche Grund für den Nichtauftritt Wagenknechts war, bleibt dahingestellt. Tatsache ist: Teile der Linkspartei haben mit den Positionen der prominenten Genossin ihre Probleme. Dies



Im Zentrum der Kontroverse: Linkspartei-Ikone Sahra Wagenknecht

Foto: Imago/Political-Moments

gilt insbesondere für den Standpunkt Wagenknechts zu den Russland-Sanktionen. Nach dem Willen eines Teils ihrer Fraktion hätte Wagenknecht am 7. September bei der Generaldebatte im Bundestag nicht ans Rednerpult treten sollen. Und tatsächlich trat ein, was Teile der Fraktion befürchtet hatten und verhindern wollten. Wagenknecht warf der Bundesregierung vor, einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, „unseren wichtigsten Energielieferanten“, vom Zaun gebrochen zu haben. Zudem forderte sie, die EU-Sanktionen gegen Russland aufzuheben, damit Deutschland weiterhin günstige Brennstoffe beziehen könne.

Abgeordnete der AfD applaudierten mit einem Teil der Linksfaktion, andere Genossen der Fraktion reagierte sichtlich verärgert. Am Folgetag äußerten sich Janine Wissler und Martin Schirdewan, die beiden Parteivorsitzenden, zu Wagenknecht: „Sahra Wagenknecht zu diesem

Tagesordnungspunkt sprechen zu lassen, obwohl sie nicht Mitglied eines Ausschusses ist, war eine Entscheidung des Fraktionsvorstandes, nicht der Parteivorsitzenden.“ Gegenüber dem „Neuen Deutschland“ erklärten die Parteichefs, Wagenknechts Rede hätte in Teilen nicht den beschlossenen Positionen der Partei entsprochen. Ein solcher Vorgang sei zu vermeiden gewesen und dürfe sich nicht wiederholen. Ramelow zeigte sich mehr als irritiert: „Dass Frau Wagenknecht ihre Privatmeinung, die nicht den Parteitagsschlüssen entspricht, für die Fraktion im Parlament darbieten kann, halte ich für verstörend.“

Wächst Distanz zur eigenen Basis?

Drei Landespolitiker, darunter die Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss, forderten sogar den Ausschluss Wagenknechts aus der Bundestagsfraktion und den Rücktritt der beiden

Fraktionschefs Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali. Der frühere Parteichef Klaus Ernst verteidigte dagegen Wagenknecht. Diese habe die Zustimmung vieler Bürger „und selbstverständlich auch innerhalb der Fraktion“.

Ein tief gespaltenes linkes Lager hat sich auch am 5. September bei einer Demonstration in Berlin unter dem Motto „Genug ist genug – protestieren statt frieren“ gezeigt. Zu der Protestaktion vor der Bundesgeschäftsstelle der Grünen hatten linke Gruppierungen und Parteimitglieder der Linkspartei aufgerufen. Auf der Demonstration in Berlin-Mitte sprach sich Ferat Koçak, der für die Linkspartei im Abgeordnetenhaus sitzt, in einer Rede für Antifaschismus und mehr „Klimagerechtigkeit“ aus. Bei den Demonstrationsteilnehmern waren dann allerdings durchaus auch Schilder mit Aufschriften wie „Nordstream 2“ oder Plakate gegen Waffenlieferungen an die Ukraine zu sehen.

DEMOKRATIE

Linke Volksbegehren stoßen auf wenig Resonanz

Initiative für Grundeinkommen bereits gescheitert – Klima-Begehren kommt nicht recht voran

Das Volksbegehren „Grundeinkommen“ ist in Berlin deutlich gescheitert. Gut 2,4 Millionen stimmberechtigte Berliner gibt es. Die Initiative benötigte 175.000 gültige Unterschriften. Als am Nachmittag des 17. August erst rund 78.000 Unterschriften zusammengekommen waren, zahlten die Organisatoren ihren Helfern 42 Euro für zwei bis vier Stunden Unterstützungsarbeit, um bis zum Stichtag, den 5. September, doch noch die fehlenden Unterschriften zusammen zu bringen.

Die linke „taz“ erklärt das so: „Seit Anfang August bezahlt die Initiative Volksentscheid Grundeinkommen ihre Sammler*innen.“ Das entspreche dem „sozialen Gleichheitsgedanken des Volksentscheids“. Von den Aktivisten hört man: „Umsonst zu arbeiten setzt schließlich

voraus, einen finanziellen Puffer zu haben.“ Dennoch kam man schließlich nur auf 125.000 Unterschriften. Bei der Überprüfung bei den Bezirksämtern stellte sich zudem heraus, dass 20 bis 25 Prozent davon ungültig waren. Minderjährige, nichtdeutsche Berlinbewohner oder auch Leute, die mit ausgedachten Namen und Anschriften ihren Unmut über die Belästigung durch die Aktivisten zeigen wollten, führten dazu, dass offenbar nicht einmal 100.000 wahlberechtigte Berliner das Anliegen unterstützen.

Die Tierschutzpartei (mit 2,2 Prozent Stimmenanteil erhält sie sogenannte Wahlkampfkostenrückerstattung) hatte mit Großflächenplakaten die Aktion unterstützt. Dennoch ist die Frage interessant, woher die Aktivisten das Geld für die

zahllosen übrigen Plakate bekamen, mit denen die ganze Stadt zugepflastert war. Und wer das Honorar bezahlte, das den Unterschriftensammlern ab dem 17. August ausgezahlt wurde.

Initiatoren sind enttäuscht

Das zweite Volksbegehren mit dem Titel „Berlin 2030 klimaneutral“ hat noch bis zum 14. November Zeit, die erforderlichen 171.000 zu sammeln. Auch hier beklagen die Initiatoren die mangelnde Bereitschaft der stimmberechtigten Bürger, ihr Anliegen zu unterstützen. Dabei stehen nach eigenen Angaben 26 Organisationen, darunter die Berliner Zweige von Fridays for Future, Grüne Jugend und Naturfreunde, German Zero, Bürgerenergie Berlin oder auch die ökologische Suchma-

schine Ecosia, dem Vorhaben unterstützend zur Seite. Die Initiatoren verweisen darauf, dass der von ihnen ausgeübte „gesellschaftliche Druck“ das Berliner Abgeordnetenhaus bereits veranlasst habe, eine „Klimakrise“ auszurufen. Jessamine Davis von der Initiative Klimaneustart macht einen falschen Informationsstand der Bürger für den drohenden Misserfolg des Volksbegehrens verantwortlich: „Wenn den Bürger:innen wirklich klar kommuniziert wird, was die Folgen der Klimakrise bedeuten, und sie an den Lösungen beteiligt werden, befürworten sie die nötigen Maßnahmen für rasche Klimaneutralität.“ Auf der Straße klingt das dann so: „Wir wollen die Politik verändern. Damit das mit dem Klimawandel nicht so schlimm wird!“ Frank Bücker

KOLUMNE

Donatello!

VON VERA LENGSELD

Es gibt sie noch, die guten Dinge, auch wenn man das im Angesicht der prekären politischen Lage fast vergisst. Dazu gehört eine sensationelle Ausstellung, die am 1. September in Berlin eröffnet wurde: „Donatello – Der Erfinder der Renaissance“.

Die Schau war möglich im Rahmen einer einmaligen Kooperation der Staatlichen Museen zu Berlin mit der Fondazione Palazzo Strozzi, Florenz, den Musei del Bargello, ebenfalls Florenz, und dem Victoria & Albert Museum in London. Donatello wird erstmals eine eigene Ausstellung in Deutschland gewidmet. Mit rund 90 Arbeiten und zahlreichen bedeutenden Werken, die zuvor noch nie zusammen gezeigt wurden, ergibt sich laut den Kuratoren ein Panorama, das keine Zweifel lässt: Die Geschichte Donatellos ist zugleich eine Geschichte der Renaissance.

Die Staatlichen Museen zu Berlin besitzen neben dem Museo Nazionale del Bargello und dem Victoria & Albert Museum eine der weltweit größten Sammlungen von Werken Donatellos. Das verdanken Sie Wilhelm Bode und dem Kaiser-Wilhelm-Museumsverein. Gemeinsam mit der Fondazione Palazzo Strozzi haben sich die Museen zusammengeschlossen, um drei Ausstellungen zu organisieren mit vorher nie gemeinsam gezeigten Skulpturen und Reliefs aus Marmor, Terrakotta und Bronze. Manche Exponate hatten Italien zuvor noch nie verlassen.

Unter den Leihgaben sind drei bedeutende Bronzen des monumentalen Hauptaltars der Basilica del Santo in Padua sowie die Marmorskulptur des David aus dem Museo Nazionale del Bargello. Diese Werke werden mit Gemälden von Zeitgenossen wie Masaccio, Fra Filippo Lippi und Andrea Mantegna sowie Skulpturen, Zeichnungen und Abgüssen gezeigt. Damit können Besucher Donatellos großartigen Erfindungsreichtum erleben und die Vielfalt der Berliner Sammlungen entdecken.

MELDUNG

SPD und AfD in der Stichwahl

Cottbus – Lokalzeitungen hatten schon länger die Befürchtung geäußert, dass mit Lars Schieske erstmals in Deutschland ein AfD-Kandidat Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt werden könnte. Die Wahl in Cottbus zeitigte dann zwar keine Mehrheit für den AfD-Vertreter, aber er kam mit 26,4 Prozent Stimmenanteil auf Platz zwei hinter dem SPD-Mann Tobias Schick mit 31,8 Prozent. Der CDU-Kandidat Thomas Bergner erreichte mit gut 24 Prozent nur den dritten Platz. Brandenburgs CDU-Generalsekretär Gordon Hoffmann zeigte sich von dem Resultat enttäuscht: „Das tut natürlich weh, dass wir da jetzt nicht in der Stichwahl sind.“ Schick dürfte es geholfen haben, dass Grüne und Linkspartei auf eigene Kandidaten verzichteten. Zur Stichwahl zeichnen sich nun drei etwa gleich große Wählerblöcke ab: AfD und die Partei „die Basis“, der Linksblock sowie CDU und FDP. So werden letztlich die Cottbuser Wähler von Union und Liberalen darüber entscheiden, wer ihre Stadt künftig regiert. F.B.

● MELDUNGEN

Richter-Klage angekündigt

Brüssel – Vier europäische Vereinigungen von Richtern haben angekündigt, vor einem Gericht der Europäischen Union die Rücknahme der jüngsten EU-Entscheidung zugunsten Polens einzuklagen zu wollen. Hintergrund ist die Freigabe von Fördergeldern durch die Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Länder im Juni. Bei den Mitteln geht es um 23,9 Milliarden Euro an Zuschüssen und weitere 11,5 Milliarden Euro an zinsgünstigen Darlehen für Polen. Die vier Richtervereinigungen begründeten ihre angekündigte Klage damit, dass im Ringen um die Unabhängigkeit ihrer polnischen Kollegen die in Warschau angestoßene Justizreform nicht weit genug gehe. Aus Sicht der Richtervereinigungen missachtet die Justizreform in Polen zudem einschlägige Urteile des Europäischen Gerichtshofs. Die Richtervereinigungen erklärten, ihre Klage werde nicht unmittelbar zur Folge haben, dass die Genehmigung ausgehebelt werde. N.H.

„Unrecht begleichen“

Warschau/Posen – Mit Blick auf Reparationsforderungen der polnischen Regierung haben Polens katholischen Bischöfe erklärt, es gebe keinen Widerspruch zwischen Vergebung und Gerechtigkeit. In einer Erklärung zum „Bericht über die Verluste, die Polen infolge der deutschen Aggression und Besetzung in den Jahren 1939 bis 1945 erlitten hat“ betonen die Bischöfe, weder beseitige noch verringere die Vergebung die Forderung nach Wiedergutmachung, „die wesentlich zur Gerechtigkeit gehört“. Der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, der Posener Erzbischof Stanisław Gądecki, sagte: „Die staatlichen Institutionen sind aufgerufen, über die praktischen Formen der Wiederherstellung des Rechts zu entscheiden.“ Unter Verweis auf eine Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag 1997 erklärte Gądecki: „Das begangene Unrecht muss anerkannt und so weit wie möglich wiedergutmacht werden.“ N.H.

EU erschwert Einreise

Brüssel – Für russische Bürger ist es seit dem 12. September schwieriger geworden, in den Schengenraum einzureisen. Hintergrund ist der Beschluss der EU-Mitgliedsstaaten, das 2007 mit Russland geschlossene Abkommen zur Erleichterung der Visavergabe auszusetzen. Als Folge steigen für russische Bürger Aufwand und Preis für ein Schengenvisum. Marie Dumoulin von der paneuropäischen Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) hatte im August in einem Artikel gewarnt, das Verhindern von Reisen russischer Bürger in die EU würde lediglich dazu führen, dass andere Reiseziele angestreut würden. Dumoulin bezeichnete die Vorstellung, Reisebeschränkungen für russische Bürger würden die Politik des Kreml beeinflussen, als Wunschdenken. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat bislang keine Einreisebeschränkungen für russische Touristen erlassen. N.H.

RUSSISCHE FÖDERATION

Wladimir von Königsberg

Zu Besuch in der Exklave – Der russische Präsident als Lehrmeister und Chef über neue Raketensysteme

VON BODO BOST

Der russische Präsident Wladimir Putin besuchte am 1. September die Exklave Königsberg. Es ging ihm nicht um den Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, sondern um den „Tag des Wissens“, der traditioneller Weise jedes Jahr zum Schuljahresbeginn am 1. September gefeiert wird. So traf er sich mit Schülern verschiedener Schulen des Gebiets in einer „offenen Lektion“ und gab den Schülern Antworten auf die wahrscheinlich vorformulierten Fragen.

Auf die Frage nach dem Ziel der „Sonderoperation“ in der Ukraine erklärte er, dass das Ziel darin bestehe, die auf ukrainischem Gebiet entstehende antirussische Enklave zu beseitigen, ein Begriff, den in Königsberg jeder versteht. „Auf

dem Gebiet der heutigen Ukraine hat sich eine antirussische Enklave gebildet, die eine Bedrohung für unser Land darstellt. Deshalb verteidigen unsere Leute, die dort kämpfen, sowohl die Bevölkerung des Donbass als auch Russland selbst. Und das verdient natürlich die Unterstützung der gesamten Gesellschaft“, erklärte Putin den Schülern.

In Bezug auf die Anschuldigungen gegen Russland wegen seiner Aggression gegen die Ukraine sagte Putin: „Jeder denkt, dass heute eine Art russische Aggression im Gange ist, und niemand weiß oder versteht, dass nach dem Staatsstreich in der Ukraine 2014 die Menschen in Donezk, Luhansk und zumindest zu einem großen Teil auf der Krim die Ergebnisse des Putsches nicht akzeptieren wollten.“ In der „offenen Lektion“ hielt er auch an seinem Standpunkt fest, dass „die

Ukraine vor der Sowjetunion nie eine Staatlichkeit hatte“.

Aufgrund des geschlossenen Luftverkehrs zwischen Russland und seiner Exklave und den EU-Ländern war Putins „Geschäftsreise“ logistisch problematisch. Wie Dominik Sipinski, Analyst für den Verkehrs- und Infrastruktursektor bei „Policy Insight“, erklärte, kann die russische Enklave nur über die Landenge zwischen Estland und Finnland erreicht werden, wo es eine „Lücke zwischen den Lufträumen“ gibt. „Das Flugzeug muss die Lufträume aller baltischen Staaten auf der Ostsee umfliegen“, so der Experte.

Bis Juni hatte Putin das Hoheitsgebiet und den Luftraum seines Landes nicht verlassen. Er sagte sogar seinen Besuch in Weißrussland anlässlich des Forums der Regionen in Grodno ab, der für den 30. Juni geplant war. Erst Mitte Juli be-

suchte er mit Teheran erstmals ein Gebiet außerhalb der ehemaligen Sowjetunion. Deshalb wird im Baltikum vermutet, dass Putins Besuch in Königsberg nicht nur den Schülern galt, sondern auch den dortigen neuen Militäranlagen geglont hat.

Raketen am „Rammbock“

Anfang Juli hat das in Pariser Portal Naval News bei einer Analyse von Satellitenbildern entdeckt, dass die Russen auf dem Königsberger Gebiet zwei neue Typen von Anti-Schiffs-Raketen mit Abschussvorrichtungen stationiert hatten. Dies beweist, dass Russland jetzt dieses Gebiet auch für einen konventionellen Krieg aufrüstet. Die Raketen sind ungefähr auf halber Strecke entlang der Küste am Kap Brüsterort, der auf Russisch „Kap Mys Taran“ („Rammbock“) heißt, stationiert.

Bei den Raketen systemen handelt es sich um zwei Typen, die häufig gemeinsam eingesetzt werden. Das erste, das System Bal, entspricht in etwa der Harpoon- oder Neptun-Rakete. Jeder Bal-Raketenwerfer kann acht Raketen tragen, die auf See eine Reichweite von bis zu 250 Kilometern haben. Obwohl die Versenkung des russischen Schwarzmeerflaggschiffs „Moskwa“ durch ukrainische Neptun-Raketen ein Beweis für die Nützlichkeit dieser Systemkategorie ist, wird sie in Königsberg durch etwas noch Tödlicheres ergänzt: Bastion-P.

Die Bastion-P ist landgestützt. Dieses System hat eine größere Reichweite als Bal, etwa 300 Kilometer. Bastion-P verfügt auch über die Fähigkeit, Marschflugkörper für Landangriffe einzusetzen. Auf diese Weise wurde sie im Ukrainekrieg bereits häufig eingesetzt. Dieses System wird von mehreren Kriegsschiffen der russischen Ostseeflotte mitgeführt.

Bastion-P und Bal werden zusammen im Königsberger Gebiet eingesetzt und teilen sich das gleiche Monolith-B-Zielerfassungsradar. Die Reichweite dieser Raketen, insbesondere von Bastion-P, reicht bis zur schwedischen Küste auf der anderen Seite der Ostsee, sie könnte damit den gesamten Schiffsverkehr im Finnischen Meerbusen vom Königsberger Gebiet aus kontrollieren.



Vorformulierte Schülerfragen?: Wladimir Putin beantwortete die Fragen jugendlicher Russen in Königsberg

Foto: Imago/SNA

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Britische „Kokosnuss-Regierung“

Liz Truss' neue Regierung ist von ethnischer Vielfalt geprägt – dennoch ist die Linke entsetzt

Der Tod Queen Elizabeths überschattet in Großbritannien derzeit alles, auch den Start der neuen Regierung von Liz Truss. Dabei hatte sie gleich aus vollen Rohren geschossen und milliardenschwere neue Programme vorgestellt. Ihr gigantisches Paket zur Entlastung von Bürgern und Haushalten, die unter den hohen Energiepreisen stöhnen, wäre in gewöhnlichen Zeiten die Top-News, die Hauptnachricht gewesen. Aber das Ableben der Königin veränderte alles. So musste man in den Zeitungen lange blättern, bis man die Nachricht überhaupt fand.

Dabei hat es der Plan einer Preisbremse in sich: Die Regierung friert die Preise für Gas und Strom ein, sodass die Energierechnung eines durchschnittlichen Haushalts nicht über 2500 Pfund (statt der geplanten 3500 Pfund) steigen darf – für zwei Jahre. Unternehmen werden für ein halbes Jahr durch niedrigere Preise entlastet.

Damit verhindert Truss, dass Millionen Haushalte weiter in Energiearmut

rutschen, und wendet eine drohende Pleitewelle in der Wirtschaft ab. „Jeder Haushalt spart 1000 Pfund“, betonte Truss.

Aber die Energiepreisbremse wird sehr teuer für den Staat. Ungefähr 150 Milliarden Pfund (180 Milliarden Euro) wird das Vorhaben den Staat kosten. Es wird mit höheren Schulden finanziert, aber letztlich vom Steuerzahler.

Der zweite Teil der energiepolitischen Offensive der Regierung Truss besteht im Ausbau der Öl- und Gasförderung in der Nordsee und der Erlaubnis mittels Fracking Gas zu fördern. Truss stellte das Paket im Unterhaus genau vier Stunden vor dem Tod der Queen vor. Es ging dann völlig unter in der Welle der Trauer, die das Land erfasst hat.

Die ganze Regierung ist in den Hintergrund gerückt. Dabei lohnt ein Blick auf das neue Kabinett, das Truss in den zwei Tagen vor dem Tod der Königin zusammengestellt hat. Auffällig ist, wie viele nicht-weiße Konservative Schlüsselpositionen einnehmen. Die vier „großen

Staatsämter“ (Premierminister, Schatzkanzler, Außen- und Innenminister) sind alle nicht mehr mit weißen Männern besetzt. Finanzminister Kwasi Kwarteng, in Cambridge ausgebildeter Historiker mit Bestnoten-Examen, ist Sohn von Einwanderern aus Ghana; die Mutter des neuen Außenministers James Cleverly kam aus Sierra Leone; die neue Innenministerin Suella Braverman, zuvor Generalstaatsanwältin, stammt von indischen (hinduistischen) Einwanderern ab. Auch andere Kabinettsmitglieder haben Immigrationshintergrund, etwa Handelsministerin Kemi Badenoch, deren (christliche) Eltern in Nigeria Ärzte waren.

Eigentlich müssten britische Linke und Liberale ob so viel „Diversity“ (ethnischer Vielfalt) in der Regierung jubeln. Taten sie aber nicht. Denn die neuen farbigen Minister sind stramme Konservative und zählen zum rechten Flügel der Tory-Partei. Innenministerin Braverman wird den harten Kurs gegen illegale Einwanderer mit dem Plan zu Abschiebung

nach Ruanda weiterverfolgen. Finanzminister Kwarteng ist wie Truss als Thatcher-Anhänger bekannt. Badenoch gilt als „Anti-Woke-Kämpferin“.

Die meisten der eingewanderten Konservativen sind Aufsteiger, die sich nicht mit den ewigen linken Klagen über Unterdrückung und Rassismus identifizieren. Unter Linken gibt es ein Schimpfwort für solche Dunkelhäutige: „Kokosnüsse“. Sie seien nur außen braun, aber innen weiß. Ein Ex-BBC-Moderator ätzte tatsächlich, Truss' Regierung sei ein „Coconut Cabinet“ – der Mann musste nach einem Sturm der Empörung zurückrudern.

Truss' Regierung ist derzeit in einer seltsamen Lage, denn nach dem Tod der Königin ist zehntägige Staatstrauer angesetzt und die Parlamentsarbeit wie der Politikbetrieb ruhen weitgehend. Nun kommt es für Truss darauf an, schnell die wichtigen Weichen für die nächsten Monate zu stellen, um Großbritannien durch den kommenden Winter mit hohen Energiepreisen zu führen. Claudia Hansen

VON NORMAN HANERT

Robert Habeck, Wirtschaftsminister der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt, hat mit seinen Äußerungen in der Sendung von Sandra Maischberger bei Mittelständlern und insbesondere auch im deutschen Handwerk scharfe Reaktionen ausgelöst. Auf Maischbergers Frage nach einer drohenden Insolvenzwelle infolge der hohen Energiepreise hatte der Grünen-Politiker von einer Möglichkeit gesprochen, die aus seiner Sicht keine klassische Insolvenz darstellen würde. Als Beispiel führte Habeck an, dass Bäcker, die aufgrund der hohen Energiepreise keine Brötchen mehr verkaufen könnten, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten zunächst einstellen könnten. Wenn die Zeiten wieder besser sind, könnten sie die Tätigkeit dann wieder aufnehmen.

„Ein Stück weit fassungslos“

Gerade in der von Habeck als Beispiel angeführten Bäckerinnung fielen die Reaktionen harsch aus. Johannes Kamm, der Geschäftsführer des Bäcker- und Konditoren-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, kommentierte, der Auftritt des Wirtschaftsministers lasse ihn „ein Stück weit fassungslos zurück“. Wie Kamm erklärte, backen sieben von zehn Bäckereien mit Gas, dessen Preis sich teils verdoppelt habe: „Das ist nicht stemmbar.“ Zudem hätten die Bäcker nicht nur mit den steigenden Energiekosten zu kämpfen: „Die Rohstoffpreise haben sich verdoppelt, die Personalkosten steigen.“ Mit Blick auf Habecks Aussagen sagte der Chef des Innungsverbandes: „Wenn man dann eine solche Aussage hört, bleiben einem die Worte weg.“

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) wies inzwischen auf eine weitere Entwicklung hin. „Bei uns laufen die Telefone heiß von Betrieben, die gar keine Versorgungsverträge mehr kriegen, also die keine Energie mehr bekommen ab Januar“, so der DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben im Deutschlandfunk. Dementsprechend ist mittlerweile die Stimmung in vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die wegen der hohen Energiepreise immer öfter vor der Existenzfrage stehen.

Das Mitte Juli von der Bundesregierung aufgelegte Energiekostendämpfungsprogramm richtete sich bislang nur an Unternehmen, die aus einer als energieintensiv eingestuften Branche stammen und die im internationalen Wettbewerb stehen. Diese Firmen können Zuschüsse zu ihren gestiegenen Energiekosten beantragen. Außen vor bleiben damit allerdings das Handwerk und ein Großteil der Firmen, die für den deutschen Mittel-



Vorletzten Dienstag in der Talkshow „Maischberger“: Robert Habeck zum Thema Insolvenz

Foto: WDR/Oliver Ziehe

ENERGIEVERSORGUNG

Handwerk fordert „langfristige Lösungen“

Nach dem TV-Auftritt des Bundeswirtschaftsministers steigt im Mittelstand die Sorge vor drohender Insolvenz wegen fehlender bezahlbarer Energie

stand stehen. Gut ausgebildete Handwerker und ein breiter Mittelstand zählen bislang zu den besonderen Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Angesichts der existenzbedrohenden Entwicklung dringen die Präsidenten der Handwerkskammern in den östlichen Bundesländern darauf, die Betriebe zu schützen. Konkret fordern die Vertreter von 14 Handwerkskammern in einer gemeinsamen Resolution, Kohle- und Kernkraftwerke so lange laufen zu lassen, bis die Energiesicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen garantiert werden kann. Stefan Lobenstein, Präsident der Handwerkskammer Erfurt sagte: „Uns erreichen täglich Notrufe. Immer mehr Handwerksbetriebe brechen unter der Last der aktuellen Energiepreise zusammen.“ Besonders betroffen sind nach Angaben von

Lobenstein Lebensmittelhandwerke, Textilreinigungen, Brauereien, Galvaniseure und Kfz-Werkstätten. Die bisherigen Instrumente zur Hilfe sind aus Sicht des Handwerks „einzig und allein von kurzfristigem Aktionismus gezeichnet“.

„Einem bleiben die Worte weg“

„Was unsere Betriebe jetzt sofort brauchen, sind langfristige Lösungen“, erklärt der Präsident der Handwerkskammer Erfurt. Bei einem Treffen in der thüringischen Landeshauptstadt verabschiedeten die Präsidenten der Handwerkskammern der fünf mitteldeutschen Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Resolution, die an die Bundes- und die Länderpolitik gerichtet ist. Eine Kernforderung des Handwerks ist, dass

jetzt allein die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des Handwerks im Fokus aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen stehen muss.

Der Bundeswirtschaftsminister kündigte im Bundestag inzwischen an, das Mitte Juli aufgelegte Energiekostendämpfungsprogramm solle für einen größeren Kreis von Unternehmen geöffnet werden: „Wir werden einen breiten Rettungsschirm aufspannen“, so Habeck. Allein schon das dritte, bereits beschlossene Entlastungspaket wird den Bundeshaushalt allerdings mit 65 Milliarden Euro belasten. Angesichts solcher Dimensionen ist klar, dass die Politik der Entlastungspakete keine Dauereinrichtung sein kann. Sie löst zudem auch nicht das Grundproblem von Privathaushalten und Unternehmen, das Fehlen preiswerter Energie.

ENERGIEWENDE

Subventionsmissbrauch bei E-Autos

Vom deutschen Steuerzahler mitfinanzierte Elektroautomobile werden im großen Stil exportiert

Der Bundesregierung ist es auch bei der Förderung der Elektromobilität gelungen, durch unbedacht gewährte Subventionen Fehlanreize zu setzen und damit dem deutschen Steuerzahler Schaden zuzufügen. Das ergibt sich aus aufschlussreichen Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) zur Zahl der Elektro-Pkw: Von den in den letzten zehn Jahren zugelassenen 890.000 Fahrzeugen dieser Art waren zum 1. Juli dieses Jahres nur noch 756.517 in Deutschland gemeldet. Die Differenz von mehr als 133.000 E-Autos – also immerhin fast einem Sechstel des ursprünglichen Bestandes – erklärt das dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) unterstehende KBA „durch Unfälle oder Stilllegungen“. Doch das ist mehr als ungläubig, da die meisten Wagen noch nicht sehr alt sind und es

auch keinerlei statistische Belege für überhöhte Unfallzahlen gibt.

Sehr viel wahrscheinlicher dürfte es sein, dass nicht wenige E-Auto-Käufer und -Händler das bestehende Subventionssystem ausnutzen, um Profit zu machen. Denn die bis zu 9000 Euro Förderung, zu denen der Staat garantiert 6000 Euro beisteuert, müssen nicht zurückgezahlt werden, wenn das Fahrzeug nach einem halben Jahr den Besitzer wechselt und ins Ausland verschwindet. Dort wiederum gibt es zumeist keine Prämien für den Erwerb von neuen Elektro-Pkw, sondern es werden stattdessen Luxus-Steuern fällig, die im benachbarten Dänemark im Falle von Tesla-Fahrzeugen sogar die Listenpreise übersteigen. Deshalb ist der „Schwund“ bei den Wagen aus dem Hause Musk in Deutsch-

land auch besonders groß. Wie der Direktor des Forschungsinstituts Center of Automotive Management (CAM) in Bergisch Gladbach, Stefan Bratzel, mitteilte, wurden bis Juli 2022 rund 98.000 Teslas in der Bundesrepublik zugelassen. Der tatsächliche Fahrzeugbestand lag jedoch zum gleichen Zeitpunkt bei knapp 77.000. „Das bedeutet, dass fast jeder vierte Tesla, der in Deutschland erstmals zugelassen wurde, den Markt wieder verlassen hat“, so Bratzel.

Zu diesem Geschäftsmodell konstatierte ein anderer Experte, Matthias Schmidt von Schmidt Automotive Research in Berlin: „Der Verlierer ist der deutsche Steuerzahler, der indirekt saubere Luft in Städten außerhalb Deutschlands subventioniert und nicht in Deutschland selbst.“ Nach Berechnungen

des CAM kosten die legalen Tricks der Autohändler und E-Fahrzeugbesitzer in der Bundesrepublik den Staat hierzulande dreistellige Millionensummen. Doch das Bundeswirtschaftsministerium reagierte darauf bislang nur mit der empört-hilflosen Klage: „Es ist nicht im Sinn der Förderung, dass geförderte Autos nach Ablauf der Mindesthaltedauer regelmäßig ins europäische Ausland verkauft werden.“ Dabei gäbe es durchaus effektive Möglichkeiten, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Dazu gehört insbesondere die Verlängerung der Haltefrist von sechs Monaten auf mehrere Jahre. Doch das Habeck-Ministerium erwägt lediglich die Möglichkeit einer Verdoppelung auf zwölf Monate, weil der Wertverlust der Fahrzeuge dann angeblich schon ausreichend hoch sei. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Trend zum Bargeld

London – Nachdem die Verwendung von Bargeld 2019 und 2020 kontinuierlich zurückgegangen war, hat sich dieser Trend 2021 umgekehrt. Wie eine aktuelle Online-Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes YouGov im Auftrag des Management- und Technologieberatungsinstitutes BearingPoint ergab, nutzen 69 Prozent der Deutschen die Scheine und Münzen häufiger als jedes andere Zahlungsmittel. 2019/20 lag der Anteil der vorwiegend bar Zahlenden noch bei 61 beziehungsweise 56 Prozent. Die Befragten erklärten ihre Vorliebe für reales Geld vor allem mit den drei Faktoren Vertrautheit, Schnelligkeit und Anonymität. An zweiter Stelle der am häufigsten verwendeten Zahlungsmethoden rangierte der Online-Bezahlservice PayPal. Danach kamen Debit- und Kreditkarten sowie andere Dienste wie Klarna und Apple Pay. Für die Experten von BearingPoint resultiert die anhaltende Bargeldnutzung letztlich aus dem Wunsch nach Sicherheit. *W.K.*

Wettlauf um Afrika

Tokio – Die japanische Regierung hat angekündigt, in den nächsten drei Jahren Finanzmittel im Umfang von umgerechnet 30 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung der afrikanischen Wirtschaft und Nahrungsmittelhilfen zur Verfügung zu stellen. Damit will sie den Einfluss Chinas auf dem Schwarzen Kontinent zurückdrängen. Aus demselben Grund planen die übrigen G-7-Staaten bis 2027 600 Milliarden US-Dollar in Entwicklungsprogramme zu investieren, von denen ebenfalls vor allem Afrika profitieren soll. Ziel des Ganzen ist es, die angebliche „Schuldenfallendiplomatie“ Chinas zu konterkarieren. Peking reagierte prompt mit einem Verzicht auf die Rückzahlung von 23 zinslosen Darlehen an afrikanische Staaten. Insgesamt schlossen chinesische Finanzunternehmen seit 2000 rund 1200 Kreditverträge mit Partnern in Afrika im Umfang von 153 Milliarden US-Dollar ab. *W.K.*

CO₂-Zertifikate werden teurer

Brüssel – Neben den rasant steigenden Kosten für Strom und Gas entwickeln sich nun auch die Preise für die CO₂-Zertifikate, mit denen die EU den Ausstoß des angeblich klimaschädlichen Kohlendioxids drosseln will, zu einem Risikofaktor für die europäische Wirtschaft. Nachdem Ende Juli noch 76 Euro je emittierter Tonne CO₂ zu zahlen waren, schwanken die Preise seit Mitte August zwischen 89 und 99 Euro und Beobachter erwarten, dass demnächst die „Schallmauer“ von 100 Euro durchbrochen wird. Zum einen steigt die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten, weil die reduzierten Gaslieferungen aus Russland und der Ausfall vieler französischer Kernkraftwerke zu einer stärkeren Kohleverstromung führen. Zum anderen verknappt die EU das Angebot gezielt, indem sie Zertifikate vom Markt nimmt, um angebliche Überschüsse aus früheren Zeiten abzubauen und Investitionen zu erzwingen. *W.K.*

ANALYSE

„Feind im Innern“

NORMAN HANERT

Unter dem Motto „Die Tschechische Republik zuerst“ haben am 3. September in Prag laut einer Polizeischätzung annähernd 70.000 Menschen gegen die Regierungspolitik demonstriert. Zum Protest aufgerufen hatten zunächst ein Pizzeria-Unternehmer und ein Dramaturg. Regierungskritische Organisationen, Bürgerinitiativen und auch außerparlamentarische Oppositionsparteien von Links bis Rechts schlossen sich schnell an.

Unter Hinweis auf die Schäden und Belastungen für die tschechische Bevölkerung forderte das politisch so unterschiedlich zusammengesetzte Protestbündnis ein Ende der Sanktionspolitik und Verhandlungen zur Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen. Mit auf dem Programm stand auch der Ruf nach militärischer Neutralität des Landes. Als Reaktion auf den Massenprotest in der Mitte der Hauptstadt warf Tschechiens Regierungschef Petr Fiala den Demonstranten quasi vor, Nestbeschmutzer und Fünfte Kolonne Moskaus zu sein. Laut Fiala haben die Demonstranten nämlich den Interessen des Landes geschadet. Der Regierungschef weiter: „Der Protest auf dem Wenzelsplatz wurde von prorussischen Kräften ausgerufen, die extremen Positionen nahestehen.“ Die Presseagentur Česká tisková kancelář (ČTK) zitierte den Ministerpräsidenten zudem mit den Worten: „Es ist klar, dass sich die russische Propaganda und Desinformationskampagne immer wieder in unserem Land zeigt und dass Menschen ihr verfallen.“

Das Reaktionsmuster, das Fiala an den Tag legte, ist mittlerweile in einer ganzen Reihe westlicher Länder zu beobachten. Ganz offensichtlich hat sich die in Brüssel, Washington, London und Berlin gehegte Erwartung nicht erfüllt, dass harte und umfassende Sanktionen Russlands Wirtschaft schnell ruinieren und alsbald ein Sturz Wladimir Putins folgt. Stattdessen sind es nun die EU-Kommission und diverse Regierungen, die sich ernsthafte Sorgen um ihre Zukunft machen müssen.

Für Deutschland und andere europäische Länder stellt sich sogar die Frage, ob sie ohne bezahlbare Energieimporte überhaupt noch eine Zukunft als Industriestaaten haben, oder ob sie

mittel- und langfristig auf das Niveau der Dritten Welt herabsinken.

Der Umgang, mit den Menschen, die dies ansprechen und kritisch auf die ruinöse Fehleinschätzung der westlichen Regierungen hinweisen, verläuft meist nach einem vorhersehbaren Muster. Kritikern der Regierungspolitik wird von der Regierung das Etikett „Extremist“ und „Staatsfeind“ angehängt.

Statt nüchtern Bilanz über die in großem Stil fehlgeschlagene Energie- und Sanktionspolitik zu ziehen, findet eine Stigmatisierung der Kritiker als „Putin-Versteher“ oder als Opfer russischer Propaganda statt. Als passendes Gegenstück zu dem hier sehr geläufigen Etikett des „Putin-Verstehers“ hat sich auch in englischsprachigen Ländern mittlerweile die Formulierung „Putin's Enabler“ (Putins Wegbereiter) im Sprachgebrauch von Medien und Regierungspolitikern etabliert.

Besonders eifrig zurückgegriffen wird auf diesen Kampfbegriff in Großbritannien, dessen Bürger die Folgen von Inflation und Energieknappheit immer drastischer zu spüren bekommen. Offenbar als Reaktion auf zunehmende Verdrossenheit und Zweifel an der Politik der europäischen Regierungen warnte der Historiker Timothy Garton Ash Mitte August im „Guardian“ vor Menschen im Westen, die Putin „zustimmen und die westliche und europäische Einheit von innen untergraben“. Garton Ash wies in seiner „Guardian“-Kolumne zudem auf das Risiko hin, das aus seiner Sicht eine Niederlage der US-Demokraten bei den Zwischenwahlen im November und eine politische Rückkehr Donald Trumps darstellte, da dieser notorisch zurückhaltend sei, Putin zu kritisieren.

Angesichts des drohenden Verlustes der Mehrheit in Kongress und Senat scheinen bei den US-Demokraten tatsächlich inzwischen die Nerven völlig blank zu liegen. Wenige Wochen vor der Kongresswahl am 8. November hat Joe Biden in Philadelphia mit einer außerordentlich aggressiven Rede versucht, die Bürger der USA gegen den ehemaligen Präsidenten Trump zu mobilisieren. Flankiert von zwei US-Marines warnte Biden bei der Rede, die Vereinigten Staaten seien von einer düsteren Kraft bedroht. „Donald Trump und seine Gefolgsleute verkörpern einen Extremismus, der die Fundamente unserer Republik bedroht“, so Biden.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



„Sprachpanser des Jahres“ 2022: Die Jura-Professorin Ulrike Lembke von der HU Berlin

Foto: pa

KOLUMNE

Eine würdige Preisträgerin

FLORIAN STUMFALL

Der Verein Deutsche Sprache (VDS) führt einen heldenmütigen und dringend notwendigen Kampf gegen die Verwahrlosung und die Zerstörung der Sprache Goethes und ungezählter anderer Schriftsteller und Philosophen, deren Aufzählung einige Bände füllte. Im Rahmen dieser Bemühungen wird jeweils der „Sprachpanser des Jahres“ erkoren, und für 2022 hat man eine zweifellos würdige Preisträgerin gefunden. Es handelt sich um die Jura-Professorin Ulrike Lembke von der HU Berlin. Ihre Qualifikation: Sie erkennt die Anrede „Meine Damen und Herrn“ als verfassungswidrig. Das Grundgesetz nämlich gebietet nachgerade die Gender-Sprache.

Nun – wer sich nicht lächerlich machen oder Beifall von blinden Fanatikern bekommen will, der muss dem Vorsitzenden des VDS, Professor Walter Krämer, zustimmen, der den Zusammenschluss von Gendern und dem Grundgesetz als „völlig absurd“ bezeichnete. Denn: „Das Grundgesetz richtet sich explizit an alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht oder anderen Unterscheidungsmerkmalen.“ Kein Wunder, dass Krämer samt dem Verein von der Gender-Lobby in die rechte Ecke gestellt wird. Das ist der Aufschrei der Betroffenen.

Doch auch ohne Anführung verfassungsrechtlicher Bedenken ist das Gendern ein glatter Unsinn, was einige Beispiele darstellen können. Da es letztlich um den Menschen geht, sei mit ihm begonnen. Der Begriff ist maskulin, wie in den meisten indogermanischen Sprachen. Doch niemand wird bestreiten können, dass unter das Rubrum „Mensch“ Männer wie Frauen gleichermaßen fallen. Wer das bestritte, würde der Frau das Mensch-Sein absprechen. Und um gleich dabei zu bleiben: In nicht lange zurückliegender Zeit war der Ausdruck „Weib“ achtenswert und ehrenvoll. Doch er ist neutral, was indes an der Fraulichkeit des Weibes nichts ändert.

Genus und Sexus

Auch ein „guter Kamerad“ kann ebenso männlich wie weiblich sein wie ein Unhold. Beide führen einen maskulinen Artikel. Andererseits kann eine Kanaille ein Mann oder eine Frau sein, unbeschadet des weiblichen Genus. Das neutrale Ungeheuer zeigt sich als Mann oder als Frau, ebenso wie eine Bestie. Auch wer von einer Geisel spricht, gibt allein dadurch nicht zu erken-

nen, ob diese weiblich oder männlich ist. Da bedarf es der näheren Erläuterung.

Eine Koryphäe kann natürlich ebenso beides sein, Mann wie Frau, und ebenso ist es, um der Sache eine gewisse Überhöhung zu geben, bei der Majestät. Und wenn man den Bundeskanzler Scholz betrachtet, dessen Männlichkeit bislang unwidersprochen ist, so stellt er bundesweit die bekannte Symbolfigur der Vergesslichkeit dar.

Nimmt man ein Hauskätzchen oder einen wilden Löwen, so gehören beide den Katzenartigen an, welcher Begriff

gebrauchte Wörter zu verbieten. Die Liste ist ebenso bekannt wie lang, und sie wird mit heißem Atem immer mehr ergänzt. Sie reicht vom Mohrenkopf bis zum Zigeuner. Wer sich das Recht herausnimmt, Einträge auf diese Liste zu machen, bleibt ebenso unerfindlich wie die Legitimation dazu. Der Archivar und Historiker Professor Heinz-Günther Borck sagt: „Der Versuch, durch erzwungene Sprachregelungen eine Bewusstseinsveränderung herbeizuführen, ist zwar in totalitären Systemen durchaus üblich, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aber unvereinbar ...“

Grammatik und Biologie

Die folgerichtige und abschließende Maßnahme, die Sprache unter die staatliche Kontrolle zu bringen, ist das Sprechverbot. Man nennt das dann „cancel culture“, was wieder einmal zeigt, dass politisch angeregte sprachliche Neuschöpfungen meist ebenso hässlich sind wie der Gegenstand, den sie beschreiben. Die haarsträubende Debatte um Winnetou zeigt, dass die Bereitschaft, auch literarische Klassiker ins Joch zu beugen, längst aus den angelsächsischen Ländern nach Deutschland gekommen ist. Freilich ist sie in Britannien bereits fortgeschritten. Dort stehen mittlerweile auch Shakespeare, Dickens und Jane Austen ebenso am Pranger wie die literarische Mutter des Harry Potter, Joanne K. Rowling.

Aber auch in Deutschland nimmt die Verfolgung Fahrt auf. Schon wird darüber verhandelt, dass, um das prominenteste und schwerstwiegende Beispiel anzuführen, Goethe vorgeführt wird wegen der Nähe zu seinem Fürsten, und darüber hinaus stellt man inquisitorische Fragen der Art, ob Goethe Sexist oder Antisemit oder aber beides gewesen sei. Wer hier den Hebel ansetzt und Beifall findet, der kann bei der Knechtung der Sprache und des Denkens den Rest des deutschen Kulturgetes problemlos aufrollen.

Denn darum geht es: Wer vorschreibt, wie man sprechen muss, der befiehlt auch, wie man zu denken und schließlich zu handeln hat. Dann tritt ein, was der Aufklärer Immanuel Kant gesagt hat: „Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenschaften ihres Geistes und ihrer Sprache nimmt.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Wer vorschreibt, wie man sprechen muss, der befiehlt auch, wie man zu denken und schließlich zu handeln hat

beide Geschlechter einschließt. Nicht Katerartigen. Denn auch die Zoologie praktiziert, was die Gender-Propheten immer noch nicht verstanden haben und wahrscheinlich nie verstehen werden, nämlich den Unterschied zwischen Genus und Sexus, das heißt, zwischen Grammatik und Biologie.

Die genderische Besessenheit führt zu vielfachem Schaden an der Sprache, nicht nur unmittelbar, sondern auch in Erscheinungen, denen man ihr Herkommen auf den ersten Blick gar nicht ansieht. So soll es keine Agentenfilme mehr geben, sondern solche über Spione. Warum? Das bleibt unklar. Ein Analphabet, männlich oder weiblich, wird korrekt als „leseunfähige Person“ bezeichnet, ein Lastwagenfahrer als „qualifizierte fahrzeugführende Person“. Ein Dieb ist neuerdings eine „Eigentum entwendende Person“ und ein Abnehmer, also ein Käufer, eine „abnehmende Person“, wo allerdings beim Letzteren die Gefahr besteht, dass er mit jemandem verwechselt wird, der gerade eine Schrotkur macht. Auch Ehegatten gibt es nicht mehr, auch nicht vorübergehend. Sie heißen jetzt „Eheteilende Person“, wobei die Großschreibung unsicher bleibt.

Diese Neubildungen gehen einher mit der leidenschaftlichen Bereitschaft, bisher

Purpurbunter Untertan

Lübeck huldigt Heinrich Manns bekanntestem Roman – Die Satire auf den Untertanengeist der Kaiserzeit scheint aktueller denn je

VON HARALD TEWS

Zu den bekanntesten Gebäuden der Hansestadt Lübeck zählt das Buddenbrookhaus. Wer dieser Tage das gegenüber der St.-Marien-Kirche gelegene Haus, in dem Thomas Mann seinen Jahrhundertroman „Buddenbrooks“ spielen lässt, besuchen will, findet sich vor verschlossenen Türen wieder. Das Gebäude wird für sagenhafte 34 Millionen Euro grundlegend umgebaut und soll frühestens 2025 für Besucher wieder geöffnet werden.

So ganz muss man auf die Manns bis dahin nicht verzichten. Mit dem Museum Behnhaus Drägerhaus haben die Buddenbrooks für eine Sonderausstellung ein vorläufiges Exil gefunden. Und im vorzüglichen St.-Annen-Museum mit seinen großartigen mittelalterlichen Altarbildern hat seit Kurzem Heinrich Mann ein neues „Zuhause“. Da er kein dem Buddenbrookhaus ähnlicher genius loci erschaffen hat, ist er sozusagen unter die Fittiche seines jüngeren Bruders und Nobelpreisträgers Thomas Mann geraten. Als Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum erinnert das Buddenbrookhaus mit Ausstellungen eben auch an den heute unbekannteren der Schriftstellerbrüder.

Das war nicht immer so. Obwohl Thomas Mann 1901 mit seinen „Buddenbrooks“ der große Wurf gelang, war Bruder Heinrich lange Zeit der berühmtere der beiden. Das lag an Werken wie „Im Schlaraffenland“ (1900) oder „Professor Unrat“ (1904), das durch die Verfilmung als „Der blaue Engel“ mit Marlene Dietrich einen zusätzlichen Popularitätsschub erhielt. Und schließlich ist da der Roman „Der Untertan“, um den es mit etwas Verspätung anlässlich von Heinrich Manns 150. Geburtstag im Vorjahr (die PAZ berichtete) aktuell im St.-Annen-Museum, einem ehemaligen Kloster der Augustinerinnen in der Lübecker Altstadt, noch bis zum 31. März 2023 geht.

Die Ausstellung erzählt von der schwierigen Genese dieser von Kurt Tucholsky als „Herbarium des deutschen Mannes“ bezeichneten Satire über das deutsche Kaiserreich, die bis kurz vorm Ausbruch des Ersten Weltkriegs als Fortsetzungsroman in einer Zeitschrift erschien, ehe die weitere Veröffentlichung



Protest gegen Autorität und Gehorsam: Kaiser Wilhelm II. wird mit plakativen Sprüchen konfrontiert

Foto: tws

eingestellt werden musste. Bis zur ersten Buchausgabe im Jahr 1918 blieben den Lesern die letzten 50 Seiten vorenthalten.

Der Roman ist in sechs Kapitel unterteilt, die Ausstellung beschränkt sich wohl auch aus Mangel an Räumlichkeiten, Exponaten und Ideen auf drei. Viel historisches Anschauungsmaterial ist nicht zu bewundern. Einige wenige Briefe Heinrich Manns, ein paar Fotografien des Autors mal mit gewirbelten Kaiser-Wilhelm-Bart, dann als geläutertes Antimonarchist mit Ziegenbart. Eine Pickelhaube und eine Schreibmaschine von 1898 aus dem Bestand des St.-Annen-Museums sowie ein paar Filmfetzen aus der 1951 entstandenen DEFA-Verfilmung des Romans vervollständigen die Exponate.

Ansonsten bemüht sich die Ausstellung Aspekte wie Macht, Zensur, Ausgrenzung oder Teilhabe, Patriarchat und Gewalt in den Vordergrund zu stellen, mit denen man eine Verbindung vom Roman zur heutigen modernen Welt herzustellen

bemüht ist. Dabei werden Themen wie „Über Autorität und Gehorsam“ allzu erzieherisch den Besuchern vermittelt, die im Lübecker Gendersprech „BesucherInnen“ heißen. Das ist sicherlich mit der Tatsache geschuldet, dass sich die Ausstellung auch an Schüler richtet, steht der Roman doch in Niedersachsen und Hamburg auf der Lektüreliste für das Deutschabitur. Am Ausstellungs-Ende kann sich jeder eine Ausgabe der – erfundenen – „Neuen Netziger Zeitung“ abholen mit Schüleraufsätzen zu dem im fiktiven Ort Netzig spielenden Roman.

Hassreden am Stammtisch

So steht im ersten Ausstellungskapitel die Netziger Papierfabrik von des Kaisers gehorsamen Untertanen des Romans, Diederich Heßling, im Mittelpunkt, genauer die Arbeitsbedingungen der Frauen im Kaiserreich. Plakative moderne Sprüche wie „Jeden dritten Tag geschieht ein Femizid“ korrespondieren mit Heßlings

frauenfeindlichen Aussagen im Roman wie die zu seiner Frau, von der er sagt, sie sei appetitlich wie ein Schweinchen. Ein Korsett, das in keinem Zusammenhang mit dem Roman steht, soll die Eingeschnürtheit von Frauen versinnbildlichen. Man merkt, dass zwei Frauen die Ausstellung kuratiert haben.

Im ähnlichen Stil geht es weiter, wenn im zweiten Ausstellungsteil ein Stammtisch für die „Partei des Kaisers“ präsentiert wird, in dem deutschnationale und antisemitische Äußerungen des autoritätsgläubigen Untertanen per Wandbeschriftungen paraphrasiert werden. Sie gleichen den Hassreden in manchen heutigen sozialen Medien.

Teil drei präsentiert neben den erwähnten Filmszenen mit Heßlings finaler Enthüllung eines von ihm initiierten Kaiserdenkmals „satirische Objekte“, die bei Schülerprojekten zum Roman entstanden sind. Wer will, kann eine sich drehende Zitrone für die „Erfindung des Rads“ hal-

ten. Satirisch soll auch die Beflagung des Raums sein, bei dem das preußische Schwarz-Weiß mit einer Magenta-Farbe ergänzt wird. Soll wohl heißen, dass unsere purpurbunte Welt aus mehr als nur zwei Farben besteht.

Dass der Untertanengeist in unserer Gesellschaft noch fortlebt, heben auch die Ausstellungsmacher hervor. So würde die Querdenker-Bewegung den Begriff Untertan für Anhänger des linksliberalen Regierungslagers missbrauchen. „Man darf nicht vergessen, dass wir heute in einer Demokratie leben“, betont die Leiterin des Buddenbrookhauses, Birte Lipinski, das sei eben doch ein Unterschied zum Kaiserreich, als man nur einem politischen Führer untertänig folgte.

Bleibt dennoch die Frage, wie Heinrich Mann seine Untertan-Satire heute geschrieben hätte. Bestimmt hätte dann sein Romanheld Heßling bei dessen Rede zur Enthüllung des Kaiserdenkmals gehorsam die Gendersprache benutzt: „Eure Exzellenz*innen! Höchste, hohe und geehrte Herr*innen! Hundert Jahre sind es, dass der große*n KaiserIn, deren Denkmal der Enthüllung harrt durch die VertreterIn Ihrer Majestät, uns und dem Mutterlande geschenkt ward ...“



FOTO: ETH-BIBLIOTHEK ZÜRICH/THOMAS-MANN-ARCHIV

Als Wilhelm II. noch Vorbild war: Heinrich Mann mit Kaiser-Bart

● St.-Annen-Museum, St. Annen-Straße 15, Lübeck, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 8 Euro.

www.deruntertan.de

SCHLESISCHES MUSIKFEST

Eine Musik, die Grenzen überschreitet

Görlitz nimmt Anlauf für die Wiederbelebung eines der ältesten Musikfestivals in Europa

Das vermutlich älteste Musikfestival Europas startet dieses Wochenende seine neue Ausgabe. Vom 17. September bis 3. Oktober findet in Görlitz und Niederschlesien das – allerdings erst – 33. Schlesische Musikfest mit 16 klassischen Konzerten, Klavierrezitals sowie Lieder- und Orgelabenden statt.

Schon seit 1830 finden die Schlesischen Musikfeste statt, mal öfter hintereinander, mal jahrzehntelang nicht. 1947 gab es vorerst das letzte Musikfest, das aber unter einem anderen Namen stattfinden musste. Nach der friedlichen Revolution gab es bereits zwei Neustarts, die dann aber immer im Sande verliefen. Vor drei Jahren fand sich dann ein Initiativkreis aus vielen Interessierten zusammen, der 2022 ein kleines Fest unter dem Na-

men Präludium in Vorbereitung des diesjährigen Musikfestes organisierte.

Das 33. Schlesische Musikfest findet unter dem Motto „Musik baut Brücken“ statt. Das binationale Musikfest vereint Künstler aus sechs europäischen Ländern. Zu den Spielstätten gehören unter anderem die Friedenskirche in Jauer [Jawor], Schloss Fürstenstein [Zamek Książ], die St.-Christophori-Kirche in Breslau, die Peterskirche in Görlitz sowie die einst für die Austragung der Musikfeste erbaute Görlitzer Stadthalle.

Neben dem Eröffnungskonzert in der Friedenskirche Jauer mit Ludwig Güttler erwarten die Besucher auch zwei Konzerte in der Görlitzer Stadthalle, deren Bau Graf Bolko von Hochberg maßgeblich als Spielort der Schlesischen Musikfeste un-

terstützte, wie der Bundesvorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft, Stephan Rauhut, hervorhob.

Für die evangelische Innenstadtgemeinde stand die Unterstützung des Musikfestes nie in Frage. „Wir sind und waren immer Netzwerker in Sachen Schlesien. In diesem Jahr dürfen wir unsere Bachtage in das Musikfest mit einbringen und damit einer größeren Öffentlichkeit präsentieren“, sagte Pfarrer Matthias Paul. Eleni Ioannidou vom „Ars Augusta e.V.“ ergänzte: „Früher waren neben großen Künstlern auch Chöre und Musiker aus der Region dabei. Da wollen wir wieder hin – die Schlesier sollen ‚ihr‘ Musikfest durch uns wieder zurückbekommen. Aus einem Workshop junger Musiker aus den Hochschulen Leipzig, Dresden, Kat-

owitz und Breslau heraus werden wir die Besten in Konzerten erleben dürfen.“

Zu den Höhepunkten des Festivals dürfte neben der Eröffnungsveranstaltung das Abschlusskonzert des Workshops mit Raphael Alpermann am 22. September in der Görlitzer Frauenkirche gehören, in der Arien aus Johann Adolf Hasse „Il re pastore“ (Der König als Hirte) gesungen werden. Bevor am 2. Oktober auf Schloss Fürstenstein in Waldenburg der Bariton Vincent Kusters und die Pianistin Doriana Tchakarova mit „Nachtzauber“ einen Eichendorff-Liederabend geben, wird zum Abschluss am 3. Oktober in der Görlitzer Peterskirche Bachs h-Moll-Messe aufgeführt. tws

● www.schlesische-musikfeste.eu

● MELDUNG

Beuys als Geschenk

Berlin – Die Familie des vor zwei Jahren verstorbenen Berliner Kunstsammlers Erich Marx hat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz den gesamten Bestand an Werken des Künstlers Joseph Beuys aus der Sammlung Marx geschenkt. Nach der Unterzeichnung des Schenkungsvertrags werden bekannte Beuys-Werke wie die grandiose Rauminstallation „Das Kapital Raum 1970–1977“, die zum Teil derzeit im Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart – Berlin zu sehen sind, künftig überwiegend im Museum des 20. Jahrhunderts am Kulturforum gezeigt. Die übrigen Werke der Sammlung Marx, die keinen Bezug zu Beuys haben, verbleiben weiterhin als Leihgaben in den Berliner Museen. tws

VERTRAUENSFRAGE

Als Brandt
Neuwahlen
provozierte

Wenn es an Deutschlands Schulen oder anderen Einrichtungen der Volksbildung um die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik und die daraus gezogenen Lehren für die Bundesrepublik geht, wird irgendwann auf die Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums verwiesen, also die Regelung im Grundgesetz, der zufolge es nicht reicht, dass sich eine Mehrheit im Parlament destruktiv auf den Sturz des Regierungschefs einigt, sondern sie vielmehr auch konstruktiv einen neuen wählen muss. Damit soll insbesondere verhindert werden, dass die extreme Linke und die extreme Rechte gemeinsam einen Regierungschef der Mitte stürzen können, ohne für Ersatz zu sorgen.

Allerdings wird die Bedeutung des konstruktiven Misstrauensvotums für die Stabilität der Bundesrepublik überschätzt. Es war nämlich nicht so, dass der Sturz einer Regierung in der Weimarer Republik per (destruktivem) Misstrauensvotum automatisch zu Anarchie und Chaos geführt hätte. Vielmehr blieb nicht selten die alte, gestürzte Regierung geschäftsführend im Amt.

Dass eine nur geschäftsführende Regierung nicht automatisch schwach und schlecht sein muss, zeigt die Geschichte der Bundesrepublik. Als nach der vorletzten Bundestagswahl die Parteien sich Zeit ließen, eine neue Regierungskoalition zu bilden, war die Merkel-Regierung zeitweise nur geschäftsführend im Amt, ohne dass dies schwerwiegende Auswirkungen auf die Stabilität der Republik gehabt hätte oder die Forderung auf gekommen wäre, das Grundgesetz hier nachzubessern.

Umgekehrt kann der Regierungschef – egal ob nur geschäftsführend oder nicht – in einer parlamentarischen Demokratie, wie sie die Bundesrepublik eine darstellt, kaum regieren, wenn die Parlamentsmehrheit seine Politik ablehnt. Diese Erfahrung musste auch Bundeskanzler Willy Brandt vor einem halben Jahrhundert machen. Dass konstruktive Misstrauensvotum vom 27. April 1972 hatte er zwar wider Erwarten politisch überlebt, aber im Bundestag fand er keine Mehrheit für die Politik seiner sozialliberalen Regierung.

So stellte er vor einem halben Jahrhundert die Vertrauensfrage in der Hoffnung, dass er sie verliert und es anschließend zu Neuwahlen kommt, die zu einer Parlamentsmehrheit für die Politik seiner sozialliberalen Regierung führen. Seine Hoffnung trog nicht; die Rechnung ging auf.

Am 22. September 1972 sprachen nur 47 Prozent dem Kanzler das Vertrauen aus. 248 Nein-standen nur 233 Ja-Stimmen gegenüber bei einer Enthaltung. Um sicherzustellen, dass Brandt die „unechte Vertrauensfrage“ verlor, beteiligten sich die Regierungsmitglieder nicht an der Abstimmung. Bereits am darauffolgenden Tag löste Bundespräsident Gustav Heinemann den Bundestag auf, und es kam noch im selben Jahr zu Neuwahlen. Diese Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag vom 19. November 1972 führten zu einer eindeutigen absoluten Parlamentsmehrheit für die beiden Regierungsparteien SPD und FDP von 282 Sitzen bei nur 234 Mandaten für die oppositionelle Union.

Manuel Ruoff



Stolz auf 75 Jahre: Das Jubiläumslogo am Haupteingang zum Hauptquartier in Langley, Virginia

Foto: pa

CIA

Als der erste Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten entstand

Vor 75 Jahren, am 18. September 1947,
wurde die Central Intelligence Agency gegründet

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manchen Historikern zufolge waren die Vereinigten Staaten vor ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg die einzige Großmacht ohne Geheimdienst. Tatsächlich jedoch gab es in den USA stets eine Vielzahl von zivilen und militärischen Geheimdiensten. Allerdings fehlte zunächst noch ein zentraler Auslandsgeheimdienst. Das führte zu Rivalitäten wie Reibungsverlusten und erschwerte die Kooperation mit dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6.

Dieses Vakuum versuchte der einflussreiche Chef der Bundespolizei FBI John Edgar Hoover mit seiner Behörde zu füllen. Doch letztlich erhielt der im Juni 1940 gegründete Special Intelligence Service (SIS) des FBI nur die Zuständigkeit für Lateinamerika, das nach US-amerikanischen Vorstellungen weniger Ausland denn eigener Hinterhof ist. Dies resultierte vor allem aus dem Widerstand der Militärs, die sich nicht von Zivilisten gängeln lassen wollten.

Aufbau mit britischer Hilfe

Am 11. Juli 1941 ernannte der US-Präsident Franklin D. Roosevelt seinen langjährigen Vertrauten William J. Donovan zum Chef eines neu eingerichteten Office of the Coordinator of Information (COI). Diese Dienststelle sollte nicht nur sämtliche Erkenntnisse der US-Geheimdienste für das Weiße Haus zusammenfassen, sondern auch eigene Nachforschungen im Ausland anstellen. Mit britischer Hilfe baute der rührige Jurist und hochdekorierte Oberst binnen kürzester Zeit das COI-Büro zu einer Organisation mit 1630 Mitarbeitern und zahlreichen Abteilungen aus. Dazu zählten unter anderem R&A (Forschung und Analyse), der Foreign Information Service (FIS) für „schwarze Propaganda“ zu Lasten des Feindes sowie der Special Activities Branch (SAB), der diverse Sabotageaktionen durchführte.

Die wachsende Größe und der zunehmende Einfluss von Donovans Apparat

erregten das Missfallen seiner Gegner im Außenministerium sowie dem FBI und der Militärführung. Letztere erreichten, dass Roosevelt das COI-Büro am 13. Juni 1942 in das Office of Strategic Services (OSS) umwandelte und diesen neuen Geheimdienst den Joint Chiefs of Staff (JCS) der Streitkräfte unterstellte.

Für Donovan hatte das aber keineswegs nur Nachteile. Er unterstand nun zwar als Chef des OSS Militärs, verfügte dafür aber über wesentlich mehr finanzielle Mittel und schon bald über 13.000 Mitarbeiter. Deren Haupttätigkeitsfeld waren die Spionage für das Militär sowie die Unterstützung von Untergrundbewegungen im Ausland. Zu den Erfolgen des OSS zählten die Vorbereitung der alliierten Landungen in Nordafrika, Italien und der Normandie sowie die Beschaffung der Konstruktionszeichnungen der deutschen „Wunderwaffe“ V2 und des Panzerkampfwagens VI „Tiger“.

Dennoch begegnete Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman dem OSS mit Argwohn und löste ihn schließlich am 20. September 1945 auf. Donovans Dienst wurde vorgeworfen, unorganisiert und verschwenderisch zu sein.

Gute vier Monate später, am 23. Januar 1946, schuf Truman den Posten eines Director of Central Intelligence (DCI). Der unterstand direkt ihm als Präsidenten und bekam einen speziellen Analysestab namens Central Intelligence Group (CIG) zugeordnet. Mit dessen Hilfe sollte der DCI die Erkenntnisse aller US-Geheimdienste sammeln, aufbereiten und im Weißen Haus präsentieren.

Vom Militär neidisch beargwöhnt

Unter dem zweiten DCI, dem ebenso kriegs- wie geheimdiensterfahrenen und extrem zielstrebigem Luftwaffengeneral Hoyt S. Vandenberg, erhielt die CIG im Sommer 1946 die Genehmigung, sich selbstständig Informationen aus dem Ausland zu verschaffen. Aber Vandenberg wollte noch mehr. Er erreichte, dass Truman mit dem National Security Act vom 26. Juli 1947, der die Neuausrichtung der US-amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kalten Krieg auf institutioneller Ebene festschrieb, auch einen breit aufgestellten Nachfolgedienst für die CIG aus der Taufe hob. Die Gründung dieser Central Intelligence Agency (CIA) erfolgte offiziell zum 18. September

1947. Direktor der CIA war bis 2005 in Personalunion der jeweilige DCI.

Zunächst sollte die CIA vorrangig die Informationen anderer Dienste analysieren. Sehr schnell änderte sich das indes, weil das Verteidigungsministerium daran interessiert war, angesichts seines damals recht knappen Budgets Aufgaben auszulagern. Damit erlangte die CIA als erster US-Geheimdienst überhaupt die alleinige Zuständigkeit für die Auslandsespionage sowie auch alle verdeckten Operationen außerhalb des Territoriums der Vereinigten Staaten, die unter dem dritten CIA-Chef Allen Welsh Dulles typisch für die Agency wurden. Viele dieser Aktionen sind inzwischen bekannt geworden. Sie zeigen die Skrupellosigkeit, mit der die USA während des Kalten Krieges ihre Interessen vermittels politischer Morde, gewaltsamer Regierungswechsel (Regime Changes), Waffen- und Drogengeschäften, Operationen unter falscher Flagge sowie der Unterstützung von Diktaturen rund um den Globus durchzusetzen versuchte.

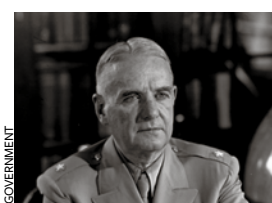
Der Koreakrieg und das zunehmende Wettrennen zwischen den beiden Supermächten führte dazu, dass die CIA nicht lange der einzige Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten blieb. Nun hielt das Militär es für notwendig, wieder verstärkt auf seine eigenen Geheimdienste, also den Military Intelligence Service (MIS) des Heeres, das Office of Naval Intelligence (ONI) der Marine und den United States Air Force Security Service (USAFSS) der Luftwaffe zurückzugreifen, um Informationen über das Waffenarsenal des Gegners zu sammeln. Darüber hinaus erlangte die Auslandsaufklärung mit technischen Mitteln eine zunehmend größere Bedeutung. Das führte 1952 zur Gründung der National Security Agency (NSA), die seither im Auftrag des Pentagon die weltweite elektronische Kommunikation überwacht, entschlüsselt und auswertet und mittlerweile etwa doppelt so viele Mitarbeiter wie die CIA beschäftigt.

Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 2.

Prägende Akteure bei der Gründung der CIA



Harry S. Truman war von 1945 bis 1953 der 33. Präsident der USA. Nachdem sein Vorgänger ein eher naives Bild von Josef Stalin gehabt hatte, fiel in seine Amtszeit der Beginn des Kalten Krieges.



William J. Donovan war ab 1948 Geschäftsführer des neugegründeten American Committee for a United Europe (ACUE). Sein Stellvertreter dort war der spätere CIA-Chef Allen Welsh Dulles.



Hoyt S. Vandenberg machte nach seiner Zeit bei der CIA bei der 1947 aus den US Army Air Forces (USAAF) hervorgegangenen US Air Force (USAF) Karriere. Von 1948 bis 1953 war er deren Chief of Staff.

ELISABETH II.

Die Welt verneigt sich vor einer Jahrhundertmonarchin

Die Queen regierte vom Tode ihres Vaters im Jahre 1952 bis zu ihrem eigenen Tode über sieben Jahrzehnte. In ihre Regentschaft fallen teils bedeutende Besuche in Deutschland



Pflichtbewusst bis zum Schluss: Noch zwei Tage vor ihrem Tode führte Königin Elisabeth II. die neue britische Premierministerin Liza Truss ins Amt ein

Foto: pa

VON HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Als Prinzessin Elizabeth am 21. April 1926 in London das Licht der Welt erblickte, konnten ihre Eltern, Herzog Albert von York und Elizabeth Bowes-Lyon, nicht ahnen, dass ihre Tochter einmal als Königin Elizabeth II. den britischen Thron für 70 Jahre besteigen sollte. Der Herzog von York war als zweitgeborener Sohn von König George V. nicht für die Thronfolge vorgesehen. Zunächst bestieg Alberts älterer Bruder als König Edward VIII. am 20. Januar 1936 den Thron in London. Er ging später als Herzog von Windsor in die Geschichte ein, denn seine Ehe mit der umstrittenen Wallis Simpson führte zu seiner Abdankung. Seine Regierung dauerte knapp ein Jahr, bis er seinem jüngeren Bruder Albert den Thron am 11. Dezember 1936 überließ. Dieser übernahm als König George VI. die britische Krone bis zu seinem Tod im Jahre 1952.

Elizabeths Krönung, die auch in Deutschland bei vielen Menschen unvergessen blieb, wurde am 2. Juni 1953 glanzvoll begangen. Das Ereignis wurde in Farbe gefilmt, aber in Schwarz-Weiß von der BBC im Fernsehen live übertragen. Millionen von Menschen verfolgten die Krönung am Fernseher. Das königliche Spektakel gehörte zu den ersten Liveübertragungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Erinnerungen an 1965

Königin Elizabeth II. und Prinz Philip besuchten Deutschland erstmals am 18. Mai 1965 für elf Tage. Auf dem Flughafen Köln-Bonn wurde die Königin mit 21 Salutschüssen begrüßt. Das königliche Paar legte während seines Aufenthalts mehr als 3000 Kilometer zurück. In der Bundesrepublik wollten hunderttausende Menschen die junge schöne Königin sehen. Der königliche Besuch stand 20 Jahre

nach dem Krieg ganz im Zeichen der Versöhnung. Dieser Staatsbesuch der überaus populären Monarchin half, alte Vorbehalte abzubauen und neue Verbindungen zu festigen.

Für mich persönlich blieb dieser königliche Besuch aus England unvergesslich. Als Vierjähriger durfte ich im Beisein meiner Geschwister ausnahmsweise abends am Schwarz-Weiß-Fernseher den Besuch des königlichen Paares verfolgen. Dabei erfuhr ich, dass die vielen Polizeimotorräder, welche die Limousine mit den königlichen Staatsgästen eskortierten, als „Weiße Mäuse“ bezeichnet wurden, ein Kuriosum, das mich noch heute belustigt.

Nach dem wohl bedeutendsten Besuch der Bundesrepublik durch die Köni-

gin von 1965 folgten noch drei weitere 1992, 2004 und zuletzt 2015. Der Berlinbesuch von 1978 ist dabei nicht eingeschlossen, da unsere heutige Hauptstadt damals noch unter einer Vormachtstellung der Siegermächte stand und Berlin staatsrechtlich nicht zur Bundesrepublik gehörte. Alle Besuche aus England förderten langfristig die bilateralen Beziehungen und machten Elizabeth II. zu einer der populärsten Persönlichkeit für uns Deutsche.

Nur drei Monarchen regierten länger

Die 70-jährige Regierungszeit von Königin Elizabeth II. war vor allem geprägt von Staatsbesuchen. Die Königin fungierte als Gastgeberin, wenn ausländische Staatsoberhäupter offiziell Großbritannien be-

suchten. Daneben absolvierte sie mit ihrem Mann Prinz Philip unzählige offizielle Auslandsbesuche und trat selbst als Staatsgast auf. Von ihren vielfältigen Verpflichtungen beim Commonwealth einmal abgesehen stand die Monarchin auch britischen Organisationen und Verbänden vor. Daneben musste die Monarchin täglich Staatsakten lesen und sich einmal wöchentlich mit dem Premierminister treffen, der sie über seine Regierungsarbeit unterrichtete. Die Königin hatte faktisch keine Macht. Ihre Aufgabe war es, Großbritannien in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu repräsentieren. Und diese Aufgabe absolvierte sie ihr ganzes Leben lang mit Bravour!

Bis heute hat noch kein weibliches Staatsoberhaupt länger als die britische Königin regiert. Aber die drei folgenden Monarchen regierten länger: König Sobhuza II. von Eswatini (heute Swasiland) ist mit einer Amtszeit von über 82 Jahren das am längsten amtierende Staatsoberhaupt der Geschichte; gerechnet ab der Unabhängigkeit von Großbritannien 1968 waren es knapp 14 Jahre. König Ludwig XIV. (1638–1715) war von 1643 bis zu seinem Tod 72 Jahre König von Frankreich und Navarra. Johann II. (1840–1929), genannt der Gute, war vom 12. November 1858 bis zu seinem Tod 71 Jahre Fürst von Liechtenstein.

Dagegen verpasste Bhumibol (1927–2016) nur um wenige Monate die lange Regierungszeit von Königin Elizabeth. Er war vom 9. Juni 1946 bis zu seinem Tod 70 Jahre und 127 Tage König von Thailand. Die britische Königin hingegen regierte Großbritannien 70 Jahre und 214 Tage.

● **Heinrich Prinz von Hannover**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlich-Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.



Die Königin ist tot, es lebe der König: Charles III. bei der Entgegennahme der Beileidsbekundungen beider Kammern des britischen Parlaments

Foto: action press

KARL I. UND KARL II.

Die beiden anderen Karls von der Insel

Von Ägyptens vorletztem König Faruk stammt die Prognose: „Die ganze Welt befindet sich im Aufstand. In ein paar Jahren wird es nur noch fünf Könige auf der Welt geben – den König von England und die vier Könige im Kartenspiel.“ In der Tat gilt die britische als die Monarchie schlechthin. Doch selbst England war einmal Republik, von 1649 bis 1660 als Commonwealth mit den Cromwells als Lordprotektoren an der Spitze. Eingerahmt wurde diese für die englische Geschichte



Karl I. Foto: National Portrait Gallery

exotische republikanische Phase ausgerechnet von den beiden Namensvettern Charles III. auf dem englischen Thron, Karl I. und Karl II.

Maria Stuart verlor den Machtkampf gegen Elisabeth I. doch es waren ihr Sohn Jakob, ihr Enkel Karl und ihr Urenkel Karl, die nicht nur ihre, sondern auch Elisabeths Nachfolger wurden. Der Zweitgenannte wurde 1625 als Karl I. König von England, Schottland und Irland. Ihm wurde zum Verhängnis, dass er es auf einen be-



Karl II. Foto: National Portrait Gallery

waffneten Konflikt mit dem Parlament ankommen ließ. Für ihn endete der Machtkampf 1649 auf dem Schafott.

Die Stuarts hatten das Glück, dass Richard Cromwell bei Weitem nicht die Stärke seines 1658 verstorbenen Vaters und Vorgängers Oliver hatte und deshalb bereits 1659 als Lordprotektor abdankte. Damit war der Weg frei für die Restauration der Stuart-Herrschaft im darauffolgenden Jahr unter dem Ältesten der damals noch lebenden Söhne Karls I., Karl II. *Manuel Ruoff*

VON ANSGAR LANGE

Wenn Amerika niest, bekommt der Rest der Welt einen Schnupfen.“ „Wenn Amerika Schnupfen hat, haben wir Grippe.“ Diese beiden Aussagen benennen einen einfachen Sachverhalt: Die Vereinigten Staaten von Amerika und der Rest des sogenannten Westens sind aufs Engste verwoben. Schwächelt in den USA die Wirtschaft, so gibt es meist auch bei uns ein Beben. Ganz besonders gilt dieses Diktum aber für unsere Kultur. Die Vereinigten Staaten prägen das, was wir unter Kultur verstehen. Das betrifft den Film, die Musik, die Literatur, die Alltagskultur, den Lebensstil und so weiter.

Und auch intellektuelle Debatten schwappen meist über den großen Teich. Blickt man auf das aktuelle Buch des amerikanischen Linguisten John McWhorter, so droht uns Schlimmes. In diesem Buch setzt sich der Sprachwissenschaftler mit der sogenannten Critical Race Theory (Kritische Rassentheorie) auseinander.

McWhorter, der selber schwarz ist und die Benachteiligung der Schwarzen in den USA nicht in Abrede stellt, schreibt, dass der Antirassismus zu einer Religion geworden sei. Die „Neue Zürcher Zeitung“ („NZZ“) hielt hierzu fest: „John McWhorter sagt Dinge, die man nicht sagen darf. Auch dann nicht, wenn man, wie er, schwarz ist.“

Doch wie sieht der Ansatz des Gelehrten aus? McWhorter ist zweifelt daran, dass es den selbsternannten Antirassisten wirklich um die Lage der Schwarzen in den USA und deren Verbesserung geht. „Die Ideologie der Erwählten schreibt allen als ihre zentrale moralische Pflicht vor, Rassismus und Rassisten zu bekämpfen.“ Diese Form des Antirassismus diene aber nur dazu – wie die „NZZ“ schreibt – „eine saturierte Linke in ihrem selbstgerechten Moralismus zu bestätigen“.

Erbsünde ohne Vergebung

Der „Fall Winnetou“ hat gezeigt, dass solche Debatten nicht nur etwas für intellektuelle Feinschmecker sind und sich in irgendwelchen abgehobenen theoretischen Sphären abspielen. Auch in Deutschland muss Rassismus mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden – keine Frage. Doch diejenigen, die dieses Wort wie eine Monstranz vor sich hertragen, verfolgen oft ganz andere Ziele, die von McWhorter beschrieben werden.

Es ginge ihnen um Deutungsmacht, um intellektuelle Vorherrschaft. Ihr „antifaschistisches“ und „antirassistisches“ Bekenntnis gleiche einer Ideologie oder besser noch einer Religion mit einem Glaubensbekenntnis. Auch die Erbsünde gehöre mit dazu. Denn als „privilegierter“ weißer Mensch ist man nach Ansicht



„Wieso kommen sie damit durch?“, John McWhorter auf einer Veranstaltung in Köln vergangenen Juni

Foto: imago/Panama Pictures

DEBATTENKULTUR

Die flammende Warnung eines afro-amerikanischen Autors

John McWhorter enthüllt den quasi-religiösen, freiheitsfeindlichen Kern der „Woke“-Bewegung, die uns unter der Floskel des „Antirassismus“ in ein dunkles Zeitalter treiben wolle

dieser Sekte im Stand der Erbsünde geboren. Man hat Schuld auf sich geladen, schon bevor man auf dieser Welt war. Interessiert man sich als „Weißer“ für andere Kulturen und übernimmt sogar vielleicht Elemente aus ihnen, so macht man sich des schweren Verbrechens der „kulturellen Aneignung“ schuldig. Nämlich man dieses Argument wirklich ernst, so würde jede Kultur nur in ihrem eigenen Mief existieren dürfen. Gerade durch den Austausch und die gegenseitige Beeinflussung entstehen ja neues Denken und neue Formen der Kultur. Wie trist sähe beispielsweise unsere Küche ohne kulturelle beziehungsweise kulinarische Aneignung aus?

Der „woke Mob“ (McWhorter) strebt eine Welt an, in der wir „eine Sprache, eine Politik und ein Handeln für normal halten, das Orwell noch als Fiktion beschrieb“. Es ist sinnlos, mit den Vertretern dieser Spezies in den Dialog zu tre-

ten. Denn genauso wie fundamentalistische Christen oder fanatisierte Angehörige anderer Religionen lassen sie sich nicht durch die Kraft des Arguments überzeugen. Einem fanatischen Glauben kann man nicht mit Fakten und Wissen beikommen.

Diese Jünger nutzen verstärkt die sozialen Medien, um Andersdenkende oder Ungläubige zu denunzieren und öffentlich vorzuführen. Wer in ihren Augen etwas Falsches gesagt hat, wird an den Pranger gestellt – und dieser Pranger kann beispielsweise Wikipedia, Facebook oder Twitter heißen.

„Auf Ihre Kinder abgesehen“

Die Religion der Erwählten kennt aber nicht die Barmherzigkeit. Reuige Sünder werden in der Regel nicht in den Schoß der Kirche aufgenommen, sondern fertiggemacht. Unschuldige verlieren so ihren Job und ihren guten Ruf. Sie sollen aus der

Gemeinschaft der Wohlmeinenden und Rechtgläubigen ausgeschlossen werden.

Viele Menschen haben Angst vor diesen modernen Wiedertäufern. Denn der Zorn der Erwählten kann alle treffen. Wer hätte etwa gedacht, dass ein renommierter und etablierter Verlag Bücher über Winnetou aus Angst vor diesem Mob zurückziehen und sich öffentlich in den Staub werfen würde? Wer Widerworte gibt, der wird mit dem Totschlagargument, er sei ein „Rassist“ oder ein „Nazi“, mundtot gemacht. Dass dieses willkürliche und politisch gesteuerte Verwenden solcher Vokabeln für Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, eine ungeheure Relativierung wirklichen Rassismus und der NS-Ideologie ist, nehmen die Erwählten dabei als Kollateralschaden in Kauf.

„Was sind das für Leute, die so etwas tun? Religiöse Fundamentalistinnen und Fundamentalisten. Wieso kommen sie

damit durch? Weil sie uns Angst machen, indem sie uns in aller Öffentlichkeit als Ketzerinnen und Ketzer schmähen. Und lassen wir sie gewähren? Nicht, wenn wir unsere intellektuelle, moralische und künstlerische Kultur davor bewahren wollen, von etwas erstickt zu werden, das kein gesellschaftspolitisches Programm, sondern eine Religion ist ... Hören Sie nicht auf diejenigen, die Ihnen sagen, diese Religion sei doch gar nicht wichtig. Machen Sie sich nichts vor: Diese Leute haben es auf Ihre Kinder abgesehen“, schreibt McWhorter.

Winnetou und andere Phänomene zeigen: Die Agitation besonders wachsamer Gruppen macht vor nichts mehr halt. Sie werden nicht ruhen, bis kein Stein mehr auf dem anderen steht. McWhorters Buch ist ein flammender Appell, sich von dieser „Geißel der Menschheit“, wie der Autor das Phänomen nennt, nicht in die Enge treiben zu lassen.

VERKEHR

Sechs Stunden für nicht einmal 60 Kilometer

Eine nächtliche Odyssee im „Schienenersatzverkehr“ illustriert den maroden Zustand des deutschen Bahnsystems

Ausgestattet mit einer „BahnCard 100“ zählt Professor Christian Böttger von der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft vermutlich zu den Reisenden, die überdurchschnittlich oft mit der Bahn unterwegs sind. Zum Ende des Experiments „Neun-Euro-Ticket“ zog Böttger, der seit Jahren zur Deutschen Bahn forscht, dennoch eine bittere Bilanz.

Neben den bereits länger bekannten Problemen der Zugausfälle und des spürbaren Personalmangels war der Bahnexperte mehrmals erst gar nicht in überfüllte Züge hineingekommen. „Ich kenne auch Bahnfahrer, die wegen der überfüll-

ten Züge sogar auf das Auto umgestiegen sind“, so der Berliner Professor.

Doch auch nach dem Auslaufen der Neun-Euro-Karte und der Normalisierung der Fahrgastzahlen ist Deutschlands Bahnsystem weiterhin in der Lage, Reisenden dauerhaft die Lust auf öffentliche Verkehrsmittel auszutreiben. Insbesondere der Schienenersatzverkehr, ein von der Bahn ersatzweise angebotener Busverkehr, wenn Strecken – aus welchem Grund auch immer – blockiert sind, kann bei Reisenden abschreckende Erfahrungen verursachen.

Die „Berliner Zeitung“ berichtet unter der Überschrift „Schienenersatzverkehr

des Grauens“ über Reisende, die durch den Ersatzverkehr in Gegenden strandeten, für die der Berliner üblicherweise das Kürzel „jwd“ verwendet: „Janz weit draußen“. Damit nicht genug. Als sich für die Fahrgäste die Bustüren des Schienenersatzverkehrs an einem Bahnhof im Berliner Umland öffneten, war es tiefste Nacht. Insgesamt dauerte die Reise über eine Strecke von lediglich 59 Kilometer sechs Stunden. Einer der Betroffenen schildert, wie er zu später Stunde vom Berliner Bahnhof Südkreuz nach Jüterbog fahren wollte. Üblicherweise schafft der Regionalexpress die Strecke in 40 Minuten. Nicht so am 26. August.

Wegen Gleisbauarbeiten verwies die Bahn die Fahrgäste auf ersatzweise bereitstehende Busse. Selbst wenn die Fahrt planmäßig verlaufen wäre, hätte die Reise zweieinhalb Stunden gedauert. Zunächst sollten die Reisenden mit einem Schienenersatzverkehr für die S-Bahn-Linie S25 um kurz nach 23 Uhr nach Teltow Stadt fahren und dort umsteigen. Dort, hinter der Stadtgrenze angekommen, kam allerdings nur ein Kleinbus angefahren, der lediglich 20 Fahrgäste mitnehmen konnten. Geschätzt die Hälfte der Reisenden musste am Bahnhof Teltow Stadt zurückbleiben. Diese geplagten Fahrgäste mussten auf den nächsten Bus warten, der

um 0.46 Uhr abfahren und um 1.39 Uhr in Trebbin ankommen sollte. Dort sollten sie wieder in einen Zug umsteigen, um die restliche Strecke bis Jüterbog zu bewältigen. So zumindest der Fahrplan.

Tatsächlich war der Zug allerdings weg, als der Bus gegen zwei Uhr in Trebbin eintrudelte. Die gestrandeten Reisenden mussten sich schließlich noch fast bis 4 Uhr gedulden, bis ein anderer Ersatzverkehrsbuss sie schließlich nach Jüterbog fuhr. Einer der Fahrgäste, die am Vortag um 23 Uhr in Berlin-Südkreuz losgefahren waren, schildert, dass er um 5 Uhr morgens endlich im heimischen Bett lag.

Norman Hanert



TAPIAU

Das Lovis-Corinth-Museum ist eröffnet

Nach langjährigem Umbau – Vier Ausstellungsräume berichten über den deutschen Impressionisten

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Langen Zeit gehörte Tapiau [Gwardejsk] nicht zu den Städten, die bei Touristen besondere Aufmerksamkeit erregten. Seit Kurzem gibt es hier jedoch eine Sehenswürdigkeit, die in der Region bereits gut bekannt ist. In dem Geburtshaus des berühmten Malers Lovis Corinth, der zu den bedeutenden deutschen Impressionisten gehörte, wurde eine Zweigstelle des Königsberger Museums der Schönen Künste eröffnet.

Lovis Corinths Elternhaus in der Wasserstraße wurde 1825 erbaut und gehörte der Mutter des Künstlers, Amalia Wilhelmine Buttcher, die auch eine Gerberei und ein an das Haus angrenzendes Grundstück besaß. Im Erdgeschoss des Hauses befanden sich Wohnräume und eine Küche mit Räucherammer; eine steile Treppe führte von der Vorderseite in das Dachgeschoss, wo Knechte und Mägde schliefen. Von der steinernen Veranda aus konnte man die Ställe, den Hühnerstall und die Scheune überblicken – ihre Bewohner waren die ersten Motive des Künstlers Lovis Corinth.

Standort Geburtshaus in Tapiau

Von 1866 bis 1873 besuchte Corinth das Kneiphöfische Gymnasium in Königsberg und lebte während dieser Zeit bei seiner Tante. Später nahm er an der Kunstakademie in München ein Studium auf, kehrte aber zeitweilig oft in seine Heimat Tapiau zurück, wo er viele schöne Werke schuf.

Das 1825 erbaute Geburtshaus des Künstlers in Tapiau hat die Zeit überdauert. Während der Sowjetzeit und nach dem Zerfall der Sowjetunion war das Elternhaus des Malers ein Wohnhaus, das aber nach und nach verfiel. Schließlich wurde es als einsturzgefährdet eingestuft und die dort lebenden Menschen wurden umgesiedelt. Dennoch beschloss man, es



In einem der Ausstellungsräume: Die ersten Interessenten statten dem neuen Museum einen Besuch ab

Foto: J.T.

nicht abzureißen, sondern in ein Museum umzuwandeln.

Im Frühjahr 2020 begann der Wiederaufbau, bei dem jedoch ein Teil des Gebäudes einstürzte. Die Regionalregierung erklärte daraufhin, dass nun ein „großer“ Umbau mit dem „Rückbau einiger Elemente“ Teil des Bauprojekts sei. Schließlich musste das ursprüngliche Haus fast vollständig abgerissen werden. Anschließend wurde eine Nachbildung errichtet.

Das Königsberger Gebietsmuseum der Schönen Künste verfügt über eine bedeutende Sammlung von Grafiken von Lovis Corinth, die ins neue Corinth-Museum überführt wurden und nun dort in der Ausstellung zu sehen sind.

Im Erdgeschoss befinden sich vier Ausstellungsräume, in denen ein fünfzehnminütiger Einführungsfilm über den Künstler Lovis Corinth gezeigt wird. Der zweite Raum ist der Kindheit des Künstlers und der Geschichte von Tapiau gewidmet. Ein separater Raum beherbergt Corinths grafische Arbeiten. Es gibt daneben noch einen Raum, in dem verschiedene Ausstellungen von Werken zeitgenössischer Künstler ausgestellt werden. Im Dachgeschoss befindet sich ein Kunstatelier für Kinder.

Das Selbstporträt von Corinth gilt als ein wichtiges Exponat des neuen Museums. Der deutsche Professor Volker Krier hatte das Gemälde auf einem Markt in

der Bundesrepublik gekauft und es der Stadt Tapiau im Jahr 2017 geschenkt unter der Bedingung, dass dieses Selbstporträt bei der Eröffnung des Corinth-Museums seinen Platz in der Ausstellung einnimmt. Das Werk stammt aus dem Jahr 1918 und trägt den Titel „Selbstbildnis vor der Staffelei“.

Selbstporträt als Geschenk

Nachdem die Museumseröffnung erfolgt ist, muss noch das Grundstück des Museums neu gestaltet werden. Geplant ist vor allem ein Skulpturenpark, in dem Werke aus den Sammlungen des Museums der Schönen Künste ausgestellt werden sollen.

MELDUNGEN

Tödlicher Unfall

Preußisch Eylau – Auf dem Gelände der Burgruine in Preußisch-Eylau hat sich Ende August ein tragischer Unfall ereignet. Ein 73-jähriger Tourist aus Komi, der mit Verwandten Urlaub im Königsberger Gebiet machte, war bei einem Ausflug nach Preußisch-Eylau in der Burgruine gestürzt. Obwohl schnell Hilfe vor Ort war, erlag der Mann noch am selben Tag in einer medizinischen Einrichtung seinen Verletzungen. Eine gerichtsmedizinische Untersuchung wurde durchgeführt, um die genaue Todesursache zu ermitteln. Die Staatsanwaltschaft ordnete an, alle Umstände des Unfalls zu untersuchen. Die Burg ist Eigentum der Region, für die die Behörden seit Langem einen Käufer suchen, der sich um den Erhalt kümmert. 2021 sollte der Komplex einer Entwicklungsgesellschaft für ein Wirtschaftsobjekt übergeben werden, doch diesen Sommer wurde bekannt, dass die Burg erneut versteigert werden soll. MRK

H&M in Königsberg

Königsberg – Die Filiale im Einkaufszentrum „Baltic Mall“, die am 2. März geschlossen worden war, hat seit Ende August ihre Türen wieder geöffnet, offenbar um den Schlussverkauf von noch vorhandenen Waren vorzunehmen. Es ist unklar, wie lange das Geschäft offen bleiben wird, da das Unternehmen seinen Rückzug vom russischen Markt angekündigt und bereits im März alle Verkaufsstellen geschlossen hatte. Für sein Flaggschiffgeschäft in Moskau hatte H&M die Miete für neun Monate im Voraus bezahlt und auch sämtliche Strafzahlungen für Ausfallzeiten geleistet. Dann beschloss die Firmenleitung, ihr Geschäft in der Russischen Föderation zu verkaufen. MRK

RASTENBURG

Ein Deutscher erhielt den Schlüssel seiner Geburtsstadt

Frank Lothar Krawolitzki wurde geehrt, weil er sich mit Herz, Seele und Tat für die deutsch-polnische Versöhnung eingesetzt hat

Der Stadtrat von Rastenburg [Kętrzyn] hatte dem dort geborenen Frank Lothar Krawolitzki für seinen Einsatz für seine Heimatstadt und für die deutsch-polnische Versöhnung im Februar die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen. Bei einer feierlichen Sitzung am 18. August im Rathaus wurden ihm die Auszeichnung und symbolisch ein Schlüssel zur Stadt ausgehändigt.

„Rastenburg/Kętrzyn ist meine Heimatstadt. Es war einmal deutsch, es ist jetzt polnisch“, – mit diesen Worten begann Krawolitzki von der Kreisgemeinschaft Rastenburg seine Dankesrede. Kurz davor hatte er den Schlüssel der Stadt erhalten, „damit sie ihm immer offenstehen möge“, wie Vizebürgermeister Maciej Wróbel bei der Übergabe anmerkte. Doch zuerst musste an diesem Termin alles rechtlich ins Trockene gebracht werden.

Würdevoll, mit dem Einmarsch des Wappens der Stadt in den Sitzungssaal des Rathauses in Rastenburg und mit dem Vorsitzenden des Stadtrats, Dariusz Duczek, mit seiner Amtskette begann die Sitzung – mit Gästen aus allen vier antrag-

stellenden Organisationen. Denn sowohl die Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Rastenburg, die Arno-Holz-Gesellschaft für deutsch-polnische Verständigung, die Gesellschaft „Blusztyn“ als auch die evangelisch-augsburgische Kirchengemeinde Rastenburg hatten sich dafür

stark gemacht, dass Krawolitzki geehrt werden soll.

Duczek als Leiter der Veranstaltung erinnerte an den Antrag und verkündete den Beschluss des Stadtrats, der nach Paragraph 3 damit in Kraft trat. Dann überreichte er das Diplom, während Vize-

bürgermeister Wróbel die Schlüsselübergabe übernahm.

Engagiert wegen eigenen Erlebens

Duczek hielt auch die Laudatio auf den frisch gebackenen Ehrenbürger. Krawolitzki, 1933 in Rastenburg geboren, musste 1945 vor der Roten Armee fliehen. Wie er in einem Interview mit dem Rastenburg Kabelfernsehsender KTK verriet, war das Geschäft seines Vaters am Morgen des Einmarsches ganz normal geöffnet, bevor es am Nachmittag auf einmal schnell aufzubrechen galt. „Diese Erlebnisse des Kriegs haben ihn sehr geprägt. Als er vom Beginn des Kriegs gegen die Ukraine hörte, fuhr er an den Straßenrand und weinte, so hat er mir erzählt. Seither unterstützt er Ukrainer, die vor dem Krieg geflohen sind und jetzt in Rastenburg wohnen“, erzählte Wróbel vom neuesten Engagement von Krawolitzki.

Eine genaue Schilderung seines vielfältigen Einsatzes für seine Heimatstadt hätte den zeitlichen Rahmen gesprengt. Ob die finanzielle und organisatorische

Unterstützung für die Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Rastenburg, die Unterstützung der Gesellschaft „Blusztyn“ mit historischem Wissen, die gemeinsam mit dieser und der evangelisch-augsburgischen Kirchengemeinde organisierte Erinnerung an die Synagogen von Rastenburg, der Einsatz für die Renovierung der Orgel der Gemeinde und für den Jugendaustausch mit der Partnerstadt Wesel oder die Mithilfe bei der Entstehung der Arno-Holz-Gesellschaft – „Frank Krawolitzki ist, selbst wenn er nicht vor Ort ist, mit Herz, Seele und Tat bei uns“, wie es Stanisław Tarasiewicz von der Arno-Holz-Gesellschaft formulierte.

Der Ausgezeichnete selbst sieht seinen Einsatz bescheiden. „Das war für mich alles selbstverständlich, und man hätte mich dafür nicht ehren müssen“, so Krawolitzki, „aber ich danke sehr dafür.“ Immerhin steht er als Ehrenbürger jetzt in einer Reihe mit Erzbischof Edmund Piszcz und Papst Johannes Paul II.

Uwe Hahnkamp



Gratuliert dem Ehrenbürger: Zofia Lachowska, Vorsitzende der Deutschen Minderheit

**ZUM 103. GEBURTSTAG**

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Holaschke, Hildegard, geb. Michalzik, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Matzeit, Erich, aus Norweischen, Kreis Elchniederung, am 18. September
Porsch, Margarete, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 17. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eisenhut, Renate, geb. Friedrich, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September
Gundlach, Ruth, aus Lyck, am 19. September
Krüger, Bernhard, geb. Kackschies, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September
Rohde, Ingeborg, geb. Teschendorf, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ollech, Emma, geb. Beber, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Schandel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September
Wüsthoff, Gerda, geb. Hetz, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. Opitz, aus Ortelsburg, am 17. September
Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Gräf, Lydia, geb. Holzlehner, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September



Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September

Leitis, Hertha, geb. Passarge, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 19. September
Schwarten, Erna, geb. Althöfer, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 18. September
Sparr-Harenberg, Ellen-Edith Gräfin von, geb. Schneider, aus Lyck, am 17. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Blumhagen, Waltraut, geb. Paukstat, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September
Domnik, Walter, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September
Haertel, Hildegard, geb. Kürzich, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Kirschnick, Hans, aus Reichwalde, Kreis Mohrunen, am 18. September
Sack, Rudolf, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Tischmann, Artur, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. Weichler, aus Neidenburg, am 26. September
Blank, Horst, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 19. September
Hensen, Anneliese, aus Banners, Kreis Mohrunen, am 21. September
Rothgänger, Herbert, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 18. September

Thimm, Gertrud, geb. Krupka, aus Neuhoof, Kreis Neidenburg, am 18. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gildemeister, Helga, geb. Skilandat, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. September
Graaf-Schostak, Irmgard de, aus Lötzen, am 16. September
Huwe, Siegfried, aus Grüna, Kreis Lötzen, am 22. September
Kleefeldt, Ursula, aus Lyck, am 17. September
Mrowitzki, Christel, geb. Holzke, aus Mohrunen, am 21. September
Weinberg, Martha, geb. Tholen, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. September
Zippert, Kurt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 20. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brandau, Hildegard, geb. Brozio, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 20. September
Freitag, Ingeborg, geb. Pagel, aus Lyck, Yorkstraße 11, am 18. September
Gelies, Horst, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 21. September
Hahn, Eleonore, geb. Nikolayzik, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. September
Konopasek, Lily, geb. Schweiter, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. September
Nickel, Gerhard, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 20. September
Pichler, Ruth, geb. Blanck, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. September
Püscher, Ilse, geb. Soboll, aus Bovern, Kreis Lyck, am 16. September
Sohlich, Kristel, geb. Kowalewski, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 21. September
Weist, Gisela, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September
Wengerowski, Alfred, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Neugebauer, Fritz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. September
Röhrs, Liesbeth, geb. Niewierra, aus Neidenburg, am 22. September
Scherwat, Gert, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 16. September

Stetzka, Adolf, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 16. September
Warstat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bolik, Edith Martha, geb. Lewandrowski, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. September
Brodowski, Frieda, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. September
Gebhardt, Hildegard, geb. Quednau, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 19. September
Joswig, Herbert, aus Lyck, am 17. September
Kleine, Else, geb. Wiesjahn, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 22. September
Kock, Edeltraut, geb. Gerull, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. September
Kraschewski, Heinz, aus Sensburg/Rhein, Kreis Lötzen, am 17. September
Lemke, Werner, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 20. September
Pruss, Emma, geb. Trzaska, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Pustan, Gerd, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. September
Schmalwasser, Anneliese, geb. Bahr, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 19. September
Thies, Erika, geb. Mix, aus Waltersdorf, Kreis Mohrunen, am 19. September
Wagner, Hedwig, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 19. September
Wojciak, Käthe, geb. Jegodowski, aus Ortelsburg, am 17. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albers, Heinrich, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. September
Altenkirch, Georg, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 20. September
Brunner, Margarete, geb. Godau, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 18. September
Dora, Gerd, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. September
Franzke, Gertrud, geb. Pelz, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 22. September
Gandras, Dr. Joachim, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 20. September
Henf, Horst, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. September

Korsch, Kurt, aus Worienen, Ortsteil Glomsien, Kreis Preußisch Eylau, am 18. September
Krause, Irena, geb. Falk, aus Thura, Kreis Neidenburg, am 16. September

Kummrow, Edith, geb. Fabian, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Möhrke, Reinhard, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 16. September
Nolting, Eva, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. September
Ollech, Erna, geb. Brzoska, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Parotat, Gertrud, geb. Dumschat, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 19. September
Piefke, Inge, geb. Bagdahn, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. September
Pruß, Hedwig, geb. Jedamski, aus Schuttchen, Kreis Neidenburg, am 18. September
Reusche, Erika, geb. Grigutsch, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 16. September
Schöffski, Siegfried, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. September
Wrede, Ursula, geb. Rock, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. September
Wunderlich, Ernst, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 21. September
Wunderlich, Gerd, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 21. September
Zigann, Siegfried, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 22. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barkhoff, Reinhold, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. September
Droese, Christa, geb. Trinker, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 16. September
Kommission, Christel, geb. Karasch, aus Schwarzberg, Kreis Lyck, am 17. September
Kröhnert, Manfred, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 21. September
Mallek, Horst, aus Neidenburg, am 20. September
Merchel, Werner, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 19. September
Niemann, Helga, geb. Lankau, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 22. September
Ottich, Fritz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. September

ANZEIGE

Erich Matzeit

geb. 18. September 1922
 in Norweischen (Elchniederung)
 (Ehefrau: Ella Lydia Broszeit
 *1924 - †2018)

Zum 100. Geburtstag

die herzlichsten Glücks- und Segenswünsche.
 Mach's gut lieber Erich!
 Es gratulieren
 Deine Familien Matzeit
 und Semmling

Piotrowski, Ewald, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. September

Rietdorf, Friedrich Wilhelm, aus Lötzen, am 18. September
Schellenberg, Waltraut, geb. Wischniewski, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. September
Schenk, Ulrich, aus Sentken, Kreis Lyck, am 19. September
Woydowski, Ursula, geb. Brack, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 19. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Ruth, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 22. September
Gast, Renate, geb. Zeiger, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 20. September
Jungclaus, Edelgard, geb. Audehm, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 18. September
Matzpreisch, Hans-Arthur, aus Kiaken, Gemeinde Girngallen-Matz bei Deutsch Crottingen, Kreis Memel, am 20. September
Pohlmann, Helga, geb. Martzian, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 18. September
Preuss, Wolfgang, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 22. September
Schlemminger, Friedrich Wilhelm, aus Lötzen, am 18. September
Schneider, Peter, aus Neidenburg, am 16. September
Voigt, Susanne, geb. Willamowski, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 16. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dawid, Burghard, aus Ortelsburg, am 19. September
Marx, Ursula, Landsmannschaft Kreisgruppe Hof, am 6. September
Schröder, Ute, geb. Winkelmann, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 16. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 39/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 39/2022 (Erstverkaufstag 30. September) **bis spätestens Dienstag, den 20. September**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Landesdelegiertentagung

Stuttgart – Sonnabend, 17. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdelegiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, Entlastung und Wahl. Ein wichtiger TOP ist die Satzungsänderung.

Landeskulturtagung

Stuttgart – Sonnabend, 17. September, 14.30 bis 18 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landeskulturtagung mit einem Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties „770 Jahre Memel“. Ab 16 Uhr folgt ein Vortrag von Uta Lüttich „Simon Dach – Ein Leben der Poesie (1605 in Memel – 1659 in Königsberg)“.

Tagung der Landesfrauen

Stuttgart – Sonntag, 18. September, 9.30 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Landesfrauentagung. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg. Anschließend folgt ein Vortrag von Uta Lüttich „Käthe Kruse – die Puppenmutter der Nation.“

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 18. September, 14 Uhr, Liederhalle: Tag der Heimat mit reichhaltigem Programm, Festredner Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

BdV stellt sich neu auf

Pressemittlung des BdV in Baden-Württemberg:

Am 27. August trafen sich die Vorsitzenden der BdV-Kreisverbände sowie der Landsmannschaftlichen Landesverbände zu einem außerordentlichen Landesverbandstag mit Neuwahlen. Dieser wurde durch den Rücktritt von Iris Ripsam als BdV-Landesvorsitzende notwendig. Zum neuen BdV-Landesvorsitzenden wurde dabei mit 90 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen Hartmut Liebscher gewählt, langjähriger BdV Landesgeschäftsführer und Landesvorsitzender der DJO-Deutsche Jugend in Europa. Liebscher bezeichnete es in seiner Antrittsrede als sein großes Anliegen, die Generationen im Verband gleichermaßen anzusprechen und für sie da zu sein: „Die junge und mittlere Generation mit ihren Visionen ist jeweils ebenso wichtig wie die ältere Generation mit ihrer Erfahrung“. Er selbst gehört zur Bekennnisgeneration des Verbandes und bringt gerade in der Verbandsführung sowie der internationalen Arbeit große Erfahrung ein.

Neben Liebscher wurden der Landtagsabgeordnete Raimund Haser (CDU), die Frauenbeauftragte Rosemarie Schuran, die Vorsitzenden der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen Michael Konnerth, der Deutschen aus Russland Ernst Strohmaier, der Westpreußen Hans-Werner Schwalke als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Hinzu kommt noch der Donauschwabe Matthias Schwarz als neuer Schatzmeister und Waltraud Armbruster als Schriftführerin. Damit spiegelt sich zugleich die Vielgliedrigkeit des Verbandes im neuen geschäftsführenden Vorstand wider.

Nachtrag: Die Landesvorsitzende der LM Ostpreußen Uta Lüttich wurde in den Ältestenrat berufen und Helga Ruhnke ebenfalls von der Landsmannschaft Ostpreußen wurde als Vertreterin der Nordostdeutschen Landsmannschaften gewählt.“



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen

Nürnberg – Dienstag, den 27. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Endstation der U1 gegenüber: Wir berichten über „Weltweite Volksabstimmungen“. Wir treffen uns jeden Monat wie bisher.



Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebeener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com **Internet:** https://lo.lg.brandenburg.wordpress.com/

Gemeinsam mit TOLKEMITIA

Potsdam – Sonnabend, 17. September, 14 Uhr, Kleiner Sitzungsraum, Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte (HBPG), Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg lädt zu Vorträgen in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Prußen-Stiftung TOLKEMITIA sowie Mitglieder zur Mitgliederversammlung ein mit folgender Tagesordnung:

13.30 Uhr: Öffnung der Räumlichkeiten, 14 Uhr: Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V., 1. Begrüßung, 2. Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Vorträge, 3.1 Das Hauptgestüt Trakehnen im Kreis Ebenrode (Stallupönen) in Ostpreußen, 3.2 Filmvorführung „Verlorene Heimat im Gepäck“, 4. Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen, 5. Feststellung der Anwesenden und Beschlussfähig-

keit, 6. Tätigkeitsbericht des Vorstands, 7. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnungen 2020 und 2021, 8. Berichte der Rechnungsprüferin, 9. Aussprache, Entlastung des Vorstands, 10. Wahlen, 10.1 Wahlleiter und Wahlhelfer, 10.2 Vorstand (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeister, Schriftführer), 10.3 Kassenprüfer, 11. Vorhaben der Landesgruppe, 12. Verschiedenes, Ende der Veranstaltung gegen 17 Uhr.

Vor Beginn der Versammlung wird der Besuch der „Ausstellung Garnisonkirche Potsdam“ in der nahegelegenen Nagelkreuzkapelle (fußläufig etwa drei Minuten) empfohlen. Verschaffen Sie sich selbst ein Bild über den Wiederaufbau, eine Baustellenführung ist nicht möglich.

Im Anschluss an die Versammlung kann kostenfrei die Brandenburg Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte als dem zentralen Ort für brandenburgische Kultur und Geschichte besichtigt werden.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 17. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Gemeindehaus, Bachsaal, Hauptkirche St. Michaelis, Krayskamp 4, Hamburg (S1, S3 Stadthausbrücke; U3 Rödingsmarkt; Bus 37 Michaeliskirche): Tag der Heimat des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. Im Vorprogramm: Gesangsgruppe „Im Herzen jung“ unter der Leitung von Viktor Diehl. Programm: Eröffnung und Begrüßung: Willibald Piesch. Fahnengruß: Hartmut Klingbeutel. Toten-

gedenken: Peter Voss. Klassische Musik und Kultur für Kinder unter der Leitung von Ludmila Bakalina. Festrede: Maria Werthan, BdV Präsidiumsmitglied. Schlusswort: Falco Drossmann, SPD-Bundestagsabgeordneter.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Wetzlar – 20. September, 11 Uhr, Gaststätte Matchball, Bodenfeld, 35576 Wetzlar: Monatstreffen mit Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer „Memelland wo das Deutsche Reich sein Ende hat“, ab 12.30 Uhr essen wir gemeinsam zu Mittag.

Tag der Heimat

Wetzlar – Sonntag, 9. Oktober, Einlass ab 13 Uhr, Beginn: 14 Uhr, Saal 1, Stadthalle, Brühlbachstraße 2, 35578 Wetzlar: Festveranstaltung des BdV Orts- und Kreisverband Wetzlar e.V. zum Tag der Heimat „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ mit Festredner Helge Braun MdB, Schlussredner Michael Hundertmark und folgendem Programm: Begrüßung: Manfred Hüber, Totengedenken: Kuno Kutz, Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“, Egerländer Maderln und Freunde, Egerländer Volkstanzkreis.

Landeskulturtagung/Landesdelegiertenversammlung

Wetzlar – Sonnabend, 22., bis Sonntag, 23. Oktober, Wilhelm-Kempff-Haus 1, 65207 Wiesbaden-Naurod: Landeskulturtagung mit folgendem Programm, Änderungen vorbehalten:

Sonnabend, 22. Oktober, bis 10.45 Uhr: Anreise, 11 Uhr: Begrü-

ßung und Eröffnung durch Ulrich Bonk, 11.15 Uhr: Grußworte der Hessischen Landesregierung, Margarete Ziegler-Raschdorf, 12 Uhr: Mittagessen und -pause, 13 Uhr: Vortrag von Fritz Loseries „Über den Aufbau der Homepage LOW-Hessen.de“, 13.55 Uhr: Vortrag: „Vermittlung der Themen Flucht und Vertreibung im Geschichtsunterricht“ von Bjoern Schaal, 14.45 Uhr: „Stiftung-Zentrum gegen Vertreibungen = Aufgabe und Botschaft“ von Christean Wagner, anschließend Kaffeepause, 16 Uhr: „Ein Leben auf Reisen – Bericht über das Leben von A. E. Johann“ von Rudi Zülch, 17 Uhr: „Der Bromberger Blutsonntag – Eine kurze Darstellung der Ereignisse“ von Ulrich Bonk, 18 Uhr: Abendbrot, 19.30 Uhr: Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen LOW-Kreisgruppen.

Sonntag, 23. Oktober, 7.30 Uhr: Frühstück, 8.30 Uhr: „Der Frieden von Tilsit 1807“ von Gerd-Helmut Schäfer, 9.30 Uhr: „Im Rücken der Geschichte – vom Schicksal der Ostpreußischen Wolfskinder“ von Bjoern Schaal, 10.15 Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: „Der Segen vom

Fortsetzung auf Seite 16



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 20. September, 14.30 Uhr: Johannes Thienemann – Pfarrer, Vogelforscher und Menschenfreund mit unverwechselbarem Humor. Vortrag im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Christoph Hinkelmann, Museumseintritt zuzüglich 3,- Euro (inklusive Tee, Kaffee und Gebäck). Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

APZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Altenberg“ – Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus auf Altenberg/Wetzlar, Film-Vortrag von Henriette Piper, 11.30 Uhr „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ von Ulrich Bonk, 12 Uhr: Mittagessen – anschließend Abreise der Tagungsteilnehmer. 13.15 bis 17 Uhr: Landesdelegiertenversammlung mit Wahl und anschließend Sitzung des Vorstandes der LOW Hessen.

Tag der Heimat

Wiesbaden – Sonntag, 18. September, 10.30 Uhr, Biebricher Schloss: Zentrale Feierstunde des BdV-Landesverbandes Hessen zum Tag der Heimat und Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

25. Landestreffen in Schwerin – Sonnabend, 24. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118: Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern. Dort werden 1500 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Hei-

matkreise sind wie immer an den Tischen ausgeschildert. Auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland gibt es Extra-Tische. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahnhof Schwerin erreichbar.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Treffen

Bielefeld – Montag, 19. September, 15 Uhr, Bültmanns-Hof „Das Wirtschafts- 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Gruppe der Ost- und Westpreußen zum Motto „Spätsommer und Herbst in Ostpreußen“. Anmeldung unter Telefon (0521) 82026 oder (05202) 5584.

Treffen

Essen – Freitag, 16. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wie war die Sommerpause? Was ist in der Welt geschehen?

Historisches Seminar

Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 7 lautet das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 23. bis zum 25. September in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt. Auf dem Programm stehen Vorträge über archäologische Bodenfunde in Ostpreußen, über die Außenpolitik des Deutschen Ordens, über die Lebenswelten der Grafen von Lehndorff, über die Entwicklung Königsbergs zur Großstadt, über Agnes Mie-gels Salzburger Vorfahren, über das Attentat auf den polnischen Vizekonsul Ripa in Allenstein und über das Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit in Wetzlar. Referenten sind Dr. Andreas Borm, Dr. Gaby Huch, Dr. Christoph Jahn, Dr. Marianne Kopp, Dr. Sebastian Kubon, Henriette Piper und Dr. Jürgen W. Schmidt.

Die Seminargebühr beträgt 90,- Euro bei freier Voller-pflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen Dr. Sebastian Husen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 414008-48; E-Mail: husen@ostpreussen.de

Ostpreußen

Jubiläum

25. Landestreffen

Mecklenburg-Vorpommern

in Schwerin

Sonnabend, 24. September 2022

10 bis 17 Uhr

Sport- und Kongresshalle

19059 Schwerin, Wittenburger Str. 118

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Mittelkürzungen für Heimatvertriebene – Überarbeitung von Paragraph 96

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, blickt mit Sorge auf die laufenden Beratungen des Bundestags zum Kulturetat des Bundeshaushalts 2023: „Trotz der beklemmenden Aktualität von

Flucht und Vertreibung in Europa behandelt die Bundesregierung die Kultur unserer eigenen Heimatvertriebenen stiefmütterlich. Es ist zu befürchten, dass Berlin die ohnehin schon knapp bemessenen Fördermittel weiter kürzt. Schon jetzt werden bundesweit

keine neuen Projekte mehr genehmigt.“ Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat angekündigt, die Grundsätze der Kulturförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz überarbeiten zu wollen. *Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur*

Rätsel

ein Frühblüher	Großraumbehälter	Kurs an einer Hochschule	misslingen, fehlschlagen	Vogelweibchen, Huhn	einen Posten innehaben	sizilianischer Vulkan	Stellvertreter (Kurzwort)	ein Eltern-teil	in einer Zeitung erscheinen lassen	Stadt in Ostriesland	Stern im Sternbild Walfisch	vordringlich	Nebenmeer des Atlantiks
Oberhaupt in arab. Ländern			am jetzigen Tage		russ. Schriftsteller: ... Gorki		Material zum Feueranzünden		sehen, schauen		einen Heilurfaub machen	Feigenkaktus	
deutscher Dichter (Theodor)		völlige Gleichheit		Nebenfluss der Aller	Biologie: Tierunterart	Fluss zur Eibe	Spazierfahrt, Ausflug		Atommeiler		von besonderem Reiz	dünnflüssiger Arzneiauszug	
die Position ermitteln		weibliches Bühnenfach		Fuß- oder Handrücken	Wildhüter	orient. Reisbranntwein		Auspuffstoff	britischer Sagenkönig		nieder-sächsische Stadt		
Dienstkleidung		sich täuschen			Schwindler	bibli-scher Prophet	Freundin						
vielfarbig		aus tiefstem Herzen			schwed. Asienforscher (Sven)	finni-scher Läufer (Paavo)		nordwest-deutsche Region	niederl. Maler (Vincent van)	indian. Symbol d. Klanzugehörigkeit	ukrain. Schwarzmeerehafen		Vor-mittagsveranstaltung
Feldertrag			Teil des Bogens				sehr kalt		innerhalb		Meerenge, Meeresstraße		
3. Angebot			Magisch: 1. Seetang, 2. Stromer, Stedler		Strohunterlage	schmücken, verzieren	Schauspiel		norddt.: kleines Küstenschiff	Offiziersrang			
5. Schluss, 6. Blüten, 7. Honorar –			Verzerrung des Gesichts		Kinderbuchfigur bei Enid Blyton	Mutterboden	heiße Quelle in vulkan. Gebieten	Ärger, Wut	Stachel-tier	Baldrian-gewächs		aus gebranntem Ton gefertigt	
Mittelwörter: 1. Bremsen,					kippen, schräg halten			Schiffswand	Abwesenheitsnachweis	Seevogel-dünger	Bühnen-auftritt		lieber, wahr-scheinlicher
So ist's richtig:					an keinem Ort	ein Europäer	aufgebrühtes Heißgetränk	Ringel-, Saug-wurm	Strom in Vorderindien	Fein-gewicht für Edelmetalle	süddt.: ohnehin, sowieso (ugs.)		
					kommunales Parla-ment	Ruder (Seemanns-sprache)			Spiel-, Wett-kampfkategorie	Süd-fruit			
					Organ des Harn-systems		germani-scher Gott des Feuers			Hinder-nis beim Spring-reiten			

Schüttelrätsel

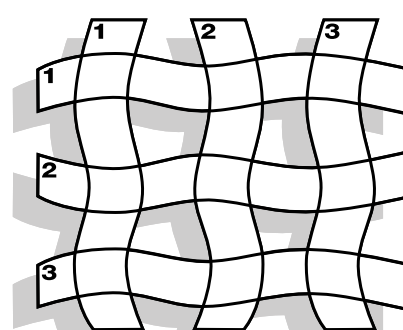
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

FLOSS	CHIN	EGISS	EINST	DEOS	DEOR	ELNZ
			DILO			
AAILS	DENOSY					
CEEHI NSSS						
AGHS			ERTZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Kolonist.

1	NOT					STICH
2	BANK					VOLL
3	FOUL					TOR
4	SKI					APFEL
5	TOR					AKT
6	STIL					MEER
7	ARZT					KONSUL



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Meerestalgenpflanze
- 2 Herumtreiber, Landstreicher
- 3 Warenauswahl; Offerte, Vorschlag

Heimatkreisgemeinschaften



Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Allensteiner „auf Schalke“

Gelsenkirchen – Freitag, 16. September, bis Sonnabend, 17. September, Hotel St. Petrus, Propsteikirche und (neu) Bistro AufSchalke, Parkallee 1, 45891 Gelsenkirchen: Jahrestreffen mit folgendem Programm: Freitag, 16. September, 16 Uhr: Stadtversammlung im Hotel St. Petrus, Sonnabend, 10 Uhr: Gottesdienst in der Propsteikirche mit Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel, anschließend: Besuch des Heimatmuseums „Treudank“, 13 Uhr: Treffen im Bistro, 15 Uhr: Feierstunde und Feier. Die Veranstaltung endet um 20 Uhr.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkrestreffen mit Kreistagsitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 1. bis Sonntag, 2. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkrestreffen, Sonnabend, 1. Oktober, ab 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade und Kreistagsitzung. Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade.



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Patenschaftsjubiläum

Duisburg – Freitag, 14. Oktober, 14 bis 18 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg und Duisburger Stadtmuseum: Festveranstaltung zum 70-jährigen Patenschafts-Jubiläum Duisburg-Königsberg mit folgenden Programmpunkten: Verleihung von zwei Königsberger Bürgermedaillen, Vorträge von Hans-Dieter Meyer (Königsberger Theater- und Musikleben) und Professor Steffen Dietzsch (Immanuel Kant), Verabschiedung des langjährigen Leiters des Museums Stadt Königsberg, Lorenz Grimoni. Klaus Weigelt, Vorsitzender

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 15. Oktober, 11 bis 15 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg: Satzungsmäßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen zum Vorstand, siehe auch Königsberger Bürgerbrief 99, Sommer 2022, Seite 60. Klaus Weigelt



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Memelländer in Berlin

Berlin – Mittwoch, 21. September, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolanufer 6: Herbsttreffen. Aus organisatorischen Gründen ist eine kurze Anmeldung auf dem Anrufbeantworter unter Telefon (030) 40100473 oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online bis zum 17. September erforderlich.

Hans-Jürgen Müller



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Kassenprüfung und Kreisausschusssitzung

Bad Nenndorf – Freitag, 16. September, 17 Uhr, Sitzungsraum „Luzern“, Grandhotel Esplanade: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2021 und im Anschluss die Kreisausschuss-Sitzung (KAS); die KAS wird am Sonnabend, 17. September, ab 10 Uhr, fortgesetzt.

Heimatkrestreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 17. bis 15 Uhr, bis Sonntag, 18. September, ab 10 Uhr, Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Heimatkrestreffen. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net mitzuteilen.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkrestreffen

Herne – Sonntag, 18. September, 9 Uhr Einlass, Beginn: 11.30 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkrestreffen. Die Heimatstube ist am Sonnabend, 17. September, nicht geöffnet, dafür am Montag, 19. September, sowie regulär am Dienstag, 20. September.

Reise der Kreisgemeinschaft

Für das nächste Jahr ist eine Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Inter-

resse melden Sie sich bei Christel Sender per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de oder unter Telefon (0209) 207614 oder bei Nischik unter Telefon (02366) 936916, per E-Mail: j.nischik@t-online.de.

Friedhof

Fröhlichshof – Nach pandemiebedingter Pause hat der Dialogkreis in diesem Sommer wieder einen historischen Friedhof im Kreis Ortelsburg instandgesetzt. Fröhlichshof [Wessolowen] war das Ziel der Gruppe. Die Vorarbeit wurde bereits im März dieses Jahres durch die freiwillige Feuerwehr, der Dorfvorsteherin sowie weiteren Freiwilligen geleistet, die das grobe Gestrüpp beseitigt haben. Im zweiten Schritt wurden die alten Pfosten des Zauns ausgebessert und gestrichen sowie ein neuer Maschendrahtzaun gezogen. An den Unkosten für das Material hat sich die Kreisgemeinschaft finanziell beteiligt. Am 11. Juli fanden die letzten Arbeiten am Friedhof statt. Die Gruppe aus der Bundesrepublik wurde dabei von weiteren Freiwilligen unterstützt. Fast 50 Grabeinfassungen wurden angehoben, teilweise lagen diese unter der Grasnarbe. Der Friedhof ist jetzt wieder als solcher erkennbar. Ein ausführlicher Bericht und Bilder folgen im Heimatboten 2023.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 16., bis Sonnabend, 17. September, Bergström Hotel Lüneburg, Bei der Lüner Mühle und Ostpreussisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38: Jahrestreffen mit Feierstunde am Sonnabend, 17. September, ab 12.30 Uhr, Raum „Lagerfeld“, Hotel Bergström.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Krestreffen

Verden – Sonnabend, 24. September, ab 9.30 Uhr, bis Sonntag, 25. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Krestreffen mit Gesamt-Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung im Landhotel „Zur Linde“ in Verden Thedinghauser Straße 16.



Rößel

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. **Stellv. Kreisvertreter:** Ernst Grünheidt, **Schatzmeister:** Siegfried Schrade, **Schriftführerin:** Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin: Ursula Schlempe

37. Hauptkrestreffen

Neuss – Sonnabend, 24. September, 11 Uhr, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss: Heilige Messe mit André Schmeier, insbesondere in Gedenken an Ernst Grünheidt, der

bisher für die kirchlichen Veranstaltungen der Kreisgemeinschaft verantwortlich war. 12 Uhr: Mittagessen in der Kantine des BIZ. 13 Uhr, Berufsbildungszentrum, Hammerfeldamm 2, 41460 Neuss: Mitgliederversammlung. 14 Uhr: Hauptkrestreffen mit Plauderstunde.

Tagesordnung Mitgliederversammlung: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Gedenken der Verstorbenen, 3. Bericht des Kreisvertreter Egbert Neubauer, 4. Bericht der Mitglieder des Kreisausschusses, 5. Jahresrechnung 2020 / 2021, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Wahl des Wahlleiters, 9. Wahl des Kreistages, 10. Wahl der Kreisausschussmitglieder E. Neubauer, S. Schrade, Z. Gesella, 11. Anträge der Mitglieder, 12. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung sowie Bewerber für den Kreistag bitte bis zum 17. September an Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss oder per E-Mail an: kreisgemeinschaft-roessel@gmx.de senden.

Zum Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. sind alle heimat- und kulturinteressierten und Ortsmitglieder aus dem Kreis Rößel eingeladen. Wir freuen uns auf ein gemütliches Beisammensein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Selbstverständlich wird das Hauptkrestreffen unter Berücksichtigung der Corona Hygienevorschriften und der 3-G Regeln stattfinden. Falls sich auf Grund der Infektionslage Änderungen ergeben sollten, werden wir Sie kurzfristig darüber informieren.



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Der Filmclub der Dittchenbühne zeigt „Die „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“, Donnerstag, 22. September, 14 Uhr, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn: Kaffee und Kuchen, 15 Uhr: Filmstart, Eintritt: 10 Euro, inklusive Kaffeetafel.

Bei diesem Film aus dem Jahre 1957 handelt es sich um die Verfilmung von Thomas Manns gleichnamigen Roman, in der Regie von Kurt Hoffmann, mit Horst Buchholz als Felix Krull und Liselotte Pulver als Zaza sowie Ingrid Andree, Paul Dahlke, Werner Hinz und anderen. Das Hey-

ne-Filmlexikon lobt: „Gelungene filmische Umsetzung des unvollendeten Romans von Thomas Mann, mit der Kurt Hoffmann einen heiter-ironischen Höhepunkt in der deutschen Filmgeschichte der 50er Jahre setzte.“ Kritiker sprechen von einer „Gesellschaftssatire“.

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

„Königsberger Rot“

Die Schenkung eines Kunstwerks von Frank Popp (1941–2020)



Ein Stück Erinnerungsarchäologie wird übergeben: Pops „Königsberger-Rot“

Foto: OL

Zum Ende der Ausstellung „Königsberger Rot – Erinnerungsarchäologie, Arbeiten von Frank Popp“ im Ostpreussischen Landesmuseum erfüllt die Familie Popp das Vermächtnis des Künstlers, der 2020 verstarb und die wesentlich von ihm konzipierte Ausstellung nicht mehr erleben durfte. Das biographische Werk „Königsberger Rot“, das der Ausstellung den Titel verlieh, verbleibt als Schenkung im Ostpreussischen Landesmuseum.

Die Assemblage ist eines der Hauptwerke von Frank Popp und verknüpft die lebenslange Verbindung zu seiner Geburtsstadt Königsberg mit der eigenen Lebensgeschichte. Zu sehen sind zwei Kleidungsstücke: die Heimkehrer-Hose des Vaters, mit der er 1949 aus dem Krieg zurückkehrte und ein Arbeitshandschuh, den der Künstler 1994 in dem im Wiederaufbau befindlichen Königsberger Dom gefunden hatte. Von der Baustelle

stammen ebenfalls einige Ziegelfragmente des ehrwürdigen Gebäudes, die, zu Pigment verrieben, die Farbgebung der Tafel im typischen rotorange dominieren.

So wurde die Geschichte Ostpreußens verbunden mit den Erinnerungen und Relikten eines Sohnes der Stadt Königsberg zu einer künstlerischen Gesamtkomposition. Ein Stück Erinnerungsarchäologie eben.

Mareike Kelzenberg, Ostpreussisches Landesmuseum

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Inneres Durcheinander als Ansporn

Das Kulturfestival der Deutschen Minderheit führt grenzübergreifend in Breslau zusammen

VON CHRIS W. WAGNER

Das am 11. September in Oppeln [Opole] eingeweihte Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in der Republik Polen nennt der deutsche Botschafter in der Republik Polen, Thomas Bagger, einen „wichtigen Ort für die Mehrheitsgesellschaft, denn dann kann es die Rolle erfüllen, die ihm zugeordnet ist“. Einen Tag vor der Einweihung präsentierten sich die Deutschen in der Republik Polen mit ihrem mittlerweile traditionellen „Kulturfestivals der deutschen Minderheit in Polen“ in der Breslauer Jahrhunderthalle. Auch mit dieser Veranstaltung wollen sich die Deutschen in der Republik Polen der Mehrheitsbevölkerung von ihrer besten Seite zeigen. Das klappte zumindest insofern, als die Zeitung „Gazeta Wyborcza Breslau“ umfassend berichtete.

Wie viel Trotzpotential steckt in der Deutschen Minderheit?

Wie viele von den etwa 3500 Besuchern tatsächlich der Mehrheitsgesellschaft angehörten, lässt sich schwer sagen, da die vorherrschende Sprache mit Ausnahme der Bühne eher Polnisch war – letztlich ist dies ja auch ein Überbleibsel der sprachlichen Polonisierung der Deutschen nach 1945. Doch genau diese findet derzeit ihre Fortsetzung, nachdem die polnische Regierung zuletzt Mittel für den muttersprachlichen Unterricht gekürzt hatte – wohlgerichtet nur bei der deutschen Volksgruppe und nicht bei anderen Minderheiten im Land wie den Ukrainern, Weißrussen, Litauern oder Kaschuben. Lehrer Harry Minkus aus Braunschweig sieht in dieser Diskriminierung auch eine Chance für die Deutschen in der Republik Polen, sich von der Förderungsabhängigkeit zu emanzipieren: „Jetzt könnte quasi eine Trotzreaktion wie beim Kind eintreten, etwa eine Heilung durch Rache nach dem Motto: ‚Wir zeigen es euch, in dem wir uns jetzt mehr organisieren, mehr Initiative zeigen und noch mehr Mühe geben.‘ Jetzt könnte man zeigen, welche Trotzpotentiale in der Minderheit stecken.“ Nach Breslau reiste der Braunschweiger mit oberschlesischen Wurzeln mit seinem zwölfjährigen Sohn Niklas an. „Ich kann ihm die Heimat seines Groß-



Das Wandern ist des Deutschen Lust: Die Sektion Kattowitz des Deutschen Alpenvereins (DAV) präsentierte sich zum Kulturfestival in der Breslauer Jahrhunderthalle
Foto: Chris W. Wagner

vaters nicht so vermitteln, wie es mein verstorbener Vater bei mir konnte. Deshalb brauche ich oberschlesische Eindrücke und Komplizen“, sagt Minkus. So konnte Niklas beobachten, dass die Menschen „viele deutsche Zeichen trugen und

dass gleichzeitig viele Polnisch sprechen. Dieses innere Durcheinander der ihn umgebenden Personen gibt ihm Rätsel auf. Und somit ist er mitten in der komplizierten Identität der Deutschen in Polen“, berichtet Minkus.

92-Jährige will wieder dabei sein

Aus Danzig reiste die 92-jährige Hedwig Erika an. Alle zwei Wochen fährt sie mit der S-Bahn nach Gdingen [Gdynia] zu den Treffen der deutschen Gesellschaft, denn die Danziger Gruppe gibt es nicht mehr.

Es ist ihr drittes Kulturfestival in Breslau und sie hofft, auch beim nächsten in drei Jahren dabei zu sein. „Ich bin alleinstehend und freue mich immer, wenn ich Deutsch sprechen kann, man verlernt es ja sonst. Zusammenhalt ist wichtig“, sagt sie und freut sich am Anblick von Kindern mit deutschen Fähnchen in der Hand. Angesprochen, erklären sie in polnischer Sprache, dass sie aus der Republik Polen kommen, genauer aus Waldenburg [Walbrzych], und ihre Mutter habe sie nach Breslau mitgenommen.

Während sich auf der Bühne Musik- und Tanzgruppen präsentieren, diesmal sind auch Deutsche aus der Ukraine dabei, informieren die verschiedensten Organisationen nicht nur aus der Deutschen Minderheit über ihre Aktivitäten.

Die Stiftung „Militärtechnik und Enzian“ (Technika militarna i górska szarotka) präsentiert sich zusammen mit der Kattowitzer Sektion des Deutschen Alpenvereins (DAV) an einem Stand und zeigt, dass das Wandern eben auch eine deutsche Tradition ist. Der leidenschaftliche Wanderer und Schlesienreiseführer Thomas Maurck aus Jauernick in dem zur Bundesrepublik Deutschland gehörenden Reststück Schlesiens nutzt den Sonnabend, um Werbung für eine Veranstaltung im oberschlesischen Malapane [Oziemek] zu machen. Es ist eine Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, des Museums des Hüttenwesens Malapane und des polnischen Vereins der Malapaneniederung (Stowarzyszenie Dolina Malej Panwi) und soll die kaum bekannten Beziehungen Alexander von Humboldts zu Schlesien beleuchten.

Am 17. September referiert Maruck im Hüttenmuseum zu Malapane über den deutschen Forschungsreisenden Humboldt und den Osten. In der Jahrhunderthalle erfuhr Maruck nun vom Oberschlesier Matthias Lempart, der während der Tagung in Malapane über Wilhelm von Humboldt als Schlossherren von Ottmachau [Otmuchów] sprechen wird, dass die Veranstaltung „Alexander von Humboldt in Franken, Schlesien und Polen“ auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung (bit.ly/kulturstiftungvideo) ab 14 Uhr übertragen wird. Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung sind der Internetseite kulturstiftung.org zu entnehmen.

Zusätzliche Deutschstunden

Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) informiert auf seiner Internetseite vdg.pl, dass trotz der Kürzung der Ministerialmittel für den Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache einige Selbstverwaltungen beschlossen haben, zusätzliche Stunden aus dem Haushalt der Gemeinden zu finanzieren.

Die VdG-Medienreferentin Bogna Piter schreibt: „Die Antworten auf die Umfrage, die der VdG an die drei Woiwod-

schaften geschickt hat, in denen der Unterricht der Minderheitensprache von den meisten Studierenden genutzt wird, zeigen, dass der Deutschunterricht in insgesamt 39 Gemeinden aus den Mitteln der Selbstverwaltungen bezahlt wird in der Hoffnung, dass die Regelung zur Diskriminierung der deutschen Minderheit aufgehoben wird. Allein in der Woiwodschaft Oppeln trifft dies auf 33 von 54 Gemeinden zu (17 Gemeinden subventionieren eine Stunde, weitere 16 Gemeinden: zwei Stunden). In der

Woiwodschaft Schlesien zahlen für das Sprachenlernen fünf Gemeinden extra; davon sind es vier, die eine Stunde und eine Gemeinde, die zwei Stunden des Unterrichts zusätzlich bezahlen. Von 18 Gemeinden in der Woiwodschaft Ermland-Masuren, in denen Deutsch als Minderheitensprache unterrichtet wird, bezahlt eine Gemeinde für den Unterricht dieser Sprache. Dort werden weitere zwei Stunden finanziert, wodurch die Anzahl der Unterrichtsstunden in dieser Sprache unverändert bleibt.“

CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Grundpfeiler des Erfolgs

Vom Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth und seiner nationalen Bedeutung

Der Deutsche Bundestag hat vor 70 Jahren das Lastenausgleichsgesetz beschlossen, das am 1. September 1952 in Kraft trat. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christoph de Vries:

„Der Lastenausgleich auf Initiative der damaligen unionsgeführten Bundesregierung ist mit einem Volumen von circa 65 Milliarden Euro eine der größten Solidaritätsaktionen in der deutschen Geschichte. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Deutsche angesichts von Flucht, Vertreibung und Kriegsschäden völlig mittellos und hatten anfangs kaum eine Zukunftsperspektive.

Obwohl Millionen Vertriebene, Flüchtlinge und andere Kriegsgeschädigte die Hauptlast der Kriegsfolgen zu tragen



Seine Aufgabe bleibt bestehen: Das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth dokumentiert den im Rahmen des Lastenausgleichs erfassten Gesamtschaden sowie das Vertreibungs- und Aussiedlerschicksal
Foto: BArch, B 198 Bild-00050

hatten, war auch die Situation der übrigen Bevölkerung überwiegend trostlos. Deshalb war es umso beachtlicher, dass gesamtgesellschaftlich die Bereitschaft bestand, denjenigen zu helfen, denen es noch schlechter ging. Dieser Solidargedanke des Lastenausgleichs ist ein maßgeblicher Grundpfeiler für die friedvolle, wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gewesen.

Daher ist das in Bayreuth als Teil des Bundesarchivs eingerichtete Lastenausgleichsarchiv von nationaler Bedeutung. Seine Aufgabe bleibt bestehen, den im Rahmen des Lastenausgleichs erfassten Gesamtschaden sowie das Vertreibungs- und Aussiedlerschicksal zu dokumentieren.“

Das Lastenausgleichsgesetz (LAG) ist das Kerngesetz des Lastenausgleichs, der

sich nach Inkrafttreten zahlreicher weiterer ergänzender gesetzlicher Regelungen zu einem umfassenden Eingliederungs- und Entschädigungsprogramm entwickelte.

Für Millionen von Deutschen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen aus ihrer Heimat flüchten mussten oder vertrieben wurden, die ausgebombt wurden oder sonstige Vermögensschäden erlitten haben, war das Lastenausgleichsgesetz eine wirksame Hilfe zur Existenzsicherung und zur wirtschaftlichen Wiedereingliederung.

Laut Präambel des LAG bedeutete jedoch die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens. PM

GRENZLAND

Der „Stettiner Zipfel“

Die deutsch-polnische Grenze an der unteren Oder

VON WOLFGANG REITH

Stettin – Noch vor der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) hatten die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die Oder-Neiße-Demarkationslinie zur künftigen deutsch-polnischen Grenze erklärt. Sie verläuft von der tschechischen Grenze zunächst auf der Lausitzer Neiße bis zu deren Einmündung in die Oder und dann weiter auf dieser nach Norden.

Doch wer auf die Karte schaut, wird feststellen, dass die deutsch-polnische Grenze ab einem bestimmten Punkt südlich von Stettin (bei Mescherin) eben nicht mehr auf der Oder verläuft, sondern einen auffälligen Schwenk nach Westen macht, was von den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens abweicht, wonach Stettin zur Sowjetischen Besatzungszone gehören sollte, weil die Stadt ja westlich der Oder, ja sogar noch westlich des westlichen der beiden Oder-Arme liegt.



Diese Grafik zeigt deutlich die Verschiebung der Grenze nach Westen

Am 26. April 1945 hatte die Rote Armee Stettin eingenommen, und genau eine Woche später, am 3. Mai, ernannte der sowjetische Stadtkommandant den deutschen Kommunisten Erich Spiegel (1919–1984) zum Oberbürgermeister. Allerdings wurde er bereits am 26. Mai durch Erich Wiesner (1897–1968) ersetzt, während Spiegel nun Landrat von Groß-Stettin wurde, ein Amt, das er bis August 1945 ausübte. Gleichzeitig hatte aber schon ab 30. April 1945 auch der Pole Piotr Zaremba (1910–1993) mit dem Aufbau einer Verwaltung begonnen und war am 6. Mai sogar von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Stadtpräsidenten von Stettin ernannt worden. Nur zehn Tage später kam jedoch die Order, er müsse die Stadt wieder verlassen. Zaremba zog sich daraufhin nach Stargard zurück, wo er am 20. Mai seine Gruppe auflöste. Diesmal dauerte es bis zum 6. Juni, als ein sowjetischer Befehl erging, nach welchem sich Polen erneut in Stettin niederlassen dürften.

Zaremba und seine Leute kehrten folglich drei Tage später zurück und starteten einen zweiten Versuch für den Aufbau einer parallelen polnischen Stadtverwaltung. Allerdings war auch dieser nur von kurzer Dauer, denn bereits am 17. Juni wurde Zaremba einmal mehr aufgefordert, Stettin zu verlassen, und so zog er sich zwei Tage darauf nach Köslin zurück. Erst im dritten Anlauf hatte er Erfolg: Am 29. Juni 1945 teilte der sowjetische Stadtkommandant Oberbürgermeister Wiesner mit, Stalin habe endgültig

entschieden, Stettin sei nicht Teil der Sowjetischen Besatzungszone, sondern werde vielmehr der Volksrepublik Polen zugeschlagen.

Dieser Beschluss kam nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Besatzungsmacht völlig überraschend, so dass man sich noch einmal bei Marschall Schukow in Berlin rückversicherte, der am 3. Juli antwortete, Stettin sei in der Tat polnisch. Zwei Tage später musste Wiesner aus seinem Amt ausscheiden und die Verwaltung der Stadt in Gegenwart der Sowjets in die Hände des Polen Piotr Zaremba legen, der bis 1950 Stadtpräsident von Stettin blieb.

Gleichwohl gab es für eine Übergangszeit bis August 1946 noch eine polnisch kontrollierte deutsche Verwaltung, denn zum Zeitpunkt der Verwaltungsübergabe lebten wieder 80.000 Deutsche in der Stadt. Erich Wiesner war dann von August bis Dezember 1945 Oberbürgermeister von Schwerin und in den Jahren 1949 bis 1952 Landrat des Landkreises Güstrow. Erich Spiegel, Landrat von Groß-Stettin, musste am 5. Juli ebenfalls seinen Platz in der pommerischen Hauptstadt räumen und verlegte den Verwaltungssitz nach Hohenholz nördlich von Penkun, bis er im August des Jahres aus seinem Amt ausschied.

Gegen das Potsdamer Abkommen

Bereits am 10. Juli 1945 setzte die neue polnische Administration eine „vorläufige Demarkationslinie“ fest, die von der bisher vorgesehenen Grenze abwich. Zwei Monate später, am 5. September, legten dann sowjetische und polnische Behörden den genauen Grenzverlauf fest, wobei zusätzliche westlich der Oder gelegene Gebiete aus dem Machtbereich der Sowjetischen Besatzungszone an die Volksrepublik Polen fielen und die Grenze somit weiter nach Westen verschoben wurde. Insgesamt handelte es sich um mehr als 850 Quadratkilometer, die in jener Zeit im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen den Besitzer wechselten, was in der Folge auch mit einer Vertreibung der deutschen Bevölkerung einherging. Trotz des Drängens der polnischen Regierung machten die USA bei der Potsdamer Konferenz allerdings deutlich, dass sie einer westlichen Verschiebung der Linie, die nach alliierter Vereinbarung ja auf der Oder verlaufen sollte, nicht zustimmen würden. Gleichwohl beriefen sich die polnischen Kommunisten auf frühere Unterredungen mit Stalin, in denen dieser einen Grenzverlauf westlich der Oder von Swinemünde bis Greifenhagen markiert hatte.

Willkür Stalins

Diese Karte mit den Eintragungen Stalins legte Schukow Mitte September 1945 vor, und sie war schließlich auch die Grundlage für den Schweriner Grenzvertrag vom 21. September jenes Jahres, einem sowjetisch-polnischen Abkommen, das die Westgrenze Polens im besagten Abschnitt und damit den nördlichen Teil der Oder-Neiße-Linie festlegte. Mit diesem Vertragswerk erhielt Polen ein rund 930 Quadratkilometer großes Gebiet westlich der Oder, das unter dem Begriff „Stettiner Zipfel“ bekannt wurde. Die exakte Beschreibung des Grenzverlaufs – entlang einer Linie, die oberhalb von Gartz an der Oder nach Norden bis westlich von Swinemünde führt, – erfolgte am 30. September, seine Markierung zwischen dem 4. und dem 8. Oktober 1945.

Auch nach der offiziellen Übergabe des Territoriums an Polen, die am 4. Oktober stattfand, blieben die chemischen Werke in Pölitz sowie Teile des Hafens von Stettin noch bis Ende 1947 unter sow-

jetischer Kontrolle. Ebenso erfolgten 1947 nochmals kleinere Korrekturen der Grenze, womit weitere westlich der Oder gelegene Landstriche Polen zufielen.

Zwischen 1945 und 1947 gab es zudem immer wieder Versuche von polnischer Seite, eigenmächtig die Grenze nach Westen hin zu verschieben, so etwa, als polnische Streitkräfte einen zehn Kilometer breiten Streifen zwischen Schwedt und Gartz besetzten.

Swinemünde

Die Stadt wurde am 5. Mai 1945 von der Roten Armee eingenommen. Für die Zeit nach dem Krieg sahen die alliierten Pläne eine Teilung Swinemüdes vor. Noch in

der Oder (Westoder), auf der sie bis dahin verläuft, und schwenkt nach Nordwesten, wo sie sich auf 55 Kilometern Länge bis zur Ostsee zwischen Ahlbeck und Swinemünde über Land hinzieht. Unmittelbar dort, wo die Grenze vom Verlauf auf der Westoder nach Norden hin den Schwenk nach Westen macht und über Land weiterführt, liegt der kleine Ort Staffelde, der verwaltungsmäßig zum benachbarten Mescherin gehört.

Von 1945 bis 1951 lag er in einer Art unbewohntem Niemandsland, da nicht feststand, wie die neue Grenze endgültig verlaufen würde. Erst mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR 1950 und der damit verbundenen Festlegung



Grenzlinie an der Europa-Promenade zwischen Ahlbeck und Swinemünde

den ursprünglichen Entwürfen hieß es, die künftige Grenze solle „durch“ Swinemünde verlaufen, was erst in den Verhandlungen in Potsdam auf Wunsch Stalins in „unmittelbar westlich von Swinemünde“ abgeändert wurde. Gleichwohl war auch hier nach dem Ende der Kampfhandlungen eine deutsche Verwaltung unter Bürgermeister Max Schuhart entstanden, und ebenso wurde in der Person von Willy (Wilhelm) Stange ein Landrat eingesetzt, dem vom 23. September 1945 bis Januar 1946 Heinrich Kasten folgte.

Bereits im Mai und Juni 1945 hatten sich allerdings auch polnische Verwaltungen in Swinemünde etabliert, die aber jedes Mal von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Rückzug gezwungen wurden. Als Anfang Juli ein dritter Anlauf unternommen wurde, leisteten die Sowjets keinen Widerstand mehr, und vom 4. bis zum 6. Oktober des Jahres – nach dem Schweriner Grenzvertrag und der nachfolgenden Inbesitznahme des „Stettiner Zipfels“ – übergaben die Sowjets auch hier die Verwaltung in die Hände der Polen.

Mescherin – Staffelde – Neurochlitz

Zwei Kilometer nördlich von Mescherin verlässt die deutsch-polnische Grenze

den dann einige „Altbürger“ sowie Umsiedler aus dem sächsischen Kreis Rochlitz dort ein neues Dorf, das sie Neurochlitz nannten und das 2003 zusammen mit den Nachbarorten Radekow und Rosow nach Mescherin eingemeindet wurde. Gleichwohl stammt das älteste Gebäude in Neurochlitz bereits von 1901, eine kleine Holzkirche nämlich westlich der B 2, die vor 1945 dort einsam stand.

Korswandt

Am östlichen Rand des Ortes liegt der 1,4 Kilometer lange und 450 Meter breite Wolgastsee, dessen Ostufer die Grenze zu Polen bildet. Schaut man auf die Karte, so wird man feststellen, dass hier der Grenzverlauf besonders weit nach Westen vorgeschoben ist, und tatsächlich erfolgte dort die letzte Grenzveränderung nach 1945. Nachdem die Regierungen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik im Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 die Oder-Neiße-„Friedensgrenze“ als verbindlich festgelegt hatten, meldete die polnische Seite allerdings noch ein „grundsätzliches Abweichen des Grenzlinienverlaufs in einer spitzen Nase westlich Swinemünde“ an. Der Grund: In diesem 150 Hektar großen Waldgebiet lag das Wasserwerk von Swinemünde, das folglich „als polnisches Territorium mit erfaßt“ werden sollte. Das Bauwerk war zu jenem Zeitpunkt noch durch eine sowjetische Dienststelle belegt, doch wurde, wie es hieß, die Grenze bald „entsprechend diesem Antrag ... markiert.“

Am 11. Juni 1951 fand dann die förmliche Übergabe der „Nase“ östlich von Korswandt statt. Dabei anwesend waren der Offizier der Deutschen Grenzpolizei der DDR, Horst Wierandt, begleitet von Gennadi Filippow, einem Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, und der polnische „Leiter der Kommunalbehörden von der Gauleitung Stettin“ (sic!) – wie er sich im Übergabeprotokoll selbst nannte –, Felix Kazmierczak. Diese drei Personen legten folglich mit ihren Unterschriften den endgültigen, bis heute bestehenden Grenzverlauf auf Usedom fest, was durch den deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 völkerrechtlich sanktioniert wurde. Als Kompensation erhielt die DDR damals von Polen ein Gebiet entsprechender Größe an der Oder im Bereich Staffelde übertragen.

Brisantes Thema

Eigentlich hätten die genannten Vorgänge im Zuge der Gespräche über den deutschen Einigungsprozess im Jahr 1990 („Vier-plus-Zwei-Verhandlungen“) zumindest zur Sprache kommen müssen, selbst wenn das den Grenzverlauf nicht mehr verändert hätte, doch es steht zu vermuten, dass man stillschweigend darüber hinwegging, da es eine gewisse Brisanz enthielt, welche die Verhandlungen ins Stocken oder sogar zum Scheitern gebracht hätten.



Grenzverlauf in idyllischer Dünendlandschaft zwischen Ahlbeck und Swinemünde
Fotos: Reith (2)

„In einem katastrophalen Zustand“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Heutzutage ist eine Zeitung wie die Ihre einfach großartig!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 35

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VORBILDliches BAYERN ZU: BITTERE ABRECHNUNG MIT MARKUS SÖDERS CSU (NR. 33)

Vielen Dank für die Besprechung des Buches „Ich will meine CSU zurück“ von Florian Stumfall. Mit Blick auf die Politik der alten CSU schreibt der Rezensent zu Recht: „Die Erfolge in puncto Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung und innere Sicherheit konnten sich sehen lassen“ (was eher noch untertrieben ist).

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese Erfolge nur vor dem Hintergrund spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse in Bayern möglich waren. Zu nennen sind insbesondere: im Verhältnis zum Durchschnitt der Bundesrepublik ein besonders hoher Anteil praktizierender Christen, unterdurchschnittliche Scheidungsraten, weniger Kinder, die bei nur einem Elternteil aufwachsen, geringere Fremdbetreuung von Kindern im Vorschulalter, deutlich weniger verhaltensauffällige und sonstig kranke (allergische) Kinder bei den Schuleingangsuntersuchungen und deutlich weniger Kinder ohne jeglichen Schulabschluss.

Interessant ist auch die Stärke der Hauptschule und der geringere Anteil von Kindern, die auf weiterführende Schulen übergangen. Also: Meister statt Master.

Ansonsten freuen wir uns weiter auf die Beiträge von Herrn Stumfall in der PAZ.

Dr. Hansjürgen Bals, Werder

EIN KARDINALFEHLER ZU: BERLIN RINGT MIT DEN FOLGEN SEINER EIGENEN POLITIK (NR. 34)

Deutschland steckt in einer politisch gemachten Krise. Seit fast zwölf Monaten (von möglichen 48) versucht die Ampelregierung in der gegenwärtigen Legislaturperiode Politik zu gestalten. Sie versucht es. Und ja, gearbeitet wird dort bestimmt – aber gestaltet, wenn ja, was und wie?

Für ihre Ideologie opfern deren Politiker die Energiesicherheit ihrer Bürger/

Wähler. Ein Kardinalfehler. Ebenso ein schwerwiegender Fehler ist die Sanktionspolitik gegen Russland. Vollmundig propagierte Ministerin Baerbock vom Auswärtigen Amt Sanktionen als „Bestrafungen“ gegen Putin. Der Kanzler ist dabei, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Zum Beispiel in einer durchgeknallten Energiewende ortet er sich auf dem richtigen Weg.

Unser Land befindet sich in einem katastrophalen Zustand, und nun noch 36 Monate? Kritiker werden von Kanzler Scholz und Ministerin Faeser als Demokratiefeinde an den Pranger gestellt. Angesichts der oben beschriebenen Fakten ist das eine Dreistigkeit. Es ist unglaublich, was sich in der Republik abspielt. Was, wenn nicht sofortiger Politikwechsel in der aktuellen Bundesregierung möglich ist, wäre nun eigentlich zu tun?

Karl-Heinz Rieger, Kiel

DAS KREUZ MIT EINEM KREUZ ZU: EINE INSEL VOLLER KIRCHEN (NR. 35)

Über diesen Artikel habe ich mich besonders gefreut, da ich Nessebar selbst schon besucht und einige der dortigen Kirchen besichtigt habe. Das Foto der Autorin zeigt die beeindruckende Pantokratorkirche, die eine Besonderheit aufweist, welche man auf dem Bild nicht erkennen kann: Um die Außenfassade des Gebäudes herum zieht sich nämlich eine Leiste mit Hakenkreuz-Ornamenten.

Dazu erlebte ich dann etwas, das man häufig bei geschichtlich unbedarften und „politisch korrekten“ Nachkriegsdeutschen erlebt: Einige der Touristen aus unserer Reisegruppe gaben sich überrascht, ja geradezu entsetzt ob der Ornamente. Da half auch nicht die Erklärung der Reiseleiterin, hier handele es sich um typische Schmuckelemente spätbyzantinischer Architektur, die auch dazu beigetragen hätten, dass die heutige Museumsstadt Nessebar von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt worden sei, vielmehr glaubte irgendjemand immer noch

anmerken zu müssen, es handele sich um ein Symbol, das vom Nationalsozialismus missbraucht wurde und deshalb in jedem Falle und überall entfernt werden müsse. Die Nichtdeutschen unter den Touristen, aber auch die Deutschen der älteren Generation, sahen hingegen keinerlei Probleme beim Anblick der Kreuze, vermutlich auch deshalb, weil sie um den geschichtlichen Hintergrund und seine Bedeutung vor Ort wussten.

Als wir im Laufe der Weiterreise dann in die Ukraine kamen, wo an einem einzigen Verkaufsstand unter anderem Sonnenrad-Anhänger verkauft wurden, die aus zwei übereinander gelegten Hakenkreuzen bestanden, fand die völlig unnötige Diskussion ihre Fortsetzung, obwohl ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass es sich hierbei gerade für junge Menschen um einen Glücksbringer handele. Es wird wohl auch weiterhin ein ungelöstes Phänomen vieler Deutscher bleiben: Das „Kreuz“ mit dem Hakenkreuz.

Wolfgang Reith, Neuss

PUTIN LACHT SICH TOT ZU: GAZPROMS PROBLEME (NR. 35)

Zu Gazproms Problemen gehören auch unser Umgang damit sowie unsere Bemühungen, das Problem durch Entgegenkommen zu lösen, was bei manchen vorgebrachten Empfehlungen, wenn man gründlicher überlegt oder mal gerechnet hätte, absurder kaum sein kann:

Der vorgebrachte Vorschlag einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 scheint mir sehr töricht zu sein: Wie ist unser Vertrauen zu rechtfertigen, dass Putin zum einen nicht über unser Einlenken feixt und zum anderen nach kurzer Zeit auch diese Mengen unter einem leicht zu findenden Vorwand wieder einbehält? Soll das etwa einen wie ihn beeindrucken? Trotz unseres Einknickens ist dann unser Problem das gleiche geblieben.

Kaum minder töricht ist der vorgebrachte Vorschlag, den Leitungsinhalt zu beschlagnahmen. Selbst bei Stillstand und Höchstdruck beträgt der Leitungsin-

halt nicht einmal eine Million Kubikmeter. Es gibt zwei Gründe – bei Stillstand wird die Leitung kaum maximal gefüllt sein, und geringe Drücke können wegen nicht vorhandener Kompressoren nicht für eine Entnahme genutzt werden – dafür, dass die entnehmbare Menge in der Praxis deutlich niedriger sein wird. Dagegen ist die kontrahierte jährliche Bezugsmenge von 55 Milliarden Kubikmetern mindestens 55.000-Mal so hoch wie die in Beschlag nehmbar. Das soll eine wirkungsvolle Gegenmaßnahme sein? Der einzige Vorteil dieser Empfehlung besteht in einer nicht unbegründeten Hoffnung, dass Putin sich darüber totlachen kann.

Solche Vorschläge können zwar publizistisch verfangen: Hinsichtlich einer Abwendung unserer zu erwartenden Gasknappheit sind sie aber ungeeignet. Weitere, nicht kurz zu erklärende Probleme in diesem Zusammenhang werden in der Diskussion entweder heruntergespielt oder nicht einmal erwähnt. Warum gehen Krämerseelen in Politik und Wirtschaft Putin so leicht auf den Leim?

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

LOB DES NEUN-EURO-TICKETS ZU: ENDE EINES FRAGWÜRDIGEN EXPERIMENTS (NR. 35)

Warum ein so total negativer Bericht? Wir machten mit dem Neun-Euro-Ticket nur positive Erfahrungen! Meine Frau und ich nutzten dieses Ticket in den betreffenden drei Monaten insgesamt achtmal. Von Senftenberg aus, unserem Wohnort, führen wir nach Berlin, Leipzig, Dresden, Cottbus und Lübbenau teils mehrfach. Die Züge waren meist nur halbvoll. Sitzplatzprobleme gab es keine, und die Züge waren auch immer pünktlich. Das Angenehme ist auch gewesen, dass man mit diesem Ticket in den Städten ebenso den ÖPNV nutzen konnte. Wir sind sonst Autofahrer. Aber so nutzten wir halt auch mal die Regionalbahn und den ÖPNV. Die Einschätzung zu dem Ganzen in der PAZ kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Dieter Pohle, Senftenberg

ANZEIGE

Jetzt erstmals als preiswerte Sonderausgabe!

Kommen Sozialisten wieder an die Macht?

»Selten schafft es einmal ein Ökonom, mit einem Buch das breite Publikum aufzurütteln. Eine große Ausnahme bildet *Der Weg zur Knechtschaft*, jenes legendäre Buch des späteren Nobelpreisträgers Friedrich A. v. Hayek«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung*.

»Ein Jahr vor Kriegsende popularisierte Hayek damit im Londoner Exil seine in den zwanziger und dreißiger Jahren gewonnenen Überzeugungen, vor allem die These, dass jeder Planwirtschaft eine Tendenz zum Totalitarismus innewohnt und dass es keinen Mittelweg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft geben kann. (...) **Einprägsam besonders Hayeks Begründung, warum Planwirtschaft und Demokratie nicht zusammenpassen.**«

Sozialistische Utopien werden im Westen immer populärer. Die Debatte, Immobilienbesitzer zu enteignen, ist bereits im Bundestag angekommen. Der SPD-Politiker und damalige Bundesvorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, sowie Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, sehen staatliche Enteignungen von privatem Immobilienbesitz als legitim an.

Umfragen bestätigen, dass sozialistische Utopien auch in der Bevölkerung immer beliebter werden. Die Zahlen sind teilweise erschreckend.

Nie war Hayeks Sozialismuskritik wichtiger als heute!

Laut *Deutschlandfunk* legt Hayek dar, »dass Sozialismus und Faschismus im Kern gleichermaßen den Weg in die Knechtschaft ebnen: Beide zielen auf die Zerstörung von Markt, Privateigentum, Demokratie und persönlicher Freiheit. Beide laufen auf ähnlich totalitäre Beherrschung der Gesellschaft durch eine politische Elite hinaus.«

»Heute ist Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* längst ein Klassiker unter den frühen Warnungen vor einem schleichenden Totalitarismus.« *Deutschlandfunk*

Bezeichnend ist auch, dass Hayeks Buch nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem internationalen Bestseller wurde – nur im besetzten Deutschland durfte das Buch nicht verkauft werden. Die Besatzungsmächte verboten die Lektüre!

Unterschätzen Sie die Gefahr des Sozialismus nicht!



Sonderausgabe nur 14,99 €* statt 39,90 €

Friedrich A. Hayek: *Der Weg zur Knechtschaft* • gebunden • 323 Seiten • Best.-Nr. 976 700

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

GENUSSMITTEL

Der Gerstensaft der Hohenzollern

Zu Besuch auf der Prinzeninsel im Großen Plöner See, auf der „Preußens Pilsener“ ausgeschenkt wird – Ein Bier mit viel Tradition

VON HELGA SCHNEHAGEN

Schon der Makedonerkönig Philipp II. schickte seinen Sohn Alexander, den man später den Großen nennen sollte, mit seinem Lehrer Aristoteles in das weit vom quirligen Hof in Pella gelegene Mieza, damit sich der Filius ganz aufs Lernen konzentrieren konnte. Ähnlich machte es Kaiser Wilhelm II., als er sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts entschloss, alle seine Söhne zwecks geistiger und militärischer Ausbildung ins schleswig-holsteinische Plön zu schicken. Weit entfernt von den Ablenkungen am Hof.

Seitdem weht über Plön in der Holsteinischen Schweiz die Hohenzollernfahne. Denn nachdem das Plöner Schloss samt Nebengebäuden nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 an die siegreichen Preußen gekommen war, unterhielten die Hohenzollern darin bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine Kadettenanstalt. Heute ist das mächtige Schloss am Großen Plöner See als „Fielmann Akademie“ Ausbildungs- und Qualifizierungsstätte für Augenoptiker und Hörakustiker.

Daneben ließ Wilhelm II. seine Söhne ab 1901 auf der vorgelagerten Prinzeninsel die Grundzüge der Landwirtschaft erlernen und die Botanik studieren. Schließlich kaufte er 1910 sogar die ganze Insel. Während das Schloss verloren ging, ist die Insel bis heute Eigentum des Hauses Preußen geblieben und für die Öffentlichkeit zugänglich. Genau genommen ist es nur eine Halbinsel, denn seit im 19. Jahrhundert der Wasserstand des Sees abgesenkt wurde, ist sie über eine zwei Kilometer lange Landbrücke – ausschließlich Fuß- und Radweg – mit dem Ufer verbunden.

Am Ende angekommen, steht man vor dem Niedersächsischen Bauernhaus, dem Zentrum der einstigen Prinzenfarm. In der Pandemie-Pause saniert und innen neu gestaltet, ist der historische Fachwerk-Strohdach-Bau seit Mitte April 2021 als Café und Restaurant wieder geöffnet. Seitdem wehen hier die Fahnen von Preußens Pilsener, prangt auf den Sonnenschirmen der Terrasse die nämliche Auf-



Elder Biergenuss: Preußens Pilsener

Foto: Roland Beck

schrift. Stilecht servieren die Hohenzollern hier Gerstensaft aus der eigenen Königlich Preußischen Biermanufaktur.

Friedrich der Große war Bierbrauer

„Leider hatte man mir keine Brauerei hinterlassen“, so der heutige Chef des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen. „Daher kam die Idee, eine eigene Brauerei zu gründen.“ Und das ausgerechnet bei einem geselligen Weinabend mit seinem Freund, dem Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeld (CDU). „Als wir beide am nächsten Morgen die Idee immer noch gut fanden“, so der Prinz, „schritten wir zur Tat. Denn Bier hat mich schon immer interessiert. Schließlich bin ich in Bremen geboren und hier trinkt man Bier.“

Doch es gibt auch vielfältige historische Bezüge. Schon Kurfürst Johann Ge-

org von Brandenburg (1525–1598) hatte die Bierbrauer als eigene Zunft anerkannt. Der Große Kurfürst (1620–1688) erhob dann allerdings Bierzins. Friedrich der Große (1712–1786) musste wie alle Preußenprinzen ein Handwerk erlernen. Auf Betreiben seines Vaters, des Soldatenkönigs, erlernte er das Brauereihandwerk. Hatte für Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) der Gerstensaft doch einen hohen Stellenwert. Er selber trank ihn bei seinen berühmten Tabakskollegien.

Später sagte Friedrich II.: „Ein jeder Brauer und gemeine Mensch gewöhnt sich jetzt zum Kaffee. Wird das ein bisschen eingeschränkt, so müssen sich die Leute wieder an das Bier gewöhnen, denn das ist zum Besten ihrer eigenen Bierbrauereien. Übrigens sind Seine Königliche Majestät Höchstselbst mit Biersuppe erzogen worden. Ihre Väter kannten nur

Bier, und das ist das Getränk, das für unser Klima passt.“

Auch die folgenden Generationen frönten dem Bier. Königin Luise soll zum Starkbier im Sommer Erdbeeren gegessen haben. Und als Kaiser Wilhelm II. im April 1900 seinen Freund Max Egon II. zu Fürstenberg auf dessen Schloss in Donaueschingen besuchte, schmeckte ihm das Fürstenberg-Bräu so gut, dass er es zum „Tafelgetränk seiner Majestät“ erhob. Zuvor schon hatte Bismarck das Bier der Fürstenberger zu seinem „Haustrunk“ gemacht.

Nach Reinheitsgebot gebraut

Der Weg zur eigenen Brauerei hat allerdings auf sich warten lassen. Doch seit 2017 braut auch das Haus Preußen sein eigenes Pils. „Auf die ersten Flaschen haben meine Kinder die Etiketten noch mit

dem Prittstift selber geklebt“, erinnert sich Prinz Georg und fährt fort: „Die Burg Hohenzollern war dann die Keimzelle, der Testmarkt.“

Nach der positiven Resonanz wurde die erste große Charge über Getränke Ahlers in Ostwestfalen, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein vertrieben. Natürlich gibt es das Preußens weiterhin verstärkt auf der und um die Burg Hohenzollern und demnächst auch im Rheinland. Auf der Burg wird es sogar von Fass gezapft.

Der Gerstensaft kommt an. Das Unternehmen schreibt von Anfang an schwarze Zahlen. Für dieses Jahr wird der Verkauf von 20.000 Hektolitern angepeilt. Diese Menge dürfte sich bald ändern, wenn auch die Chinesen an Preußens Pilsener Geschmack finden. Die Weichen sind gestellt.

Dafür ist Prinz Georg persönlich nach Tsingtau in China gereist. Dort hatten deutsche Siedler bereits 1903 eine erste Brauerei gegründet. Daraus hat sich bis heute die zweitgrößte Brauerei der Volksrepublik entwickelt. „Nach dem Besuch in der traditionellen Bierstadt“, so Prinz Georg, „habe ich die Chinesen für den Import meines Biers gewinnen können. Spätestens in einem halben Jahr wird Preußens Pilsener vor Ort sein. Hauptsächlich in Fünf-Liter-Fässern sowohl für die Gastronomie als auch für den Fachhandel.“

Hergestellt wird Preußens Pilsener im Herzoglichen Brauhaus Wolters in Braunschweig. Dort, wo übrigens auch Hemeinger gebraut wird. Verantwortlich für die Qualität ist Braumeisterin Tanja Mühlbach. Ausgebildet an der TU Weihenstephan in München, hat sie die Rezeptur für die Marke zusammen mit dem Hausherrn und Mitgeschäftsführer Mattfeld entwickelt. Dazu wird das geschmacklich zwischen Pils und Export angesiedelte klassisch-herbe Bier selbstverständlich nach dem deutschen Reinheitsgebot von 1516 gebraut. Bis jetzt gibt es nur eine Sorte und auch keine alkoholfreie Variante. „Das Geheimrezept liegt in der Hefekultur“, verrät Prinz Georg. Der Rest ist allgemein bekannt.

GESUNDHEIT

Heilung mit digitalen Mitteln

Die Einführung eines elektronischen Rezepts vom Arzt kommt nicht richtig in die Gänge – Datenschutz wird zum Stolperstein

Schon gemerkt? Wir befinden uns im E-Zeitalter. Alles läuft elektr(on)isch ab: E-Mail, E-Auto, E-Bike und nun auch das E-Rezept. Mit der elektronischen Übermittlung von Medikamenten-Verordnungen soll man sich den Gang in die Arztpraxis sparen. Der Arzt schickt das E-Rezept auf digitalem Weg an den Patienten nach Hause, der das Rezept dann in der Apotheke einlösen kann. Sollte es soweit sein, werden die Patientendaten nicht mehr durch verschiedene Hände gereicht. Angaben zur Person, Diagnosen und Indikationsschlüssel bleiben den Augen von Fremden verborgen.

Damit die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorangebracht werden kann, ist das Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) auf den Weg gebracht worden, das im September 2020 vom Bundesrat gebilligt wurde. Damit war der Weg frei für die digitale Patientenakte, die alle Medikamenten-Verordnungen, Arztberichte oder Krankheitsbefunde enthält.

Dreh- und Angelpunkt ist dabei der QR-Code, der zur Übermittlung verwen-

det wird. Diesen Code, den der Patient vom Arzt erhält, zeigt er in der Apotheke vor, um Medikamente zu erhalten, beim Physiotherapeuten, wenn es um eine Verordnung für Krankengymnastik geht, oder beim Facharzt, wenn eine Überweisung ausgestellt worden ist. Angestrebt wird eine rein digitale Verwendung des QR-Codes, aber für die Übergangszeit ist auch ein Ausdruck auf Papier denkbar.

Doch die Realität beim E-Rezept sieht anders aus. Am 1. September sollte die elektronische Version des rosa Rezeptes nun an den Start gehen. Zunächst einmal in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein. Doch im Norden der Republik wurde der Start in letzter Minute abgesagt. Ausgerechnet der Datenschutz wird zum Stolperstein für die moderne Technik. Die Landesdatenschutzbeauftragte in Schleswig-Holstein untersagte das Verschicken des E-Rezept-Tokens per E-Mail. Damit ist der einfachste Weg der Nutzung für den Patienten ausgeschlossen. So sieht es die Kassenärztliche Vereinigung in Schleswig-Holstein (KVSH) und will

deshalb den Start des E-Rezeptes zum jetzigen Zeitpunkt doch nicht wagen.

Als Alternative zum Versand per E-Mail gibt es die gematik-App, die jedoch die Nutzung eines entsprechend ausge-

rüsteten Smartphones voraussetzt. Flächendeckend in allen Altersklassen verbreitet, sind diese so bestückten, mobilen Telefone aber noch nicht. Deshalb ist die gematik-App für die KVSH aktuell keine



Sieht in der Theorie einfach aus: Per QR-Code das E-Rezept in der Apotheke einlösen

Alternative zum Versand per E-Mail. Hier wird erst einmal abgewartet, ob sich das E-Rezept als technisch umsetzbar und alltagstauglich erweist. Anders formuliert: Erst einmal schauen, welche Erfahrungen die Kollegen in Westfalen-Lippe machen und wie die das E-Rezept bewerten.

Allzu lange warten können die Holsteiner und die übrigen Bundesländer nicht. Die elektronische Verordnung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ist in der Telematik-Infrastruktur verpflichtend vorgegeben. Starttermin war in diesem Jahr. Auch die Überweisungen zu Fachärzten sollen Patienten in Zukunft über ihr Smartphone erhalten.

Das Ziel ist, das alle Verordnungen und Überweisungen mit der elektronischen Gesundheitskarte übermittelt und eingelöst werden können. Wenn es nach der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe geht, sollte das in drei Monaten der Fall sein. Das könnte gelingen. Dann ist Weihnachten. Und da gehen Wünsche ja bekanntermaßen manchmal in Erfüllung. *Stephanie Sieckmann*

● FÜR SIE GELESEN

Eine moderne Krimifabel

Ein naives Nilpferd namens Manfredo ist entsetzt, hat es doch gesehen, wie jemand in einem Haus gegenüber der Oper von Buenos Aires ermordet wurde. Da keine Leiche gefunden wurde, glaubt ihm niemand außer sein Lehrer, Professor Unamuno, eine Schildkröte. Das tierische Paar ist verängstigt, aber auch entschlossen, den mutmaßlichen Täter zu überführen.

Bei Bijan Nowrouzians „Denn was nicht ewig ist“ handelt sich um eine ungewöhnliche, moderne Krimifabel aus deutschen Landen, in der die animalischen Helden mit menschlicher technischer Ausstattung unterwegs sind. Ein moralischer Bezug, der am Ende einer Fabel stehen sollte, fehlt allerdings oder ist nicht wirklich zum Ausdruck gekommen.

Dennoch sind die Abenteuer, die in der Pampa außerhalb von Buenos Aires stattfinden, spannend und wortgewandt geschildert. *Angela Selke*



Bijan Nowrouzian: „Denn was nicht ewig ist. Ein Opernkrimi“, Frie-ling Verlag, Berlin 2022, broschiert, 103 Seiten, 10 Euro

RATGEBER

Gute Handy-Fotos

Aktuelle Tipps für perfekte Aufnahmen mit dem Smartphone gibt es aus der Reihe „Für Dummies“



FOTO: IMAGOWESTEND61

Fotografie mit Android-Smartphones lautet das Thema des neuen Ratgebers aus der Reihe „Für Dummies“. Der Reisefotograph Mark Hemmings, der mit digitalen Spiegelreflex-, Kompaktkameras und mobilen Geräten aller

führenden Hersteller gearbeitet hat, geht in seinem Ratgeber auf die beste Selfie-Technik sowie auf mögliche Einstellungen ein. Der Nutzer erfährt vieles über sein Handy, was er bisher vielleicht noch nicht wusste. *MRK*



Mark Hemmings: „Android-Smartphone-Fotografie für Dummies“, Wiley Verlag, Weinheim 2022, broschiert, 318 Seiten, 22 Euro

GESCHICHTE

Womit spielten unsere Ururgroßeltern?

Ein Bildband zeigt anhand von Kinderspielzeug die Entwicklung der Industrialisierung in Deutschland, ausgehend von berühmten Spielzeugmarken zu Beginn des 20. Jahrhunderts

VON SILVIA FRIEDRICH

Interessanter hätte man einen Umschlag des Buchs „Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“ nicht gestalten können. Zu sehen ist eine alte Schwarz-Weiß-Aufnahme des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin auf einer Ansichtskarte um 1900, in die farbige zeitgenössische Spielzeuge verschiedener Firmen hineingemontiert wurden, wie Märklin, Göppingen, ein Patentwerk Ernst Paul Lehmanns aus Brandenburg an der Havel und der Gebrüder Bing aus Nürnberg. Die eingefügten Spielzeuge, wie ein Doppeldeckerbus sowie ein Anhängerwagen und farbige Straßenlaternen, stellen den Berliner Verkehr der Jahrhundertwende dar.

Die Titelgestaltung weckt unmittelbar das Interesse des Lesers. Zur gleichnamigen Sonderausstellung des Brandenburg Preußen Museums in Wustrau am Ruppiner See im vergangenen Jahr erschien begleitend das Buch „[K]ein Kinderspiel. Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“, herausgegeben von Christian Arpasi und Andreas Bödecker, die beide mit der Geschichte Brandenburg-Preußens eng verbunden sind. Bödecker leitet das im Jahr 2000 von seinem Vater gegründete Privatmuseum in Wustrau, und Arpasi ist nach langjähriger Mitarbeit in der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten seit 2020 wissenschaftlicher Leiter des Wustrauer Hauses.

Obwohl zu einer Ausstellung erschienen, kann dieses Buch zweifellos für sich

stehen, denn der Informationsgehalt ist äußerst umfangreich. Es ist anschaulich gestaltet, interessant, tiefgreifend und spannend zu lesen, ganz abgesehen von der Fülle an Bildmaterial, die von der Macht her ihresgleichen sucht.

Dass Spielzeug immer auch ein Abbild der Gesellschaft und ihrer zeitgenössisch geltenden Normen ist, dürfte bekannt sein. Doch welche Dinge wurden produziert, wer durfte womit spielen und wer stellte die Spielzeuge her?

Die Eisenbahn revolutionierte die Industrialisierung

„Kleine Spielzeuge spiegeln die großen gesellschaftlichen Veränderungen“, sagen die Autoren, somit werde die Geschichte der Industrialisierung in diesem Buch aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel erzählt. „Mit der Eisenbahn kam Deutschlands späte Industrialisierung in Fahrt“, heißt es gleich zu Anfang in einem Kapitel.

So gelang es August Borsig in der Berliner Chausseestraße mit der ersten eigenständig in Deutschland entwickelten Lokomotive „Beuth“ im Jahre 1844 innerhalb eines Jahrzehnts, den technischen Fortschritt der Engländer von über 20 Jahren einzuholen und eine marktbeherrschende Stellung im Lokomotivbau zu erlangen.

Das gesamte Transportwesen wurde durch die Eisenbahn revolutioniert. Somit wünschten sich viele Jungen aus gutbetuchten Familien solches Spielzeug auch im heimischen Kinderzimmer. Die bereits erwähnten Spielzeughersteller zo-

gen schnell nach und bauten Modellversionen des neuen Verkehrsmittels und auch das Zubehör durfte nicht fehlen.

Kein Geringerer als der dreijährige Sohn Napoleons III., Prinz Napoleon Eugène Louis Bonaparte, bekam 1859 als erstes Kind eine komplette Eisenbahnanlage in den Schlosspark von Saint Cloud gebaut.

Doch das bis heute noch faszinierende Spielzeug der Ururgroßväterzeit verbirgt leider die Schattenseiten der Epoche. Heim- und Kinderarbeit waren zu dieser Zeit noch gang und gäbe. Aber auch für andere Familienmitglieder, die in Heimarbeit Dinge herstellten, führten Chemikaliendämpfe und Staubentwicklung in den dunklen, engen Wohnungen zu vielen Krankheiten und schließlich auch Todesfällen.

Selbst wenn man die Ausstellung nicht gesehen hat, kann man sich mit diesem Buch selbst ein großartiges Geschenk machen, stellt es doch eine wichtige Dokumentation und einen Augenschmaus für historisch Interessierte dar.



Christian Arpasi/Andreas Bödecker: „[K]ein Kinderspiel. Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“, Be.bra Verlag, Berlin 2021, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro

ASTRONOMIE

Wettlauf ins Weltall

Der britische Publizist Stephen Walker erzählt in einem spannenden Buch die Geschichte der sowjetischen und US-amerikanischen Raumfahrt

VON DIRK KLOSE

Die Faszination der Raumfahrt ist heute verblasst. Aber vor 60 Jahren, als mit den Sowjets Jurij Gagarin und German Titow und den Amerikanern Alan Shepard und John Glenn die ersten Menschen in den Weltraum flogen, war das Gefühl allgemein, dass die Menschheit an einer neuen Schwelle ihrer Entwicklung steht.

Der britische Publizist und Dokumentarfilmer Stephen Walker hat in einem spannenden Buch die Anfänge der Raumfahrt nacherzählt und dabei den Schwerpunkt auf den ersten Flug von Gagarin gelegt. Ab 1957 begann der Wettlauf ins All zwischen der UdSSR und den USA. 1957 wurden die ersten Tiere ins All katapultiert. Ab Anfang 1961 standen ausgewählte Luftwaffenoffiziere bereit.

Walkers Buch liest sich wie ein hochspannender Thriller. Der Leser wird hineingezogen in das Geschehen auf Cape Canaveral und im kasachischen Turatam, dem heutigen „Weltraumbahnhof“ Baikonur. Er erlebt die Astronauten beziehungsweise Kosmonauten, die schier unmenschliche Härte Tests bestehen mussten, und Politiker und Techniker auf beiden Seiten: in den USA Wernher von Braun, „drüben“ den vom System streng geheim gehaltenen Ingenieur Sergej Koroljow. In der Zeit des stalinschen Terrors war er Gulag-Häftling. Nur mit knapper Not überlebte er, war aber zeitlebens so gezeichnet, dass er schon 1966 an den Spätfolgen der Haft starb.

Bis zur Hälfte des Buches berichtet der Autor von den Anstrengungen beider Mächte, dann aber konzentriert er sich auf den ersten Weltraumflug eines Menschen: auf Gagarins Erdumrundung am 11. April 1961. Auch hier gelingt dem Autor eine meisterhafte Erzählung: Er schildert den warmherzigen Gagarin, seinen Ersatzmann German Titow, der im August 1961 gleich 17-Mal die Erde umrundete, charakterisiert neben dem schwermütigen Koroljow viele Ärzte, Ingenieure und Techniker. Unmittelbar vor dem Start, als Nervosität und Aufregung nicht mehr zu kontrollieren waren, wurden selbst hartgesottene Generäle weich und weinten nach geglücktem Flug wie Kinder. Küsse und Umarmungen nahmen kein Ende.

Der Leser erlebt Gagarins 106 Minuten dauernden Flug fast minutiös mit. Die Amerikaner weckte dieser Erfolg endgültig auf. Kennedy verkündigte das ehrgeizige Apollo-Programm, was acht Jahre später zu Neil Armstrongs erster Mondlandung am 21. Juli 1969 führte.

Walkers Buch zeigt, was menschlicher Wille, Leistungsvermögen und technische Meisterschaft vermögen.



Stephen Walker: „Ins All. Die faszinierende Geschichte vom ersten Flug in den Weltall“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 574 Seiten, 26 Euro

DOKUMENTATION

Stadt der Vertreibungen. Und Stadt der Versöhnung

Gedanken über den Geist von Breslau als einer einzigartigen europäischen Stadt

VON RAFAL DUTKIEWICZ

Kurt Tucholsky hat einmal geschrieben: „Jeder anständige Berliner kommt aus Breslau.“ Als langjähriger Stadtpräsident von Breslau habe ich dieses Zitat umgedeutet und ich sage für die Gegenwart: „Jeder anständige Berliner kommt nach Breslau.“

Wenn ich versuche, über Breslau zu erzählen, fallen mir viele Geschichten ein. Ich erzähle zum Beispiel über ein Buch, das berühmte Buch von Heinrichau. Über ein Dokument aus dem 13. Jahrhundert. Es ist mir gelungen, dieses 2015 in die UNESCO-Liste „Memory of the World“ einzuschreiben. Das Buch enthält den ersten in polnischer Sprache aufgeschriebenen Satz.

Das Buch von Heinrichau wurde nicht weit von Breslau entfernt verfasst. Es stellt eine Chronik dar, die von einem deutschen Mönch in Latein aufgeschrieben wurde. Der Mönch schildert die damalige Realität ordnende Ereignisse, und zwar nach dem Tatarenanstorm, der damals diesen Teil Europas verwüstete. Der Mönch zitiert einen Satz eines böhmischen Bauern, der einst Ritter war und jetzt Bauer ist, der sich an seine polnische Gattin wendet: „Od pocznij, ja teraz za ciebie popracuję“, was sich ins Deutsche etwa mit „Lass mich jetzt arbeiten und ruh' dich aus“ übersetzen lässt. Deutscher Mönch. Latein – eine Verbindung mit Europa, viel mehr als Englisch für die heutige Welt. Und ein böhmischer ehemaliger Ritter im Gespräch mit seiner Gattin, einer Polin.

Sprechen über Breslau

Manchmal spreche ich über eine Skulptur von Theodor von Gossen. In Breslau gibt es zahlreiche Skulpturen dieses Autors. Ich erzähle über die Skulptur des Auferstandenen Christus. Eine kleine Gedenkstätte, die den im Ersten Weltkrieg gefallenen Absolventen des St. Matthias-Gymnasiums gewidmet wurde. Die Skulptur steht im Barockgarten des Breslauer Ossolineums, der prächtigen polnischen Nationalbibliothek, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Lemberg nach Breslau verlegt wurde. Ich glaube, im Jahre 2007, also 62 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, haben wir diesen Garten renoviert. Damals, 62 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, haben wir die Skulptur von Gossen in den Kriegstrümmern entdeckt.

In der Nähe des Gartens, von dem ich erzähle, befindet sich eine Kirche, gestiftet von Herzog Heinrich dem Frommen. Der Herzog, der 1241 in der Schlacht mit Tataren, beim – vorher von mir erwähnten – Tatarenanstorm gefallen ist. Wir sprechen über eine asiatische Gewalt, die das damalige christliche Europa zerstören wollte. Der Herzog war der Sohn von Heinrich dem Bärtigen und der Heiligen Hedwig von Schlesien. Die aus Bayern stammende Heilige ist die Schutzpatronin sowohl von Schlesien als auch von Berlin. Nicht weit von dem Ort entfernt, an dem wir jetzt sind, steht die Berliner katholische St. Hedwigs-Kathedrale.

Ich komme jedoch auf die Kirche zurück, die von Herzog Heinrich dem Frommen in Breslau gestiftet wurde. Heutzutage wird sie als Kathedrale der ukrainischen Kirche genutzt. Eine schöne gotische, also westliche Kirche mit einer großartigen östlichen Ikonostase des polnischen Künstlers Jerzy Nowosielski. An das gotische Gotteshaus grenzt eine barocke Kapelle, eines der wichtigsten Denkmäler des schlesischen Barocks. Diese Kapelle wurde 1945 zerstört. Während der Bombardierung von Breslau. Zur Osterzeit. Wir



Symbol der Kontinuität über alle Brüche hinweg: Das Breslauer Rathaus

Foto: imago/shotshop

haben diese 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus den Trümmern auferstehen lassen. Dank der Zusammenarbeit von Breslau mit der ukrainischen Kirche. Mit Hilfe von EU-Fördermitteln.

Ich möchte Ihnen Begegnungen zeigen: Osten mit Westen, Krieg mit Europa, das Heilige mit dem Barbarischen. Ich möchte Ihnen sagen: Das Gute gewinnt. Ich möchte Ihnen aber auch sagen: Das Böse stirbt nicht. Das Böse kann vernichten und die Welt über Jahre hinweg verwüsten.

Wir sind also in Breslau. Wir erinnern uns an Ostern 1945. Die Stadt wurde dann zur „Festung Breslau“ („Twardza Wrocław“) ernannt. Von Februar bis Mai 1945 sind in Breslau 170.000 Personen, nur Zivilpersonen umgekommen. 170.000 Personen. So viele wie in Hiroshima und Nagasaki! Die Tragödie des Krieges, eines gottlosen und unmenschlichen Krieges, forderte 170.000 Menschenleben in meiner Stadt, einer Stadt, mit der viele von Ihnen noch immer eine besondere Verbindung teilen, deren Nähe Sie nicht nur im geographischen Sinne noch immer spüren.

Stadt der Vertreibungen

Habe ich diese Tatsache geschildert, möchte ich Folgendes sagen: Ich bin zu Ihnen aus Breslau, einer Stadt der Vertreibungen gekommen. Breslau ist wahrscheinlich die einzige Großstadt der Welt, in der die Bevölkerung 100 Prozent ausgetauscht wurde. Eine grausame Ergänzung der soeben erwähnten tragischen Ereignisse war dies, was in meiner/unserer Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dessen Ende geschehen ist. Der vollständige Bevölkerungsaustausch. Die deutschen Einwohner unserer Stadt wurden von dort vertrieben. An ihre Stelle sind die Polen gekommen, die teilweise auch aus ihren Häusern vertrieben wurden. Aus Lemberg, aus anderen Städten und Dörfern – aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten.

Die Stadt der Vertreibungen. Und die Stadt der Versöhnung.

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 1965 wurde ein berühmter Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder verfasst. Der Brief, der den Weg zur deutsch-polnischen Versöhnung mitebnete. Der Brief mit den so schönen Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Der

Autor dieses Briefes ist der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bolesław Kominek.

Kominek, ein Jahr später, 1966 gefragt, warum dieser Brief verfasst wurde, hat wie folgt geantwortet: „Die Sprechweise kann nicht nationalistisch sein, sondern muss europäisch in der tiefgreifendsten Bedeutung dieses Wortes sein. Europa ist die Zukunft – Nationalismen sind von gestern. (...) Eine Vertiefung der Diskussion darüber, eine föderative Lösung für alle Völker Europas zu schaffen, u. a. durch einen allmählichen Verzicht auf die nationale Souveränität in Fragen der Sicherheit, der Wirtschaft und der Außenpolitik (ist außergewöhnlich wichtig) ...“

Ein Europa freier Nationen

Übersetzt man dieses Zitat in die heutige Sprache, würden wir sagen, dass die Europäische Union eine der besten Antworten unseres Kontinents auf die Tragödie des Zweiten Weltkriegs ist. Die Union existiert unter anderem aufgrund der Erinnerung und des Nachdenkens, die mit der Tatsache verbunden sind, dass dieser Krieg so viele Millionen Opfer gefordert hat.

Die Stärke der nationalen Vorstellungsverbindungen ist in der Menschheitsgeschichte so ausschlaggebend, dass sogar die linksorientierten Philosophen – wie etwa Habermas – bereit sind, Folgendes zu sagen: Würden die Nationalstaaten nicht entstehen, so müsste man sie erfinden. Die Gemeinschaft zieht aber immer weitere Kreise.

Die Nation ist eine gemeinschaftliche Stufe in der Entwicklung eines Menschen und der Menschheit. National geht mit international einher. Die Nation heute und in Zukunft kann sich nur übernational verwirklichen, in unserem Fall – im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.

Im Jahre 2018 haben sich rund 100.000 Ukrainer in Breslau niedergelassen. Sie sind hauptsächlich wegen der Arbeit gekommen. Im Jahre 2022 leben bereits 300.000 Ukrainer in Breslau. Früher sind die Familien oder Männer auf der Suche nach der Arbeit gekommen. Jetzt – vor allem Frauen mit Kindern. Sie wurden aus der Ukraine vertrieben, und zwar durch einen grausamen Krieg, den der russische Diktator gegen die Ukraine entfesselt hat.

Auf diese Weise wurde Breslau im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erneut zu einer Stadt der Vertreibungen. Ebenso wie viele andere polnische und europä-

ische Städte, die ukrainische Flüchtlinge aufnehmen. Das Ausmaß des ukrainischen Exodus – unter Berücksichtigung derjenigen, die innerhalb des Landes umgezogen sind, und derjenigen, die ihre Heimat verlassen haben – liegt wahrscheinlich bei etwa fünf Millionen Menschen. Mit blutigen Gedanken und Taten hat der grausame Herrscher Russlands mehrere Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Er hat so vielen Ukrainern und Russen das Leben genommen.

Ich war vor Kurzem in Lemberg. Wir haben das dortige Militärkrankenhaus besucht. Ein etwa über dreißigjähriger verwundeter Soldat erzählte uns auf die Frage nach seiner Familie, dass seine Frau infolge der Kriegshandlungen umgekommen ist. Dann hat er uns ein Foto seines Sohnes auf seinem Handy gezeigt. Er weiß nicht, wo er ist. Irgendwo an oder hinter der Frontlinie. „Wenn es mir besser geht“, sagte der Soldat, „gehe ich an die Front. Um meinen Sohn zu finden und denjenigen zu bekämpfen, der meine Familie zerstört hat.“

In diesem Krankenhaus werden zahlreiche neurochirurgische Eingriffe durchgeführt. Das Krankenhaus verfügt jedoch nicht über ein Mikroskop, mit dem diese komplizierten Eingriffe präzise durchgeführt werden können. Wir sammeln derzeit Geld für ein solches Mikroskop. Wer die Aktion finanziell unterstützen möchte, kann dies gerne tun.

Die nächste Verwüstung

Ich spreche von humanitärer Hilfe. Ich will noch weiter gehen und sagen: Die Ukraine hat das Recht und die Pflicht, sich zu verteidigen. Europa und die Welt sind hingegen verpflichtet, die Ukraine zu unterstützen. Auch mit Waffenlieferungen.

Wenn ich Putin anschau, denke ich, dass das Böse nicht stirbt. Was will dieser Verbrecher? Er kann nicht ertragen, dass eine Nation, der er das Recht auf eine eigene Identität abspricht, ihren eigenen demokratischen, pro-westlichen Entwicklungsweg wählen will. Putin will das sowjetische Imperium zurückschaffen – und in der Tat – die moderne Weltordnung niederreißen. Er führt also zu einer Situation, in der Russland unser gemeinsames Problem ist. Russland versucht, die Europäische Union zu destabilisieren und den Westen zu spalten.

Mein Freund Janusz Reiter hat es so formuliert: „Putin ist es wichtig, dass

Russland gefürchtet wird. Wenn die Angst, die seine Politik auslöst, den Westen verunsichert und spaltet, wird das ein großer Erfolg für Putin.

Heute brauchen wir eine gemeinsame westliche Antwort auf die russische Aggression gegen die Ukraine und auf die russische Bedrohung Europas. Ohne Deutschland wird es diese Strategie nicht geben. Deutschland braucht die Europäische Union und die NATO. Mit aller Kraft, mit aller eigenen Kraft, werden sie weder politisch noch wirtschaftlich alleine zu recht kommen. Und in dieser grundsätzlichen Frage stimmen unsere (polnischen) Interessen mit denen Deutschlands überein. Und weil sie so sind, sollten wir mit ihnen arbeiten. Die Amerikaner würden sich freuen. Aus ihrer Sicht schwächt der Streit zwischen Polen und Deutschland nur die westliche Welt. Ich habe immer geglaubt, dass wir im Dreieck Polen-USA-Deutschland nach Möglichkeit zusammenarbeiten sollten.

Ich habe keinen Zweifel, dass dieser Krieg eine Manifestation von Prozessen ist, die die Welt verändern können, und leider zum Schlechteren. Es herrscht Angst in Europa, die Menschen haben Angst vor Zukunft. Eine solche Stimmung ist erklärbar, aber ihre Folgen sind gefährlich. Sie fördert Spaltung und Misstrauen, sowohl innerhalb als auch zwischen einzelnen Ländern. Dies ist eine Krise, die die Grundfesten unserer Welt betrifft, und das bedeutet, dass wir äußerst verantwortungsbewusst sein müssen. Auch die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind aufgrund ihrer geografischen Lage und politischen Bedeutung in diesem Zusammenhang zu sehen.“

Ich stimme diesen Ansichten zu. Meine Meinung ist sogar noch ausgeprägter. Putin will die moderne Weltordnung erschüttern. Er will die Europäische Union schwächen. Er zögert nicht, Tausenden von Menschen das Leben zu nehmen. Putin will nicht nur die Ukraine. Seine Pläne gehen weit darüber hinaus ... Seine Gedanken und Handlungen sind verbrecherisch.

Es gibt ein schönes Gedicht aus dem 17. Jahrhundert, das ich Ihnen abschließend zitieren möchte:

„Niemand ist eine Insel, in sich ganz; jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Festlandes. Wenn eine Scholle ins Meer gespült wird, wird Europa weniger, genauso als wenn's eine Landzunge wäre, oder ein Landgut deines Freundes oder dein eigenes. Jedes Menschen Tod ist mein Verlust, denn ich bin Teil der Menschheit; und darum verlange nie zu wissen, wem die Stunde schlägt; sie schlägt dir selbst.“ (John Donne, 1572–1631)

Verlange nie zu wissen, wem die Stunde schlägt; sie schlägt dir selbst!

Am Ende meiner Rede möchte ich nun ganz kurz auf ein anderes Thema eingehen. Es geht nämlich um die Entscheidung der polnischen Regierung, die Finanzierung des muttersprachlichen Unterrichts für die deutsche Minderheit in Schlesien zu kürzen. Ich bin darüber einfach sehr beschämt.

Danke!

● **Rafał Dutkiewicz** war von 2002 bis 2018 Stadtpräsident von Breslau [Wrocław]. Der Text ist die leicht gekürzte Fassung seiner Rede anlässlich des diesjährigen Tags der Heimat in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin.

Die Spendenaktion für das in der Rede genannte Mikroskop wird von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen e.V. unterstützt. IBAN: DE53 8509 0000 3281 1110 00 BIC: GENODEF1DRS, VB Dresden-Bautzen
Stichwort: Mikroskop

● AUFGESCHNAPPT

Sanktionen schaden beiden Seiten. Aber das Ziel des Sanktionierers ist es natürlich, dass sie dem Sanktionierten mehr weh tun als der eigenen Seite. Im Falle der Russlandsanktionen lassen zwei Zahlen große Zweifel aufkommen, ob das hier hinlänglich ist. Wie der „Focus“-Korrespondent Ulrich Reitz zusammengerechnet hat, hat Deutschland bis Anfang September an die Ukraine seit Kriegsbeginn Hilfen im Gesamtwert von drei Milliarden Euro geleistet – finanziell, humanitär und militärisch. Dem stünden 95 Milliarden Euro gegenüber, welche die Bundesregierung in drei „Entlastungspakete“ gesteckt hat, um damit die negativen Folgen der Russlandsanktionen für das eigene Volk abzufedern, was trotz der enormen Summe nur sehr bruchstückhaft bis gar nicht gelungen ist. Berlin wendet also das 30-Fache dessen für die Abfederung der eigenen Sanktionspolitik auf, was es für die Ukraine ausgibt. Kritiker der Sanktionspolitik sagen, die Sanktionen nützen der Ukraine gar nichts, schaden aber uns. Die Zahlen scheinen das zu bestätigen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Apache Gonzo Flores gibt sich im „Spiegel“ (3. September) verwundert über die Attacken auf Karl May und dessen Werk:

„Karl May hat erreicht, dass deutsche Forscher kamen, und so wurden unser Wissen, unsere Sprache, unsere Literatur bewahrt. Haben die Briten, Spanier oder Amerikaner das getan? Nein.“

Der US-Bestsellerautor und Journalist Michael Shellenberger sieht einen jahrzehntelangen Trend in der Energiepolitik gebrochen. Dem Monatsmagazin von „Tichys Einblick“ (September) sagte er:

„Die ausschließlich auf erneuerbare Energien ausgerichtete Klima-Agenda steckt überall auf der Welt in der Krise: in Deutschland, in den USA, in Japan, Frankreich, Südkorea. Sie alle bewegen sich in Richtung Kernenergie, sogar in Deutschland, was die Stimmung in der Bevölkerung angeht. Meine Hoffnung ist, dass wir uns dem Ende der Erneuerbare-Energien-Manie nähern, die den Westen in den vergangenen 20 Jahren erfasst hat.“

Trigema-Chef Wolfgang Grupp, dessen Firma massiv unter den explodierenden Energiepreisen leidet, hat einen Verdacht, wem der Ukrainekrieg wirklich nützen könnte. „Focus online“ (12. September) sagte er:

„Die Frage muss erlaubt sein, ob dieser Krieg nicht insbesondere Amerika dient. Ich weiß, das will keiner hören und es ist ein heikles Thema, aber man wird die Frage stellen dürfen, wer letztlich als wahrer Sieger dasteht und welchen Preis wir dafür zahlen.“

In seinem Netzstagebuch „Acta diurna“ (9. September) zeigt Michael Klonovsky eine interessante Parallele auf:

„Als ich ein DDR-Kind war, wurde mir mit Nachdruck versichert, dass ich gewisse Mängel an Freiheit, Mobilität, schönen Dingen und Genussmitteln in den Kauf zu nehmen hätte, weil die Sicherung des Weltfriedens und die Errichtung des Weltkommunismus wichtiger seien; heute ist es eben das Weltklima, in dessen Namen die Linken über die Gesellschaft herrschen wollen.“

Hans-Georg Maaßen äußert in der Schweizer „Weltwoche“ (12. September) einen düsteren Verdacht:

„Robert Habeck und die grünen Khmer: Für den Wirtschaftsminister sind die Energie-Krise und der Ukraine-Krieg nicht Grund, sondern nur Vorwand, um die grüne Transformation der Gesellschaft durchzusetzen.“

● WORT DER WOCHE

„Die Bundesregierung nimmt mehr Rücksicht auf die Befindlichkeiten grüner Wähler in Niedersachsen als auf die Appelle unserer europäischen Nachbarn.“

Matthias Iken im „Hamburger Abendblatt“ (13. September) zum sturen Festhalten am Atomausstieg

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nichts zu befürchten

Warum die Kohlekraftwerke jetzt schnell weg müssen, und wieso meine Rechnung nicht stimmen kann

VON HANS HECKEL

Ricarda Lang bleibt dabei: Der Kohleausstieg muss schon bis 2030 kommen, nicht erst 2038! Ganz im Sinne der Grünen-Chefin beeilt sich der rot-grüne Hamburger Senat denn auch, Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk in Moorburg am Rande des Hafens der Hansestadt so zügig wie möglich abzureißen. Es war überhaupt nur sechs Jahre, von 2015 bis 2021, in Betrieb.

Die Botschaft ist eindeutig. Es gibt kein Zurück. Wir sind in der grünen Energiewende, der „großen Transformation“, gefangen. Pech gehabt! Oder auch nicht. Denn am Ende wird ja alles gut. Dann kommt unsere Energie zu hundert Prozent aus den „Erneuerbaren“, ganz ohne Atom und Fossil. Aber geht das überhaupt auf?

Ich gebe es gleich zu: Mathe war nie mein Ding. Aber heutzutage wird man regelrecht gezwungen, sich in den Dschungel der Zahlen und Rechnungen zu schlagen, um einen Überblick zu gewinnen. Daher will ich das hier mal versuchen. Jeder Leser ist dringend gebeten, mich zu korrigieren, falls ich mich in dem Gestrüpp hoffnungslos verfransen sollte. Ich bin da nicht böse, ganz im Gegenteil.

Also fange ich mal an. Vom Primärenergieverbrauch haben die „Erneuerbaren“ 2021 rund 16 Prozent gedeckt. Die Zahl ist wichtig: Sonst wird immer vom Anteil an der Stromerzeugung geredet, wo allein Wind und Sonne viel mehr ausmachen. Aber wenn die Fossilien und das Atom erst mal ganz vom Markt verdrängt sein werden, muss doch wohl der gesamte Primärenergieverbrauch (das ist das, was nach Leitungsverlusten und ähnlichem tatsächlich beim Verbraucher ankommt) elektrisch gedeckt werden. Das ist daher die entscheidende Zahl.

Was hatte ich gesagt? Ach richtig: 16 Prozent. Davon entfielen elf Prozent hauptsächlich auf Biomasse, daneben ein wenig Wasserkraft und übrigen Kleinkram. Nun ist die Gewinnung von Biomasse aus menschlicher „Produktion“ und aus der Landwirtschaft auf natürliche Weise begrenzt. Seien wir mal optimistisch und sagen, das steigern wir trotzdem noch von elf auf 20 Prozent.

Blieben 80 Prozent für Wind und Solar. Von den jetzigen fünf Prozent aus müssten wir deren Anteil demnach versechzehnfachen. Ende 2021 standen rund 32.000 Windkrafttürme in Deutschland, an Land und auf

See. Daraus müsste dann gut eine halbe Million werden. Die Bundesrepublik umfasst eine Landfläche von 357 Quadratkilometern, dazu kommen unsere Wirtschaftszonen in Nord- und Ostsee, womit wir insgesamt bei gut 400.000 Quadratkilometern Fläche wären. Bei einer halben Million Anlagen stünde dann so Pi mal Daumen alle 800 Meter ein Windradkoloss. Und zwar überall, in Stadt und Land, in Wohn- und Naturschutzgebieten, im Wattenmeer wie an den Hängen der Alpen.

Um grundlastfähig zu sein und Flauten ausgleichen zu können, müsste man dazu noch jede Menge grünen Wasserstoff bereithalten, der dann wohl weitestgehend importiert werden sollte.

Und bei dieser Aufstellung habe ich den Windschatten-Effekt noch gar nicht einkalkuliert: Ein Windrad, das weit hinten hinter einer großen Zahl weiterer Rotoren steht, bekommt natürlich weniger Wind zum Ernten ab als die Geräte in der ersten Reihe. Doch wenn ganz Deutschland derart zugespargelt ist, wäre hier eigentlich überall „hinten“, egal woher der Wind gerade weht.

Sie merken es natürlich selbst: Das kann alles nicht stimmen. Irgendwo habe ich einen kardinalen Rechenfehler begangen. Und zwar nicht nur in Größenordnungen von 20 oder 30 Prozent bei den einzelnen Daten, sondern ganz grundsätzlich. Deshalb noch einmal meine dringende Bitte, mir diesen Fehler zu enthüllen. Sonst treibt mich das Ganze noch in den Wahnsinn! Kann doch alles gar nicht sein.

Alle Brücken abbrennen

Es sei denn ... jetzt wird es düster: Es sei denn, sie wollen die fossile und die Atomenergie gar nicht ersetzen, sondern uns weitgehend ohne Energie dastehen und verarmen lassen. In einem Kommentar freute sich ein Kollege des Bayerischen Rundfunks schon kurz vor dem Ukrainekrieg, dass die Energiepreise ordentlich steigen, weil die Menschen dann ja weniger verbrauchen. Seit Kriegsausbruch geben praktische Ratschläge wie Kretschmanns Waschplatten-Idee dem vorgegeben Ziel Gestalt. Minister Habecks Ratschlag an die Bäcker, doch einfach mal nichts zu produzieren, ist ja schon legendär.

Was aber, wenn die Leute gar nicht verarmen wollen und rebellieren? Schon aus diesem Grunde handelt Hamburgs rot-grüner Senat äußerst konsequent mit dem raschen

Alle 800 Meter ein Windrad, auf Land und auf See? Da muss ich mich gewaltig verkalkuliert haben



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Abriß des KKW Moorburg – nämlich so wie ein General, der hinter seinen Truppen alle Brücken verbrennen lässt. Sobald die Soldaten merken, dass man sie in eine aussichtslose Lage manövriert hat, werden sie erkennen müssen, dass es kein Zurück mehr gibt zu älteren, viel sichereren Positionen. Dann werden sie eben kämpfen müssen für den strahlenden Plan ihres Befehlshabers, selbst wenn sie alle dabei draufgehen.

Vor dem Hintergrund war Habecks Geständnis zur „Zukunft“ der Bäckereien etwas überstürzt. Er hat allzu viele Menschen vorzeitig wach gemacht, ehe wir den Fluss komplett überquert haben und alle Brücken hinter uns in Rauch aufgegangen sind.

Die Ampel fürchtet nun, dass die Opposition auf sie einstürzt und das voreilige Bekenntnis zum Ziel der Mittelstandszerstörung als Einfallstor für mächtige Attacken nutzt. Aber diese Furcht ist vermutlich maßlos übertrieben. Die AfD wächst zwar wieder in den Umfragen, bleibt aber vorerst erfolgreich stigmatisiert. Die Linkspartei hat genug mit sich selbst zu tun. Blicke die große Union.

Noch viele Wochen nach Kriegsausbruch hatte CDU-Chef Merz beteuert, am Atomausstieg zum Jahresende festhalten zu wollen, weil es darüber in Deutschland einen „Konsens“ gebe. Später sagte ihm sein nasser Finger im Wind, dass dieser Konsens in eine Pro-Atom-Stimmung gekippt sei, ergo kippte der Standhafte mit.

Der Vorgang ist typisch für den Anführer der Christdemokraten. Er will – schon nicht mehr der Jüngste – eben unbedingt noch Kanzler werden, ganz egal mit welcher Partei und für welche Politik. Nach Lage der Dinge stehen dafür nur Grüne und Liberale zur Verfügung. Die Liberalen sind ebenso „flexibel“ wie der CDU-Vorsitzende. Nur die Grünen hegen noch Überzeugungen (und was für welche!). Also umschleimt Merz die Partei von Habeck und Lang mit einer Frauenquote in der CDU und einem Ausspruch, den wir sonst eher aus den Reihen der AfD gewohnt sind: „Die CDU ist keine konservative Partei.“

Schon witzeln die Leute über Merz, nennen ihn „Friedrich Merkel“ oder „Angela Merzel“ in Anlehnung an jene Kanzlerin, die in Sachen Einwanderung oder Energiepolitik schon stramm auf Grün-Kurs wandelte. Mit anderen Worten: Von dem guten Mann hat die Ampel nicht allzu viel zu befürchten. Dieser matte Bettvorleger tut nicht einmal so, als sei er ein Löwe.